Nr. 256. 29. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 1. November 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Pfui!

Im Haus der Dreiklassenschmach, dessen Nennung allein in der überwältigenden Mehrheit des preußischen Volkes das Gefühl der Erbitterung und der Beschämung auslöst, ertönten in den beiden letzten Tagen wieder die stürmischen Pfuirufe und wieder galten sie einem schändlichen Ausnahmegesetz und seiner Verteidigung durch die Regierung. Diesmal war es keine Wahlrechtsdebatte, war es nicht eine Rede des preußischen Ministerpräsidenten, die die Entrüstungsstürme entfesselten, sondern das ebenso törichte wie nichtswürdige Kapitel, über das geschrieben steht: Preußische Polenpolitik.

Wir Sozialdemokraten haben sicher nichts dagegen einzuwenden, wenn die preußische Regierung die Enteignung als eine unentbehrliche Waffe anerkennt und wir sind die letzten, die die schmarotzenden Rentenbezieher schützen wollen. Der Großgrundbesitz ist nie etwas anderes gewesen als Raub am Volkseigentum und Raub und Gewalttat sind seine Grundlage. Für eine Politik der Enteignung dieser längst überflüssig gewordenen Schicht der Großgrundeigentümer sind wir Sozialdemokraten lieber heute als morgen, und die Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden, seine Vergesellschaftung und Bewirtschaftung durch landwirtschaftliche Produzenten-Genossenschaften ist ein Ziel, das wir aufs Innigste wünschen. Die preußische Regierung aber, diese Hörige der preußischen Junker, denkt fürwahr zuletzt daran, dem Großgrundbesitz zu Leibe zu gehen. Sie verschleudert Steuergelder, die sie dem Volk, das entrechtet ist, ohne es zu befragen, abnimmt, um eine ebenso törichte wie gehässige Politik der Quälerei gegen die Polen zu treiben. Sie vertreibt polnische Besitzer gegen ihren Willen aus ihrem Eigentum und verkehrt den sozialen Gedanken der Enteignung des Großgrundbesitzes zu einer gehässigen Zwangsmaßregel.

Soll man über das Törichte der preußischen Polenpolitik erst noch ein Wort verlieren. Ihre einzige Wirkung war die sinnlose Verschleuderung einer Milliarde Steuergelder, ein künstliches Hinauftreiben der Bodenpreise, die Entfesselung einer zügellosen Bodenspekulation und schließlich eine außerordentliche Verschärfung der nationalistischen Stimmung sowohl bei den Deutschen als bei den Polen. Den Polen hat diese Politik weder wirtschaftlich noch politisch das Geringste anhaben können. Im Gegenteil! Trotz der starken Gegensätze, die die kapitalistische Entwicklung auch in den polnischen Landesteilen geschaffen hat, hat die preußische Regierungspolitik die Polen künstlich zusammengeschweißt und in den Bauern, Handwerkern und Arbeitern den falschen Wahn genährt, daß ihre Interessen bei ihren klerikalen und adligen Wortführern am besten aufgehoben sind. Es ist nicht nur nicht gelungen, die Polen moralisch zu erobern — Preußen und moralische Eroberungen! —, man züchtet künstlich in Polen den Haß gegen den Staat, der ihnen nur als nationaler Unterdrücker und Feind erscheinen kann.

Ist diese Politik schon in normalen Zeiten töricht und verächtlich und nur dadurch erklärlich, daß eben die starke Steigerung der Bodenpreise wilde Erwerbsinstinkte wachgerufen hat, die auf Kosten sowohl des deutschen wie des polnischen Volkes um jeden Preis ihre Befriedigung suchen, so wird sie völlig unglaublich in so kritischen Zeiten wie den jetzigen.

Vier Jahre hat man nicht gewagt, das Enteignungsgesetz anzuwenden. Selbst die Konservativen des Abgeordneten- und Herrenhauses haben gegen dieses Ausnahmegesetz starke Bedenken erhoben, wenn auch bei ihnen die nichtsnutzige nationalistische Demagogie Heydebrands die bessere Einsicht schließlich besiegt hat. Trotz aber hakatistischen Agitationsarbeit aber hat die Regierung vier Jahre lang die Anwendung des Gesetzes abgelehnt, hat sie alle Angriffe auf ihre Haltung mit den stärksten Gründen zurückgewiesen. Und gerade jetzt dieser Umschwung! Es ist eine jener Plötzlichkeiten, wie sie bei uns gewöhnlich nur durch das Eingreifen Wilhelms II. zustande kommen und Graf Praschma, der Redner des Zentrums, hat ja allerlei leider nur zu unklare Anspielungen gemacht, daß persönliche Einflüsse maßgebend gewesen seien, daß Ministersessel gewackelt hätten. Anders ist ja auch dieser plötzliche Umfall nicht zu erklären.

Wir müssen offen gestehen: Als wir zum erstenmal die Nachricht lasen, daß jetzt in Polen enteignet werden solle, wollten wir nicht recht daran glauben. Wir haben sicher keine gute Meinung von den politischen Fähigkeiten der Herren von Bethmann Hollweg und Kiderlen-Waechter. Aber daß sie gerade in einem Augenblicke, wo die auswärtige Situation so gespannt ist, wo die Möglichkeit eines europäischen Krieges am Horizonte auftaucht, zu einer so ungeheuerlichen Provokation der Bewohner eines wichtigen Grenzlandes geraten hätten, das muß man doch für ausgeschlossen halten. Und wenn schon die Rücksicht auf Volksstimmungen preußischen Ministern fern liegt, so hätten sie doch daran denken müssen, daß die Polen Oesterreichs dort die Mitregierenden sind, daß namentlich auch die österreichische auswärtige Politik nicht länger deutschfreundlich orientiert sein könnte, wenn die österreichischen Polen sich auf die Seite der übrigen slawischen Nationen Oesterreichs stellten.

So bliebe dieser neueste Streich, den die preußische Regierung mit ihrer Gewaltpolitik gegen die Ehre und das Ansehen des deutschen Volkes verübt hat unbegreiflich, wenn man nicht eben annehmen müßte, daß die Herren Bethmann und Kiderlen-Waechter, um nicht von ihren Ministersesseln zu stürzen, gegen ihr Gewissen, gegen ihre bessere Ueberzeugung sich einem Machtgebot von außen gefügt hätten. Das paßt in das Bild dieser Minister und so erscheint die Kette geschlossen. Die preußische Polenpolitik ist nur möglich auf dem Boden der Dreiklassenschmach und sie kann nur durchgeführt werden unter den Segnungen des persönlichen Regiments.

*

Ueber den Verlauf der gestrigen Sitzung wird uns aus dem Abgeordnetenhause noch geschrieben:

Eine Probe ihres Mutes legte am Donnerstag wieder einmal die Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses an den Tag. Zu dem Arsenal ihrer vergifteten Waffen gehört die fortgesetzte Behauptung, die Sozialdemokraten hätten nichts für die Hebung der Lage der Unterbeamten getan, sie hätten überhaupt für die Beamten nichts übrig. Schon neulich hat ein Zentrumsredner diese Lüge hergestottert. Die Möglichkeit zu sofortiger Erwiderung war uns damals genommen. Um so mehr hätte man erwarten können, daß man unseren Rednern diesmal die Gelegenheit zur Antwort geben würde, zumal da derselbe Zentrumsabgeordnete seinen Lügenfaden weiter gesponnen und eine ganze Reihe unwahrer Behauptungen über die Sozialdemokratie in den Parlamenten und außerhalb derselben nach dem Muster des berüchtigten Reichsverbandes hergezählt hatte. Aber der Begriff des Anstandes ist dem Zentrum unbekannt. Es trieb seine Schamlosigkeit sogar so weit, daß es selbst einen Schlußantrag einbrachte, durch den die sozialdemokratischen Redner mundtot gemacht wurden. Nicht einmal die Konservativen waren für diesen Schlußantrag zu haben. Das Zentrum weiß, warum es so operiert hat, in seiner Feigheit wollte es der Erwiderung aus dem Wege gehen, um nachher mit frommem Augenaufschlag heuchlerisch zu verkünden, die Sozialdemokraten hätten auf die „niederschmetternden" Anklagen nichts entgegnen können. Aber die Herren täuschen sich, die Antwort ist zwar aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Was von unserer Seite zu sagen ist, wird gesagt werden, ob das Zentrum will oder nicht.

Vorher hatte das Haus die Besprechung der polnischen Interpellation über die Enteignung ländlicher Besitzungen zu Ansiedelungszwecken zu Ende beraten. So bequem wie es sich die hakatistischen Redner gemacht hatten, konnten es die Gegner der Polenpolitik, die Abgg. Graf Praschma (Z.), Dr. Pachnicke (Vp.), Borchardt (Soz.) und Nissen (Däne) nicht machen, sie konnten sich nicht mit kurzen Erklärungen begnügen, sondern mußten ausführlich die Verfassungswidrigkeit der Polenpolitik darlegen. Besonders Genosse Borchardt unterzog sich dieser Aufgabe mit großem Geschick in fast einstündiger Rede, die auf allen Seiten des Hauses mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Seitens der Regierung griff Minister v. Dallwitz in die Debatte ein. Seine provokatorischen Ausführungen entfesselten bei den Polen einen Entrüstungssturm, der sich wieder in anhaltenden Pfui-Rufen Luft machte. Dem Präsidenten gelang es, ohne daß er von den Mitteln der Geschäftsordnung Gebrauch machte, ja sogar ohne Androhung dieser Mittel, durch einige beschwichtigende Worte die Ruhe wiederherzustellen. Man sieht, es geht auch so.

Die nächste Sitzung ist erst Montag. Auf der Tagesordnung stehen Initiativanträge und Petitionen.

Ein vernichtender Schlag.

Drei Tage hat das Massenmorden gedauert und das bulgarische Heer ist Sieger geblieben. Wie groß der Sieg der Bulgaren ist, welche Widerstandskraft die geschlagene Armee noch entwickeln kann, ist allerdings nach den vorliegenden Nachrichten nicht mit Sicherheit zu beurteilen. Bewahrheiten sich freilich die Meldungen aus Sofia — und sie haben große Wahrscheinlichkeit für sich — dann hat sich der Rückzug der Türken in Flucht verwandelt; die Bulgaren drängen stürmisch nach und hoffen, den Weg nach Konstantinopel-Zarigrad offen vor sich zu haben.

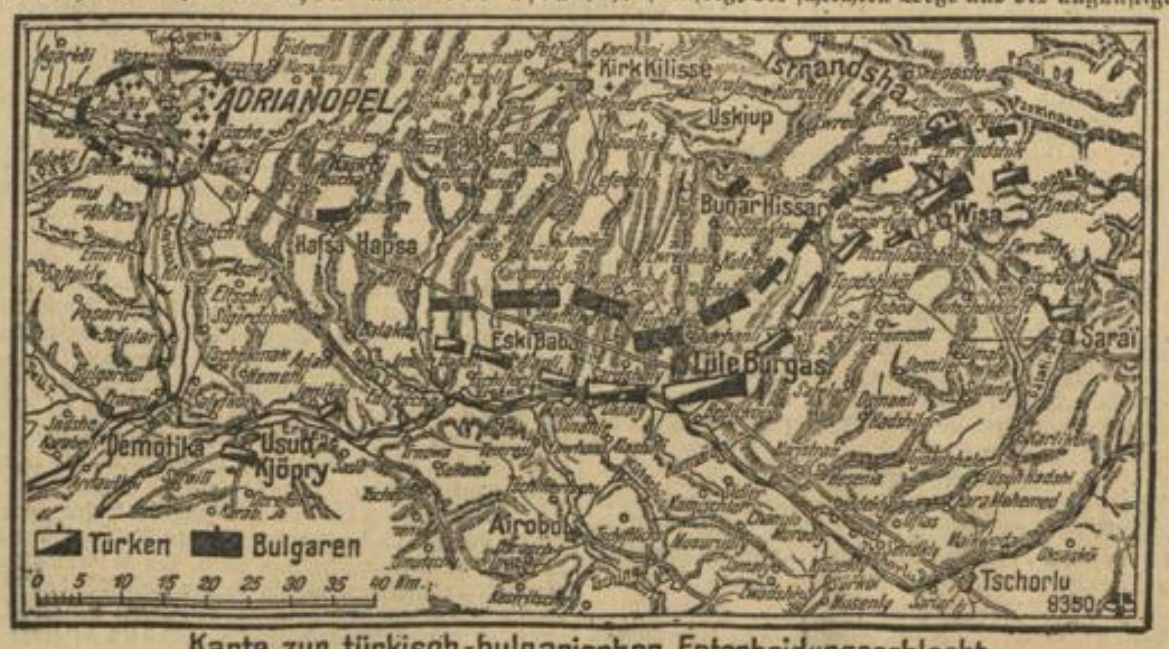
Das Ringen begann am Dienstag früh. Die Türken standen auf der Linie Bunar-Hissar. Ihr Heer lehnte sich mit dem rechten Flügel an das Istnanza-Gebirge, mit dem linken an die Flüsse Maritza und Ergene an und beschränkte sich in der Hauptsache auf die Defensive.

Die bulgarische Armee griff in zwei Gruppen an. Die Ostgruppe ging an der Straße Wisafarei vor. Infolge der schlechten Wege ging der Vormarsch nur langsam vor sich und hier bei Wisa scheinen die Türken wenigstens im Anfang erfolgreichen Widerstand geleistet zu haben. Die Entscheidung erfolgte durch die Gruppe des rechten bulgarischen Flügels, der bei Lüle-Burgas das türkische Zentrum durchbrochen hat. Die Bulgaren haben hier den türkischen linken Flügel offenbar vollständig umklammert, denn ihre Kavallerie schwärmt bereits bis Rodosto am Marmarameer vor. Gelingt es, die türkische Hauptarmee hierhin abzudrängen, so wäre ihr die Verbindung mit Konstantinopel abgeschnitten. Dann wäre nur noch ein letzter Widerstand auf der Tschatalischalinie denkbar.

Als ob es an dem Balkanproblem noch nicht genug wäre, werden heute noch Unruhen aus der asiatischen Türkei gemeldet und französische Kriegsschiffe haben die Ausreise nach Syrien angetreten. In der Tat kann auch die schwere Niederlage der Türkei nicht ohne Rückwirkung in Kleinasien bleiben und zur Schicksalsfrage der europäischen Türkei werden sich bald Fragen von schwerster Bedeutung in der asiatischen Türkei gesellen. Denn daß eine aus Europa verdrängte Türkei ihre Herrschaft in Kleinasien erst neu begründen müßte, falls sie dazu überhaupt imstande ist, ist ohne weiteres klar. Aber auch hier werden die imperialistischen Bestrebungen der Großmächte sich durchzusetzen trachen und damit einen neuen Krisenherd schaffen.

Die Schlacht bei Lüle-Burgas.

Wien, 31. Oktober. Der Kriegsberichterstatter der Reichspost meldet aus dem Hauptquartier der bulgarischen Hauptarmee vom 30. Oktober: Der Angriff begann gestern auf beiden Flügeln. Der Anmarsch der bulgarischen Armee zur Schlacht erfolgte in zwei Gruppen, die eine Gruppe des rechten Flügels ging in Richtung Lüle-Burgas—Corlu vor. Zu dieser Gruppe war der größte Teil der Kavallerie und drei Brigaden der Armee des Generals Iwanow, der vor Adrianopel steht, herangezogen, die ihrerseits durch Reserveformationen ersetzt wurden. — Stärkere bulgarische Kolonnen sind von Havsa und über Pawlokoj und Alaplje auf das südliche Ergeneufer dirigiert. Die Türken sind hier nach heftigen Kämpfen bereits in der Richtung auf Cifliköj zurückgewichen, sollen aber mit stärkeren Streitkräften nördlich Usunköprü vorgehen. — Die Ostgruppe ist im Vorgehen durch die Wälder an der Straße Visa—Saraj begriffen; bei ihr ist infolge der schlechten Wege und des ungünstigen Wetters



Karte zur türkisch-bulgarischen Entscheidungsschlacht.

im Vormarsch eine Stockung eingetreten. Vormittags wird aber der allgemeine Vormarsch wieder beginnen. Starke Kolonnen sind ferner im Anmarsch über Achmedbej und Gecerler und auf Midia und in der Richtung auf Istranja. Die türkische Armee soll ihre neuen Stellungen noch nicht erreicht haben und versuchen, unseren Vormarsch durch Gegenangriffe aufzuhalten. Von Saraj und Gecerler haben, wie gemeldet wird, türkische Truppen den Vormarsch über Visa in der Richtung auf Bunar Hissar aufgenommen.

Die Türken auf der Flucht.

Sofia, 31. Oktober, 1 Uhr 20 Minuten nachmittags. Die Schlacht auf der Linie Lüle-Burgas-Saraj war sehr erbittert. Die türkische Armee unter dem Befehl Nazim Paschas wurde völlig in die Flucht geschlagen und zog sich eiligst gegen Tschorlu zurück. Die Türken ließen eine große Zahl von Toten und Verwundeten auf dem Platze.

Lüle-Burgas genommen.

Sofia, 31. Oktober. Nach zweitägigem Kampfe hat die bulgarische Armee einen vollständigen Sieg über die Hauptstreitkräfte des türkischen Heeres davongetragen. Die Türken zogen sich in völliger Unordnung zurück. Lüle-Burgas ist von den Bulgaren eingenommen worden.

Der bulgarische Sieg.

Sofia, 31. Oktober, 6 Uhr 30 Minuten abends. (Meldung der Agence Bulgare.) In der Schlacht, die mit den Hauptstreitkräften der türkischen Armee in Stärke von 150000 Mann auf der Linie Bunar-Hissar—Lüle-Burgas seit drei Tagen allgemein im Gange ist, hat die bulgarische Armee den Feind geschlagen und ihn gezwungen, sich aus seinen befestigten Stellungen unter stürmischem Nachdrängen der Bulgaren zurückzuziehen. Die bulgarische Armee hat die energische Verfolgung des Feindes aufgenommen, der in Unordnung und Panik sich auf Rasbj und Tschorlu zurückzieht. Eine große Zahl von Kanonen, Fahnen, Munition und anderen Kriegstrophäen ist den Bulgaren in die Hände gefallen, ebenso zahlreiche Gefangene. Die bulgarischen Verluste sind verhältnismäßig unbedeutend. Die Dörfer Aiwali bei Lüle-Burgas und Marach im Westen von Adrianopel sind von den Türken eingeäschert, die gesamte christliche Bevölkerung niedergemacht worden. Auch sämtliche Dörfer in der Gegend von Melnik haben die Türken in Brand gesteckt.

Auch der rechte Flügel geschlagen.

Wien, 31. Oktober. Die „Neue Freie Presse" meldet aus Sofia vom 31. Oktober: Infolge der Einnahme von Lüle-Burgas durch die Bulgaren ist auch der östliche türkische Flügel auf dem Rückzug gegen Serai und Stranza begriffen. Die türkischen Reserven, neun Divisionen, die westlich von Jeniköj gestanden haben, sind gegen das Zentrum der Schlachtfront verschoben worden, um einem weiteren Vordringen der Bulgaren Einhalt zu tun. Die Schlachtfront, die gestern Lüle-Burgas-Wisa war, ist heute Tschorlu-Serai-Stranza.

Türkische Verstärkungen.

Konstantinopel, 30. Oktober, 10 Uhr abends. Das in Wisa kämpfende Armeekorps hat große Nachschübe erhalten. Außer der bereits in Midia gelandeten Redifdivision von Trapezunt sind dort die asiatischen Redifdivisionen von Malatia und Baiburt ausgeschifft worden. Sie gelangten über das Gebirge nach Wisa, wo gegenwärtig sehr starke Streitkräfte vereint sind. Weitere asiatische Truppen werden hier abends wahrscheinlich mit derselben Bestimmung eingeschifft werden.

Die Türken an Zahl überlegen.

Wien, 30. Oktober. Die „Neue Freie Presse" meldet aus Konstantinopel: Die Kämpfe dauern seit gestern vormittag an, eine Entscheidung ist nahe bevorstehend. Sie ist am östlichen Flügel zu erwarten, wo sowohl die Türken wie auch die Bulgaren ihre Hauptstreitkräfte einsetzen. Die Schlachtfront ist 70 Kilometer lang. Der westliche Flügel ist ungefähr bei Lüle-Burgas, der östliche Flügel beider Armeen dehnt sich vom Istrandzagebirge bis in die Nähe des Schwarzen Meeres aus. Die Türken sind an Infanterie bedeutend stärker, an Artillerie sind beide Gegner gleich.

Türkische Meldung.

Paris, 31. Oktober. Die „Agence Havas" meldet aus Konstantinopel: Nazim Pascha telegraphierte aus Adrianopel, die türkischen Truppen hätten die Bulgaren aus Uskudar und Lesle vertrieben und die Verfolgung der Flüchtigen aufgenommen.

Vom südlichen Kriegsschauplatze.

Die Griechen in Grevena.

Athen, 31. Oktober. Wie amtlich hier bekannt gegeben wird, haben die griechischen Truppen gestern Grevena besetzt, ohne Widerstand zu finden.

Eine brennende Stadt.

Athen, 31. Oktober. Die Stadt Metzowo in Epirus ist von den Türken in Brand gesteckt und durch die Feuersbrunst vernichtet worden.

Vom montenegrinischen Kriegsschauplatze.

Eine Schlappe der Montenegriner.

Wien, 31. Oktober. Wie die „Reichspost" meldet, haben die Montenegriner bei Berdica, Beltoja und Truschi in der Bojana-Ebene eine Niederlage erlitten. Der Angriff der Türken machte das südliche Vorfeld von Skutari frei. Die Venetianerbrücke vor der Stadt ist auf Befehl des Stadtkommandanten in die Luft gesprengt worden. Die Mirditen (das sind katholische Albaner, die unter dem Einfluß Oesterreichs stehen) haben es abgelehnt, sich den Montenegrinern anzuschließen.

Brand in Skutari.

Rjeka, 30. Oktober. Seit 3 Uhr nachmittags ist um Skutari heftiges Geschütz- und Gewehrfeuer hörbar. Ueber der Stadt sind starke Rauchwolken zu bemerken, die offenbar von einem Brande herrühren.

Ipek genommen.

Rjeka, 31. Oktober. Heute vormittag 10 Uhr 50 Minuten traf die amtliche Meldung ein, daß Ipek von den Truppen des Generals Wukotitsch genommen worden sei.

Abdul Hamid.

Konstantinopel, 31. Oktober. Die Ankunft des deutschen Stationsschiffes „Loreley", auf dem bekanntlich der frühere Sultan Abdul Hamid nach Konstantinopel gebracht werden soll, soll am Quai Tscheragan erfolgen, von wo sich Abdul Hamid direkt in das kleine an der Küste gelegene Palais begeben kann. Es verlautet, daß Abdul Hamid später nach Angora gebracht werden wird.

Erregung in der asiatischen Türkei.

London, 31. Oktober. (P.-C.) Aus Syrien hier eingetroffene Nachrichten melden, daß sich infolge der türkischen Niederlagen unter der dortigen Bevölkerung und unter den Truppen eine bedenkliche Gärung gegen die türkische Herrschaft bemerkbar macht. In Beirut wurde von den Behörden ein Komplott entdeckt, das ein Blutbad unter den Europäern bezweckte, um auf diese Weise die europäischen Mächte zur Intervention zu zwingen. Der französische Konsul, der von diesem Plane Kenntnis erhielt, ist bei seiner Regierung um die sofortige Entsendung eines Kriegsschiffes vorstellig geworden, um die französischen Staatsangehörigen zu schützen.

Französische Kriegsschiffe nach Syrien.

Paris, 31. Oktober. Die Panzerkreuzer „Leon Gambetta", „Victor Hugo" und „Jules Ferry" haben Befehl erhalten, nach Syrien zu gehen. Sie werden bereits heute abend Toulon verlassen. Der Panzerkreuzer „Bruix", der gegenwärtig vor Samos liegt, wird sich nach Saloniki begeben.

Bedrohliche Stimmung in Konstantinopel.

Konstantinopel, 31. Oktober. Die Stimmung unter der hiesigen Bevölkerung ist aufs äußerste erregt. Man erwartet fieberhaft Nachricht über die Kämpfe bei Lüle Burgas und Wisa. Da bei Eintreffen von ungünstigen Meldungen Ausschreitungen zu befürchten sind, haben die Vertreter der Großmächte ihre Stationsschiffe angewiesen, alles zum Schutze ihrer Staatsangehörigen vorzubereiten.

Die Uneinigkeit und Planlosigkeit der Diplomatie.

Paris, 31. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Der „Temps" schreibt: Die Stunde für die Intervention naht, aber die Mächte sind über die Form und Tragweite ihrer Aktion noch nichts Klare gekommen. Die Siege der Balkanstaaten hätten alle bisherigen Projekte umgestürzt. Die Intervention müsse, um entscheidend zu sein, schnell sein, aber die Mächte des Dreibundes und der Tripelentente müßten als kollektive Gruppen auftreten. Nicht die vergängliche Identität der lokalen Interessen entscheide, sondern die allgemeinen Interessen, die die Gruppen formierten. Eine Verhandlung zwischen zwei Ländern wäre möglich, wenn der Dreibund und seine Freunde daran teilnehmen. Der starke Dreibund und die Tripelentente seien die besten Bürgschaften für den Frieden.

Auch das „Journal des Debats" polemisiert gegen Sonderverhandlungen. Das Programm sei von den Balkanvölkern auf dem Balkan durchführbar, wenn die Sieger die Lasten der eroberten Länder übernehmen und die Großmächte sich einer Anteilnahme an der Aufteilung der Türkei enthalten, da sonst das europäische Gleichgewicht gestört werde. Die Polemik ist, trotzdem sie nur Oesterreich und Italien nennt, offenbar auch auf Rußland gemünzt. Der „Temps" berichtet aus Wien, daß die Wiener Verhandlungen zwischen den Großstaaten Schwierigkeiten zu erleiden scheinen durch passive Widerstände, berechnete Abwesenheiten und verzögernde Gegenprojekte. Aus Berlin wird telegraphiert, daß Deutschland auf Oesterreich mäßigend einwirke, wie dieses in vorjähriger Marokkokrisis auf Deutschland eingewirkt habe, weil die Vertragsklausel des Dreibundes eine Unterstützung Oesterreichs durch Deutschland bei einer russischen Offensive vorschreibt. Heute scheinen die Beziehungen Wiens mit Belgrad und Cetinje schlechter zu sein und die Wien-Petersburger Vereinbarungen seien jäh vertagt worden.

Der „Temps" veröffentlicht Mitteilungen der bulgarischen und griechischen Gesandtschaft über türkische Greuel. Zahlreiche Adrianopler Einwohner seien in Ketten weggeführt, 20 Dörfer des Bezirks Janina angezündet und Frauen und Kinder massakriert worden.

Oesterreich und die Balkanstaaten.

Wien, 31. Oktober. In einem offiziösen Artikel registriert das „Fremdenblatt" angebliche sympathische Stimmen der serbischen Presse und fährt dann fort: Es ist ein neuer, ungewohnter Ton, den wir da zu hören bekommen, und es ist nur das Gebot der Gerechtigkeit, dem wir folgen, wenn wir diese Anzeichen eines Umschwunges zur Kenntnis nehmen. Wir stellen aber gleichzeitig fest, daß von einem Umschwung in unserer öffentlichen Meinung zu sprechen, eine Veranlassung nicht vorliegt, denn von unserer Seite ist dem benachbarten Königreiche niemals Mißgunst oder gar Feindseligkeit entgegengebracht worden. Auf den Appell, der aus dem Nachbarstaate zu uns herüberdringt, haben wir nur zu erwidern, daß nach unserem Dafürhalten auch heute keine Hindernisse vorhanden sind, die eine Wiederherstellung des Verhältnisses, wie es seinerzeit bestanden hat, unmöglich machen müssen. Oesterreich-Ungarn hat stets großes Wohlwollen für die Balkanvölker und ein hohes Maß von Interesse und Verständnis für ihre Entwickelung bewährt mit dem angestrebten und voll erreichten Resultate, daß sich zum Beispiel in den letzten Jahren zwischen uns und Bulgarien die freundlichsten Beziehungen entwickelt haben. Die günstigen Dispositionen auf unserer Seite waren und sind auch Serbien gegenüber vorhanden. Wir wollen auch nicht zweifeln, daß dies dort entsprechend eingeschätzt, das notwendige Verständnis für unsere Interessen bekundet und im gegebenen Falle betätigt werden wird. (Fragt sich eben nur, was Oesterreich verlangt.)

Erklärungen Greys.

London, 31. Oktober. (Unterhaus.) Auf eine Frage an den Staatssekretär des Aeußern, ob er mitteilen könne, wie die Aussichten für eine baldige Beendigung des Balkankriegs und für das Zustandebringen eines dauernden Friedens zwischen den Kriegführenden seien, antwortete Sir Edward Grey: Ich fürchte, ich kann nichts sagen, außer daß ich nichts über die internationale Lage gehört habe, was den Friedensaussichten hinderlich sein könnte, sobald die militärische Lage einen Friedensschluß möglich macht. (Beifall.)

Der Liberale King richtete folgende Anfrage an die Regierung: Erstens, ob die Großmächte vor Ausbruch des Krieges auf dem Balkan übereingekommen seien, den Statusquo aufrechtzuerhalten. Zweitens, ob ein solcher Beschluß den Balkanstaaten mitgeteilt worden sei. Drittens, ob infolge der Erfolge der Verbündeten weitere Mitteilungen über diesen Gegenstand zwischen den Großmächten ausgetauscht worden seien, und ob es die Politik Großbritanniens und der Großmächte sei, die territoriale Herrschaft der Türkei über Macedonien aufrechtzuerhalten, was auch das Ergebnis des gegenwärtigen Krieges sein möge.

Sir Edward Grey erwiderte: Die Antwort auf die ersten beiden Fragen ist bejahend, und das steht nicht im Widerspruch zu den Erklärungen, die die Balkanstaaten selbst am Vorabend des Krieges abgegeben haben. Was die dritte Frage anbetrifft, so sind Mitteilungen zwischen allen interessierten Großmächten ausgetauscht worden über die Veränderung der Lage, die sich aus dem Verlauf des Krieges ergibt, und im Hinblick darauf wäre es im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ratsam, irgendeine Erklärung über die Politik der britischen Regierung und der anderen Mächte zu machen, die, wie ich mit Vergnügen sagen kann, den von Anfang an angenommenen Kurs, sich untereinander zu verständigen, beibehalten. Das Haus kann versichert sein, daß ich Erklärungen abgeben werde, sobald es möglich ist. Aber ich hoffe, das Haus wird die Schwierigkeit würdigen, gesondert Erklärungen über unsere eigenen Ansichten abzugeben, in dem Augenblick, wo es unser erstes Ziel ist, uns in Verbindung mit den anderen Mächten zu halten und eine Einigung unter ihnen zu fördern.

Der Liberale King fragte weiter, ob vom Auswärtigen Amte Schritte unternommen würden, um zu verhüten, daß Finanzleute den Kriegführenden auf dem Balkan Geldmittel liefern.

Staatssekretär Grey erwiderte: Die Antwort laute nein. Er glaube, daß es in solchen Fällen gebräuchlich sei, die Finanzleute ihren eigenen Weg gehen zu lassen.

Eine Rüstungsrede Churchills.

London, 31. Oktober. Marineminister Churchill hielt gestern in Sheffield eine Rede, in der er der Hoffnung Ausdruck gab, alle Nationen würden nach Beendigung des Balkankrieges in dem Entschlusse einig sein, daß die Angelegenheiten, die den gegenwärtigen Krieg entfacht hätten, nicht ein zweites Mal Ursache eines Krieges sein dürften. Alle Regierungen ohne Ausnahme seien ehrlich bemüht, eine Formel zu finden, die den Kriegführenden Gerechtigkeit widerfahren lasse und den in Betracht kommenden Völkern von Nutzen sei. Der Krieg sei mit der ganzen Kraft einer spontanen Explosion ausgebrochen. Wer wäre angesichts einer derartigen Willenskundgebung kühn genug zu behaupten, daß Stärke nie ein Heilmittel gewesen sei, oder wer wäre unaufrichtig genug, um zu erklären, daß kriegerische Tugenden keine vitale Rolle im Leben gesunder und ehrliebender Völker spielen, oder wer schließlich wäre töricht genug, um anzunehmen, daß ein langer Antagonismus, der sich aus der Geschichte und der Zeit erklärt, stets durch glatte, an der Oberfläche bleibende Konventionen von Politikern und Diplomaten ausgeglichen werden könnte? Großbritannien müsse für alle Fälle gerüstet sein. Es sei gut, geduldig, bedächtig, friedliebend zu sein, aber es sei nicht genug. „Wir müssen", schloß Churchill, „auch stark, voll Selbstvertrauen und einig sein."

Die Teuerung.

Rückgang des Fleischkonsums.

Die Lügen agrarischer Blätter über die reichliche Versorgung Deutschlands mit Fleisch werden wieder einmal durch die amtliche Statistik ins rechte Licht gerückt. Das Statistische Landesamt veröffentlicht soeben die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau für das Jahr 1911. Mit Ausnahme der Schlachtungen von Schweinen, Pferden und Ziegen sind die aller anderen Tiergattungen ganz erheblich zurückgegangen. Nach Abzug der als untauglich verworfenen Tierkörper wurden im Jahre 1911 gegen 1910 weniger geschlachtet:

Ochsen . .	35 614	Stück	oder 12	Proz.
Bullen . .	37 582	„	„ 12	„
Kühe . . .	22 682	„	„ 2	„
Jungrinder .	34 260	„	„ 7	„
Kälber . .	68 191	„	„ 3	„
Schafe . .	118 519	„	„ 7	„
Hunde . .	155	„	„ 8	„

Das bedeutet einen ganz außerordentlichen Rückgang des Fleischangebots. Er wird auch nicht im entferntesten aufgehoben durch die Zunahme der Schweineschlachtungen von 1 858 259 Stück (14 Proz.). Denn an verwertbarem Fleisch sind etwa erst vier Schweine einem Rind gleichzusetzen. Allein die Abnahme der Ochsenschlachtungen wiegt die Zunahme der Schweineschlachtungen auf. Das preußische Volk hat also im vergangenen Jahr wesentlich weniger Fleisch verzehrt als im Jahre 1910. Denn infolge des Bevölkerungszuwachses sinkt die Konsumquote pro Kopf noch rascher, als die absoluten Zahlen es zeigen.

Das Volk leidet unter einer sich jährlich verschärfenden Fleischnot. Die heimische Landwirtschaft — das zeigen diese Zahlen deutlich — ist nicht imstande, den Fleischhunger zu befriedigen. Auf mit den Grenzen für ausländisches Fleisch!

Keine weiteren Regierungsmaßnahmen.

Württemberg hatte beim Bundesrat eine Abänderung des Bundesratsbeschlusses vom April dieses Jahres beantragt, nach welchem die in den Quarantäneanstalten eingestellten Rinder außer auf andere übertragbare Seuchen auch darauf untersucht werden, ob sie mit Tuberkulose behaftet sind. In solchem Falle müssen die Tiere wieder ausgeführt werden. Die württembergische Regierung versuchte nun, Erleichterungen in der Richtung zu erlangen, daß die Tiere nicht ausgeführt werden müßten, sondern ihr Fleisch unter voller Beobachtung der Fleischbeschauvorschriften als bedingt tauglich zugelassen würde. Der Bundesrat hat jedoch diesem Antrage keine Folge gegeben.

Maßnahmen gegen die Teuerung.

Die Stadtverwaltung von Altenburg hat den Bezug von dänischem Rindfleisch in die Wege geleitet. Die erste Sendung dänischen Fleisches, einige 60 Zentner, traf am Montag dieser Woche ein. Fast die Hälfte wurde an die Städte Ronneburg, Schmölln und Gößnitz abgegeben. 30 Rinderviertel blieben zur Verteilung an die Fleischerinnung Altenburg, die den Verkauf übernommen hat, übrig. Auf den Altenburger Konsumverein, der die größte Schlächterei am Orte hat, entfielen zwei Rinderviertel im Gewichte von 250 Pfd. Und davon sollen 5000 Menschen satt werden! Ein Tropfen auf den heißen Stein. In Ronneburg, Schmölln, Lucka und Gößnitz haben sich die Fleischer geweigert, den Verkauf des eingeführten dänischen Fleisches zu übernehmen. Die Verwaltungen dieser Städte müssen nun das Fleisch durch Landschlächter, zum Teil auf der Freibank verkaufen lassen. In Kahla hat die Stadtverwaltung den Verkauf des eingeführten Fleisches von vornherein selber übernommen. In Orlamünde hat die Stadtverwaltung vom Bezuge dänischen Fleisches Abstand genommen, nachdem einige Schlächter den Fleischpreis auf 90 Pf. ermäßigten. Das von der Stadt Altenburg eingeführte dänische Fleisch ist von bester Qualität und wird je nach Art, ob Bratenfleisch oder Suppenfleisch erster und zweiter Güte zu 80, 75 und 65 Pf. abgegeben. Zoll- und Transportkosten trägt die Staatskasse.

Der Stadtmagistrat Augsburg hatte vor einiger Zeit beschlossen, dänisches Fleisch einzuführen und den Metzgermeistern zum Einkaufspreis zu überlassen. Diese sollten das Fleisch mit einem Aufschlag von 12 Pf. pro Pfund weiter verkaufen. Von diesem Angebot machten indessen so wenig Metzgermeister Gebrauch, daß die Stadtgemeinde Veranlassung nahm, den Verkauf des eingeführten Fleisches selbst in die Hand zu nehmen. Der Verkauf des Fleisches erfolgt in drei städtischen Fleischverkaufsstellen, der Absatz geht zum Preise von 74 Pf. pro Pfund flott von statten.

Die Stadtgemeinde hat dann auch lebendes Schlachtvieh aus Holland eingeführt. Soweit diese Tiere von den Metzgern nicht verkauft werden, erfolgt die Schlachtung und der Verkauf des Fleisches durch die Stadtgemeinde selbst. Der Preis dieses Fleisches stellt sich auf 86 Pf. für Ochsenfleisch und 82 Pf. für Mastrindfleisch und ist um 15 bis 25 Pf. niedriger als das von einheimischen Tieren.

Der Senat in Hamburg beabsichtigt, zur Linderung der Fleischnot 100 000 M. aus Staatsmitteln bereitzustellen zum Ankauf von dänischem Rind- und Hammelfleisch, das durch Vermittelung der Schlächterinnung zum Selbstkostenpreise wieder verkauft werden soll.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Oktober 1912.

Nationalliberale Wahlrechtsfeinde.

In einer Polemik gegen Fortschrittler und Jungliberale führt die „Altnationalliberale Reichs-Korrespondenz" des Herrn Fuhrmann aus:

„Es ist nicht richtig, wie Herr Dr. Kauffmann sagt, daß in in den Reihen unserer preußischen Parteifreunde es nur eine geringe Anzahl wäre, die sich mit dem Gedanken der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nicht zu befreunden vermöchte. Es ist vielmehr die ganze preußische nationalliberale Partei. Jedem jungliberalen Versuche, hier die heute noch vollgültigen, einstimmig gefaßten Beschlüsse des Magdeburger Parteitages zu erschüttern, werden wir in Uebereinstimmung mit der gesamten Landtagsfraktion den schärfsten Widerstand entgegensetzen."

Allerlei Erbauliches über die Kölner Erzbischofswahl.

Wie aus Köln berichtet wird, hatten sich bei der Erzbischofswahl zunächst sämtliche abgegebenen 14 Stimmen auf den gegenwärtigen Kölner Weihbischof Dr. Müller vereinigt, der sich selber der Stimme enthielt. Dr. Müller lehnte dann die auf ihn gefallene Wahl ab und nun wählte man den münsterischen Bischof Dr. Felix v. Hartmann.

Hochinteressant ist in diesem Zusammenhang, daß das Straßburger Zentrumsblatt „Der Elsässer" den Weihbischof Dr. Müller als gewählt verkündet hat und sogar dessen Bildnis brachte. Dr. Müller soll die Wahl deshalb abgelehnt haben, weil er nicht auf seine Bestätigung rechnen durfte. Der Kölner Domprobst Dr. Berlage hat nämlich schon früher die Aeußerung getan, daß er in Berlin dafür sorgen werde, daß keiner von den Kölner Kirchenoberen bestätigt werde. Es wird auch jetzt bekannt, daß im vorigen Jahre, als Dr. v. Hartmanns zum Bischof von Münster gewählt wurde, zwei Zentrumsführer im Kultusministerium gewesen sind, um Dr. Hartmanns Bestätigung zu verhindern, da Hartmann bekanntlich ein Gegner der Bachem-Richtung im Zentrum ist.

Die Kandidatenaufstellung für die Nachwahl in Greifenberg-Kamin.

ist erfolgt. Nachdem die Konservativen im Kreise ihres verstorbenen Führers v. Normann den Gutsbesitzer v. Flemming zum Kandidaten proklamiert haben, stellten die Nationalliberalen den Hauptmann a. D. v. Puttkamer auf, der schon bei früheren Wahlen nationalliberaler Kandidat gewesen ist.

Landtagswahl in Teltow-Beeskow.

Im Wahlkreis Teltow-Beeskow, der infolge des Ablebens des konservativen Abgeordneten Felisch verwaist ist, präsentieren die Fortschrittler als Kandidaten bei der Ersatzwahl den Pfarrer a. D. Friedrich Naumann.

Bei der letzten Wahl erhielt der fortschrittliche Kandidat 482 Stimmen, der Sozialist 402 und der Konservative 618 Stimmen.

Protest der Polen gegen die erste Enteignung.

Am Sonntag fand in Gnesen eine von etwa 1000 Polen besuchte Versammlung gegen die erste Enteignung in der Provinz Posen statt. Zahlreiche Abgeordnete, Geistliche, Aerzte, Rittergutsbesitzer wohnten der Protestversammlung bei. Die Redner fanden recht kräftige Ausdrücke. Die Versammlung nahm einen stürmischen Verlauf, weil einem Vertreter der polnischen Sozialdemokratie das Wort verweigert wurde. Im Schlußwort forderte der Referent, Rechtsanwalt Karpinski, die polnischen Abgeordneten auf, gegen den Etat, gegen die Zivilliste zu stimmen und den Ministern die Gehälter zu verweigern.

In einer Resolution wurde gegen die Enteignung protestiert. Im Saal war ein großes Schild mit den Worten: „Enteignung die Schande des 20. Jahrhunderts" angebracht.

Der sächsische Landtag

tritt am 11. November zu einer kurzen Nachsession zusammen, die noch vor Weihnachten beendet sein soll. Am 23. Mai wurde er vertagt, damit wichtige gesetzgeberische Arbeiten, die bis zum üblichen Schluß nicht erledigt waren, weitergeführt werden konnten. In der Hauptsache war es der Volksschulgesetz-Entwurf, der die Vertagung nötig machte. Die für dieses Gesetz gewählte Kommission („Zwischen-Deputation") ist jetzt mit ihren Arbeiten zu Ende. Der Entwurf kommt wesentlich verändert an das Plenum. Gegenwärtig hat ihn die Erste Kammer in Arbeit. Ueber ihre Beschlüsse erfährt man nichts, sicher ist jedoch, daß dort die von der Kommission der Zweiten Kammer beantragten Verbesserungen keine Zustimmung finden werden. Im Plenum sind deshalb heftige Kämpfe um die Schulreform zu erwarten.

Sehr umstritten ist auch das Gesetz über eine Gemeindesteuer-Reform. Die Umsatzsteuer ist durch das energische Vorgehen unserer Genossen von der Mehrheit der Kommission aus dem Entwurf entfernt. Gesetzlich ist diese Steuer bis jetzt überhaupt nicht geregelt. Auf Grund von ministeriellen Verordnungen ist jedoch ihre Einführung den Gemeinden möglich. Die Regierung wollte sie in das neue Gemeindesteuergesetz als fakultative Steuer aufnehmen. Die Kommission hat nun ein direktes Verbot der rohen Umsatzsteuer in die Vorlage gebracht. Nach ihren Beschlüssen würde nur eine mildere, mit der Einkommensteuer verquickte Umsatzsteuer möglich sein, von der die Konsumvereine nicht getroffen werden. Die sozialdemokratische Fraktion lehnt die Steuer als fortschrittsfeindlich und rückschrittlich ab.

An gesetzgeberischen Arbeiten sind noch zu nennen ein neues Schul- und ein Kirchensteuergesetz. Auch harrt eine Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion über das Wohnungswesen noch der Erledigung, und auch die Teuerungsfrage wird die Nachsession beschäftigen.

Keine Manöveropfer.

In unserer Nummer vom 15. September meldeten wir, daß das Manöver in der Bütower Gegend zwei Opfer gekostet habe. Es seien dort zwei Soldaten des 141. Regiments beim Ausschwärmen im Torfmoor des Gutes Petersdorf umgekommen und nach mehreren Tagen als Leichen aufgefunden worden. Das Gericht des Kulmer Infanterie-Regiments Nr. 141 ersucht uns nun um Richtigstellung dieser Meldung. Es seien allerdings zwei Musketiere am 6. September während eines Gefechts bei Bütow von ihrer Truppe abgekommen, jedoch hätten sie sich nach sechs Tagen bei ihrer Truppe wieder eingefunden.

Die Ankündigung eines Zeitungsartikels eine „militärische Widersetzung".

Mysteriöse Einzelheiten über Mißstände beim Zielbaukommando in Königsbrück lagen einer umfangreichen Verhandlung vor dem Dresdener Oberkriegsgericht zugrunde. Unter den zum Zielbaukommando in Königsbrück (Truppenübungsplatz) abkommandierten Soldaten herrschte schon seit längerer Zeit eine gewisse Unzufriedenheit über dort bestehende Mißstände. Es wurde mehrfach über zu langen Dienst, schlechte Behandlung und schlechtes Essen geklagt. Durch die Anzeige eines abgelösten Unteroffiziers kam endlich der Stein ins Rollen. Wegen der den Soldaten zugefügten Behandlung wurde gegen den Vizefeldwebel Trommer eine Untersuchung eingeleitet. Ein Oberleutnant führte die Untersuchung. Er war von Anfang an der Meinung, daß die vom Vizefeldwebel gebrauchten Aeußerungen nicht ernst gemeint waren, vielmehr als scherzhafte Redensarten aufzufassen seien. Dabei sind die in Frage stehenden Ausdrücke so ordinär und unflätig, daß man sie nicht einmal wiedergeben kann. Der Oberleutnant nahm auch in der Angelegenheit ein nicht allenthalben der Wahrheit entsprechendes Protokoll auf. Die Art der Vernehmung war ebenfalls nicht einwandfrei. Es blieb aber immerhin so viel hängen, daß der Vizefeldwebel bestraft werden mußte. Im Sommer d. J. trat die ganze Affäre in ein neues Stadium. Am 3. Juni gingen bei dem Oberst Ullrich und dem Kommandeur des Truppenplatzes Oberst Starck anonyme Briefe ein. Der eine beginnt mit den Worten: „Da wir keine Gelegenheit haben, mit dem Herrn Oberst persönlich in Berührung zu kommen, sehen wir uns veranlaßt, auf diesem Wege unseren Herzen Luft zu machen!" Vom Oberst Starck wird behauptet, er sieht alles, nur nicht was er soll. In einem Briefe heißt es zum Schluß: „Wenn hier nicht bald eine Aenderung eintritt, dann erscheint ein langer Artikel in der „Volkszeitung" über die Mißstände und über die Art, wie man Soldaten auf Arbeitskommando behandelt und füttert!" Mit Bezug auf die Untersuchung gegen den Vizefeldwebel wird behauptet: „Wir sind gezwungen worden, die Unwahrheit zu sagen"; und wenn der Oberst gerecht sein wollte, wäre es auch anders. Dann würde noch gefragt, warum sich der Vizefeldwebel einen Burschen halten kann, der nur Hausmädchen spielt.

Der Anonymus war anfangs völlig unbekannt, durch Schriftproben kam man aber dann auf den Soldaten Vettke, der jedoch entschieden bestritt, die Briefe geschrieben zu haben oder auch nur mit ihnen in Verbindung zu stehen. Das Kriegsgericht als erste Instanz erachtete aber Vettke als den Anonymus überführt und erkannte auf die harrende Strafe von 8 Monaten Gefängnis! Es hat in der Ankündigung des Zeitungsartikels eine — militärische Widersetzung erblickt, weil der Angeklagte durch die „Drohung" — es werde ein Artikel in der „Volkszeitung" erscheinen, wenn nicht bald Aenderung eintritt — einen Vorgesetzten zu einer Diensthandlung zu bestimmen versucht habe. Für die Androhung dieses „Uebels" hat das Kriegsgericht eine Einzelstrafe von sechs Monaten ausgeworfen.

Gegen seine Verurteilung legte Vettke Berufung ein und erstrebte seine Freisprechung. Das Oberkriegsgericht gelangte zu denselben Feststellungen wie die Vorinstanz und bestätigte die ausgeworfene 8monatige Gefängnisstrafe.

Oesterreich-Ungarn.

Die letzten Urteile wegen der Mairevolution in Budapest.

Die dritte Gruppe der wegen der Mairevolution angeklagten Personen wurde am Donnerstag abgeurteilt. 7 Personen wurden zu je einem Monat, 16 Personen zu je 14 Tagen Gefängnis, eine zu 1000 Kronen Geldstrafe verurteilt; die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Dänemark.

Die Verfassungsrevision im Parlament.

Die von uns ausführlich geschilderten Vorschläge zu einer Verfassungsrevision hat die Regierung inzwischen dem Reichstage unterbreitet und die parlamentarische Beratung der Vorschläge hat in erster Lesung bereits begonnen. Soweit bisher ersichtlich, ist die Opposition gegen die vorgeschlagene Reform der Zweiten Kammer (Folkething) minimal. Man scheint sich allgemein mit der Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an die Frauen unter gleichen Bedingungen wie für die Männer abgefunden zu haben, nachdem das kommunale Wahlrecht der Frauen nun bereits seit einigen Jahren eingeführt ist. Die Wirkungen des Frauenwahlrechts haben für die konservativen Elemente nichts Abschreckendes mehr; eine wesentliche Aenderung in der Kommunalpolitik konnte das Frauenwahlrecht ohnehin nicht bedeuten, so lange die einschränkenden Bestimmungen betreffend Steuerbezahlung und zweijährigen Wohnsitz für alle Wahlberechtigten bestehen bleiben, wodurch die Arbeiterklasse, darunter natürlich die Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen, in ihrem Wahlrecht beeinträchtigt werden. Aber darüber hinaus haben die bisherigen Erfahrungen gelehrt, daß die politische Teilnahme der bürgerlichen Frauen bei den Kommunalwahlen eine regere war als die der Proletarierinnen. Das hat anscheinend den Konservativen den Schrecken vor dem Frauenwahlrecht abgetrieben. Zudem kann man in Dänemark schließlich den Frauen nicht Rechte vorenthalten, die in den andern skandinavischen Ländern teils anerkannt sind, teils nahe vor der Anerkennung stehen. Auch gegen die allgemeine Herabsetzung der Altersgrenze der Wahlberechtigung von 30 auf 25 Jahre ist keine ernsthafte Opposition entstanden.

Dagegen macht sich eine starke Opposition gegen die Reform der Ersten Kammer geltend. Insbesondere wollen die Konservativen nicht eine Reform wie vorgeschlagen gutheißen. Auch innerhalb der liberalen Regierungspartei sind Strömungen im Gange, die eine andere Grundlage für die Reform der Ersten Kammer durchsetzen möchten, etwa durch direkte Wahlen mit einer Altersgrenze für die Wahlberechtigung von 35 Jahren, wodurch der Einfluß der Arbeiterklasse paralysiert oder gar auf ein Nichts beschränkt werden sollte. Aber der liberale Redner in der ersten Lesung, Slebjager, erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zu dem Regierungsentwurf, auch wenn innerhalb der Partei noch andere Wünsche vorhanden seien. Die radikale Linke ließ durch ihren Redner die Zustimmung erklären. Ihr gehen einzelne Bestimmungen nicht weit genug, aber sie will, um zu einem Resultat zu kommen, die vorgeschlagene Reform akzeptieren.

Von seiten der Konservativen wurden Bedenken laut gegen die vorgeschlagene Reform des Landsthings. Sie wollen die Erste Kammer als eine Institution des Besitzes erhalten wissen und die weitere Demokratisierung des Landes erscheint ihnen nicht mit ihren Interessen vereinbar. Wenn schon einer Demokratisierung der Zweiten Kammer nicht zu entgehen ist, dann soll wenigstens die Erste Kammer ein Bollwerk gegen den Volkswillen bilden. Daher können sich die Konservativen auch nicht mit der vorgesehenen gemeinsamen Abstimmung in strittigen Finanzfragen recht befreunden, weil hierdurch das Veto der Ersten Kammer beseitigt wird. Immerhin glitt der konservative Hauptredner nicht ungeschickt an einigen dieser Fragen vorbei, in der ganz richtigen Erwartung, daß in den kommenden Kommissionsverhandlungen sowohl als in den Beratungen der jetzigen Ersten Kammer der Vorlage mancher „Giftzahn" gezogen werden kann.

Eine klare und deutliche Stellung nahm der Redner der Sozialdemokratie, Borgbjerg, zu der Vorlage ein. In einer zündenden Rede wies er die Halbheit der Ersten-Kammerreform treffend nach. Eine auf 8 Jahre von Gemeindevorständen, die selbst vielleicht nur auf 3 oder 4 Jahre gewählt wurden, gewählte Erste Kammer, wird hinter der Entwickelung der Zweiten Kammer etwa um ein Jahrzehnt zurückbleiben. Aus diesem Grunde hielt Borgbjerg auch die gemeinsame Abstimmung in strittigen Finanzfragen für nicht ohne Bedenken. Er forderte gemäß den sozialdemokratischen Anträgen die Abschaffung der Ersten Kammer und Einführung des Referendums bei wichtigeren Gesetzesbeschlüssen des aus einer Kammer bestehenden Parlaments.

Da aber die Regierungsvorlage einen großen Fortschritt bedeute, erklärte Redner die Bereitwilligkeit der Sozialdemokratie, auf der vorgeschlagenen Grundlage mitzuarbeiten, um die dringende Reform durchzuführen. Damit gibt die Sozialdemokratie ihre eigenen Forderungen nicht auf, sondern sie hilft nur, das allgemeine Wahlrecht durchzuführen, mit dessen Hilfe sie dann den Kampf um ihre weiteren Ziele fortsetzen wird.

Die Vorlage wird nun in Kommissionsverhandlungen weiter beraten werden. Was dabei herauskommen wird, ist schwer vorauszusagen. Wahrscheinlich werden die Konservativen in der Ersten Kammer, wo sie über eine knappe Majorität verfügen, große Schwierigkeiten machen. Aber in diesem Falle scheint die Regierung die Absicht zu haben, eine Auflösung dieser Kammer zu verfügen. Da dann die 12 vom König erwählten Mitglieder auch neu erwählt würden, könnte die Regierung auch hier eine Majorität erlangen. Das heißt, wenn sie selbst bis dahin standhaft bleibt.

Aus der Partei.

Friedenskundgebung in Dresden.

Wie uns telegraphisch mitgeteilt wird, fand in Dresden gestern nachmittag um 8 Uhr, eine imposante Friedenskundgebung statt. Mitten durch die schöne Elbstadt zogen von 1 Uhr ab tausende und abertausende Proletarier und Proletarierinnen aus allen Bezirken der Stadt und ihrer Umgebung nach dem großen öffentlichen Spielplatz an der Leipziger Straße gegenüber dem Erfurter Platz. Gegen 3/4 3 Uhr war der große, etwa 15 000 Quadratmeter umfassende Platz so stark gefüllt, daß viele nur auf der Umrahmung des Platzes Stellung nehmen konnten. Auf 5 Tribünen sprachen je 2 Redner: Die österreichischen Reichsratsabgeordneten Glöckel und Hillebrand, die Mitglieder des deutschen Reichstags Gradnauer, Scheidemann, Stadthagen und Wurm sowie die sächsischen Landtagsabgeordneten Fleißner, Fräßdorf, Riem und Wirth. Die Kopf an Kopf gedrängte Menge lauschte den Darlegungen der Redner mit größter Aufmerksamkeit. Wahre Beifallssalven begleiteten insbesondere die Stellen, in denen die internationale Geschlossenheit der proletarischen Interessen sowie der unerschütterliche Wille des Volkes zum Ausdruck kam, den Kriegshetzern jeglichen Landes entgegenzutreten.

In der einhellig zur Annahme gelangten Resolution bekannten die Versammelten sich erneut zum Ideal des Völkerfriedens und entboten den auf dem Balkan um den Frieden ringenden Klassengenossen brüderlichen Gruß und Solidarität. Ein mächtiger, unvergeßlicher Eindruck war es, als die 50 000 Versammlungsteilnehmer zum Zeichen der Zustimmung ihre Hand erhoben. Noch nie hat in Dresden an dem Reformationsfest, das gestern in Sachsen offiziell gefeiert wurde, eine so imposante Kundgebung für die Kulturbewegung stattgefunden.

*

Auf Mittwoch waren in der ungarischen Hauptstadt 14 und in 20 größeren Provinzstädten ebenfalls Protestversammlungen angesetzt mit der Tagesordnung: Der Krieg und die Eröffnung des Reichstages. Den Versammlungen lag eine gemeinsame Resolution vor, in der dagegen protestiert wird, daß sich Ungarn in die Wirren des Balkankrieges einmengt: Es ist Pflicht der ungarischen Regierung, vor allem im eigenen Lande Ruhe zu schaffen und die Ausnahmezustände in Ungarn und Kroatien endlich einmal aufzuheben. Es wird ferner dagegen protestiert, daß zurzeit der Regierung ein Mann vorsteht, der mit dem Gesetzbuch in Konflikt geraten ist. Solange keine gesetzlichen Zustände in Ungarn eintreten, solange der Militärkordon das Reichstagsgebäude umsteht, können die Beschlüsse dieses Hauses nicht geachtet werden. Die Regierung müsse einsehen, daß sie im Auslande keine Erfolge haben kann, solange sie im eigenen Lande nicht geachtet wird. Das arbeitende Volk Ungarns verlangt in der Resolution weiter, daß den grausamen gesetzlosen inneren Zuständen ein für allemal durch Schaffung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts ein Ende gemacht wird.

Bezirksparteitag für Oberschlesien.

Am Sonntag fand im Gewerkschaftslokal zu Kattowitz der diesjährige Parteitag für den oberschlesischen Agitationsbezirk statt. Aus den neun zum Bezirk gehörenden Reichstagswahlkreisen waren 38 Delegierte anwesend. Die Bezirksleitung war vollständig vertreten. Außerdem wohnten den Verhandlungen bei die Genossen Braun vom Parteivorstand, Schütz und Wolff-Breslau als Vertreter des mittelschlesischen Bezirks und der Redaktion der „Volkswacht" sowie Mieczkowski für den Vorstand der P. P. S.

Den Geschäftsbericht der Bezirksleitung, der nur die ersten drei Quartale des Geschäftsjahres umfaßt, erstattete Genosse Hörsing, der dabei die unglaublichen Schwierigkeiten, die unserer Bewegung im oberschlesischen Industrierevier von Behörden und dem Gruben- und Hüttenkapital bereitet werden, besonders hervorhob. Mit Einschluß der Reichstagswahlen kamen 1 1/4 Millionen Flugblätter und 250 000 Volkskalender und Broschüren zur Verbreitung. 139 Volks- und 6 Frauenversammlungen, viele davon unter freiem Himmel, fanden in der Berichtszeit statt. Die Fluktuation der Mitglieder ist eine überaus große durch die Massenabwanderungen nach dem Westen. Von 849 Neuaufnahmen waren nur 224 zu halten. Die Mitgliederzahl stieg von 1840 auf 2064, darunter 197 Frauen. Die Beitragsleistung ist stabiler geworden. Die Zahl der „Volkswacht"-Leser stieg von 1818 auf 3016. Polizeiliche Anzeigen gegen führende Genossen wurden insgesamt 86 erstattet, von denen etwa 4/5 durch die Gerichte wieder aufgehoben wurden. Die Reichstagswahlen brachten einen Gewinn von 21 000 Stimmen, die fast sämtlich den Nationalpolen abgenommen wurden. Die Kosten des Wahlkampfes betrugen 20 600,80 M. Die Bezirkskasse balanciert inklusive der Reichstagswahlkosten in Einnahme und Ausgabe mit 35 377,50 M. Der Bezirksleitung wurde für die Tätigkeit Entlastung erteilt.

Die weiteren Verhandlungen betrafen die Gründung eines eigenen deutschen Parteiblattes für den oberschlesischen Industriebezirk, über die ebenfalls der Bezirkssekretär Genosse Hörsing referierte. Von allen Delegierten des Parteitages wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, wenn die Agitation in Oberschlesien Fortschritte machen soll. Der Vertreter des Parteivorstandes versprach, die gehörten Wünsche dem Parteivorstande zu unterbreiten. Wenn die Vorbedingungen zum Erscheinen eines eigenen Blattes erfüllt sind, dann ist der Parteivorstand dem Projekt durchaus nicht abgeneigt. (Das neue Blatt für Oberschlesien ist als Kopfblatt der „Breslauer Volkswacht" vorläufig gedacht.)

Parteiausschuß.

Von der Bezirksleitung der sozialdemokratischen Partei Niederrhein wurde als Mitglied des Parteiausschusses Genosse Wilhelm Gewehr-Elberfeld, als dessen Stellvertreter Genosse Karl Haberland-Barmen gewählt.

Aus den Organisationen.

Als nassauischer Provinzialsekretär wurde an Stelle des nach Jena verziehenden Genossen Rudolph der bisherige Hanauer Parteisekretär Robert Dißmann gewählt.

Gewerkschaftliches.

Der Terror der Zwangsinnung.

Die Magdeburger Zwangsinnung der Barbiere ist hartnäckig bemüht, den Ruf, daß sie sich auf das Terrorisieren versteht, zu befestigen. Erst kürzlich entließ sie einen Selbständigen kurzerhand aus seinem Amte als Fachschullehrer, und der Vorstand der Innungskrankenkasse nahm dem Mann den Posten als Kassierer, weil er aus Anlaß der Lohnbewegung der Friseurgehilfen eine dem Innungsvorstande unbequeme Bemerkung gemacht hatte. Am Mittwoch voriger Woche setzte dieser selbe Innungsvorstand in einer außerordentlichen Generalversammlung der Innung den Beschluß durch, daß kein Mitglied bei einer Ordnungsstrafe von 10 M. pro Tag (!) Einzelverträge mit dem Verbande der Friseurgehilfen oder Vertretern desselben weder für sich noch in geschlossener Weise abschließen dürfe. Obwohl unzweifelhaft dieser Beschluß ungesetzlich ist, weil er gegen die guten Sitten und vor allem auch gegen § 153 der Gewerbeordnung verstößt, nahm doch die Lohnkommission der Gehilfen von einer Veröffentlichung der Geschäfte Abstand, deren Inhaber den Tarifvertrag anerkannt haben. Statt dessen erschien in der Zeitung eine von einer größeren Anzahl Meister unterzeichnete Erklärung, daß sie auf Grund des Innungsbeschlusses von einer Unterzeichnung des Tarifvertrages Abstand nehmen, aber die Forderungen der Gehilfen anerkennen. Die Lohnkommission beschloß, diese Erklärung als ausreichend zu betrachten, und hängte ihr eine entsprechende Mitteilung an, wobei sie noch ausdrücklich bekannt gab, daß auf den Abschluß von Verträgen verzichtet werde. Die Erklärung verstößt also auf keinen Fall gegen den Innungsbeschluß. Trotzdem hat jetzt der Innungsvorstand jedem Unterzeichner eine Strafverfügung über zunächst 20 M. zugestellt wegen Verstoßes gegen jenen Beschluß! Innerhalb drei Tagen soll Zahlung erfolgen, widrigenfalls zwangsweise Einziehung erfolgt. Gegen die Rechtmäßigkeit jenes Beschlusses sowohl, als auch jetzt gegen die Strafverfügungen ist Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, dem Magistrat der Stadt Magdeburg, erhoben worden. Wenn Recht und Gesetz noch Geltung haben in deutschen Landen, dann muß diese Beschwerde zugunsten der Beschwerdeführer und gegen die skrupellosen Innungsterroristen erledigt werden, die nicht davor zurückschrecken, ihren Kollegen den wirtschaftlichen Ruin anzudrohen, weil sie sich den Forderungen der Gehilfen freundlich gegenüberstellen.

Berlin und Umgegend.

Die Jalousiearbeiter, organisiert im Deutschen Holzarbeiterverband, kamen am Mittwochabend bei Boeker in der Weberstraße zu einer Besprechung zusammen, um Stellung zum Ablauf ihres Tarifvertrages zu nehmen. Mit den bestehenden Verhältnissen sind die Arbeiter sehr unzufrieden, weil der Tarif von den Unternehmern, die ihn abgeschlossen haben, nicht immer eingehalten wird. Besonders scharf wurden die Arbeitsverhältnisse bei den Firmen Wohlfahrt und Kotz u. Möller kritisiert. Natürlich ist es auch die Schuld der Arbeiter, die nicht straff genug organisiert sind, wenn der Tarifvertrag ungestraft verletzt werden darf. Der Obmann ermahnte darum dringend, die Organisation nicht zu vernachlässigen. Für die Frage der Verlängerung des Vertrages kommen noch mancherlei Umstände in Betracht, unter anderem die Verhältnisse auf dem Baumarkt. Der Tarifvertrag läuft am 1. April 1913 ab und gilt auf ein Jahr verlängert, wenn er nicht am 1. Dezember gekündigt wird. Die Angelegenheit wird noch in weiteren Versammlungen erörtert werden.

Die Tarifbewegung der Perlmutter-, Horn- und Steinnußknopfarbeiter hat bis jetzt ein günstiges Resultat gezeitigt. In drei von fünf maßgebenden Betrieben ist es, wie der Branchenleiter Schulze in einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung mitteilte, zu einer Verständigung gekommen, so daß hier die Bewegung einen Abschluß erreicht hat, dem die in Betracht kommenden Arbeiter zustimmen konnten. Außer einer Verkürzung der Arbeitszeit um 2½ Stunden pro Woche, sind auch Zuschläge auf die Akkord- und Wochenlöhne bis zu 40 Proz. erfolgt. Bei zwei weiteren Firmen (bei einer davon ist es zu einer Arbeitseinstellung gekommen), jedoch konnte, abgesehen von einzelnen Zugeständnissen, eine Anerkennung des von den Arbeitern unterbreiteten Vertrages nicht ganz erzielt werden. Ein Unternehmer verlangte eine Vertragsdauer von — 6 Jahren. Was die übrigen vorhandenen Betriebe betrifft, so sind dort die Verhandlungen noch nicht so weit gediehen, daß eine Verständigung, bzw. ein Tarifabschluß in greifbare Nähe gerückt wäre.

Der Streik der Messingputzer der Firma Legel dauert unverändert fort. Verhandlungen, die gestern stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen. Die Firma lehnt es ab, mit dem Deutschen Transportarbeiterverband einen Tarif abzuschließen, sowie sie es auch weiter ablehnt, mit der Organisation überhaupt zu verhandeln, und zwar, wie sie angibt, aus Prinzip. Darum waren auch die gestrigen Verhandlungen, wiederum nach Ansicht der Firma, als rein private Unterhaltung anzusehen. Herr Legel scheint sich von dem Herrn-im-Hause-Standpunkt nicht trennen zu können. Von gleichem Standpunkt aus betrachtet die Firma auch das durchaus berechtigte Vorgehen der Arbeiter. Man wunderte sich, daß die Arbeiter in den Streik getreten sind, ohne die Firma Legel davon zu benachrichtigen. Daß aber auf das höflich gehaltene Schreiben der Organisation eine Antwort nicht erfolgte, betrachtet die Firma als selbstverständlich. Wir allerdings gestatten uns darüber anderer Meinung zu sein. Im übrigen zeigte sich heute das gleiche Bild wie gestern; die nützlichen Elemente konnte man wie gestern arbeiten sehen.

Nachdem wir erfahren haben, daß die Arbeitswilligen dem berüchtigten internationalen Streikbrechertrupp a la Hintze angehören, an deren Spitze ein „rühmlichst" bekannter Streikbrecheragent steht, wundern wir uns nicht, daß diese unter dem Schutze der Polizei ein außerordentlich provozierendes Verhalten an den Tag legten. Wir beneiden die Firma um eine derartige Gruppe von Arbeitern nicht.

Es werden aller Voraussicht nach noch weitere Verhandlungen stattfinden, ob und inwieweit diese von Erfolg gekrönt sein werden, wird sich erst noch zeigen müssen. Die Streikenden stehen noch genau so einmütig, als wie am ersten Streiktage.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin.

Der Streik der Rollkutscher bei der Speditionsfirma A. Kinkel dauert fort. Die Firma hat sich mit polizeilichem Schutz umgeben. Die angeworbenen Arbeitswilligen, ungefähr acht Mann, werden nicht nur bei der Herunterfahrt vom Speditionshof von Schutzleuten begleitet, sondern auch in den angrenzenden Straßen achten die Schutzmannsposten auf die Fuhrwerke der Firma Kinkel. Die streikenden Kutscher sind weit entfernt davon, die lieben Arbeitswilligen in ihrer rausreißerischen Tätigkeit zu behindern. Es ist festgestellt, daß diese angeworbenen Auchkutscher nicht im entferntesten imstande sind, die einesteils schwere, aber auch zu gleicher Zeit viel Umsicht erfordernde Arbeit des Ausrollens von Gütern zu leisten. Es liegt unter diesen Umständen selbst im Interesse der Firma, wenn sie sich mit ihren alten Leuten, eingearbeiteten Kutschern, einigen würde.

Deutsches Reich.

Wahlen zur Angestelltenversicherung.

In Chemnitz wurden insgesamt 4300 Stimmen abgegeben, von denen 1539 auf die Liste der Freien Vereinigung, 2761 auf die verbundene Liste der Hauptausschußverbände fielen. Die Freie Vereinigung erhielt 2 Vertrauens- und 3 Ersatzmänner; ihr Erfolg ist über alles Erwarten groß. An dem Wahlresultat der Verbündeten ist besonders bemerkenswert, daß der Kaufmännische Verband weiblicher Angestellten weder einen Vertrauensmann, noch einen Ersatzmann erhalten hat, wohl aber durch seine 236 Stimmen dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband zu zwei Sitzen mehr verholfen hat, als er sonst bekommen hätte.

In Frankfurt a. M. erzielte die Freie Vereinigung ein glänzendes Resultat. Sie vereinigte 1463 Stimmen auf ihre Liste, die im Hauptausschuß vereinigten Verbände 4766 Stimmen. Die Freie Vereinigung stellt einen Vertrauesmann und drei Ersatzmänner, der Hauptausschuß fünf Vertrauensmänner und neun Ersatzmänner.

In Rüdesheim a. Rh. erschien zum Protest gegen das schlechte Gesetz kein einziger Wähler zur Wahl.

In Höchst a. M. erhielt der Hauptausschuß zwei Vertrauensmänner und fünf Ersatzleute, die Freie Vereinigung einen Vertrauensmann und einen Ersatzmann.

In Sonneberg erhielt die Liste der Freien Vereinigung 154 und die Liste des Hauptausschusses 183 Stimmen. Gewählt sind von der Freien Vereinigung ein Vertreter und drei Ersatzleute, vom Hauptausschuß zwei Vertreter und drei Ersatzleute. Die Beteiligung betrug 50 Proz.

Sogar im „schlesischen Rom", in Neisse, errang die Freie Vereinigung einen durchschlagenden Erfolg. Sie erhielt 176, der Hauptausschuß nur 72 Stimmen. Die von allen katholischen und nationalen Vereinen gestützten Rückwärtser müssen sich mit einem Vertreter und einem Ersatzmann begnügen, während die bösen „Demokraten" zwei Vertreter und fünf Ersatzmänner bekamen! Ein schlimmes Zeichen für's Zentrum!

Lohnbewegung in der Binnenschiffahrt.

Die gesamten Schiffsmannschaften, soweit die Stromgebiete Elbe, Moldau, Saale, Havel, Märkische Wasserstraßen und Oder in Betracht kommen, befinden sich in einer Lohnbewegung. Für das Gebiet: Elbe, Moldau, Saale, Havel und Märkische Wasserstraßen wurde im Jahre 1909 zwischen dem Arbeitgeberverband für Binnenschiffahrt, dem Transportarbeiterverband und dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer ein Vertrag abgeschlossen bis zum 31. Dezember 1912. Für die Oderschiffahrt schlossen dieselben Organisationen dann 1911 einen Vertrag ab, ebenfalls bis zum 31. Dezember dieses Jahres. Der erste Vertrag sah eine Kündigungsfrist nicht vor, läuft also ohne weitere Formalitäten ab, wohingegen der Odervertrag von den Arbeitnehmerorganisationen zum 1. November gekündigt ist. Zu gleicher Zeit werden dem Arbeitgeberverband die Forderungen unterbreitet.

Die Forderungen, die der Transportarbeiterverband für die Steuerleute und Bootsleute auf der Elbe, Saale, Havel und Märkische Wasserstraßen stellt, sind äußerst minimal. Die Lohnforderung beträgt durchweg 5 M. pro Monat. Jetzt beträgt der Lohn für Bootsleute 115 M. pro Monat, gefordert werden pro Tag 4 M., also 120 M. monatlich. Im Durchschnitt wird für Steuerleute auf Kähnen 140—150 M. gefordert; bisher wurden 135—150 M. gezahlt.

Die minimalen Forderungen haben ihre Ursache darin, daß das Hauptgewicht auf die Arbeitszeitregulierung während der Fahrt gelegt wird, also Einführung der Nachtruhe in der Binnenschiffahrt. Weiter sind Forderungen gestellt, die die größten Mißstände in der Sonntagsruhe beseitigen wollen.

Die Deckleute fordern eine höhere Entschädigung für Ueberstundenarbeit beim Löschen und Laden in den Häfen und auf den Umschlagsplätzen. Die übrigen Forderungen — der Entwurf weist 12 Positionen auf — sind nicht von einschneidender Bedeutung.

Die Forderungen der Steuerleute und Bootsleute auf der Oder bewegen sich in gleicher Richtung. Auch hier ist die Hauptforderung Einführung der Nachtruhe. Die Lohnforderung beträgt 9 M. Zulage pro Monat im Durchschnitt. Jetzt erhalten die Bootsleute 102 M. monatlich, gefordert werden pro Tag 3,70 M., also 111 M. monatlich (Sonn- und Feiertage werden in der Binnenschiffahrt mitbezahlt). Die Steuerleute bekommen 115 bis 125 M. Sie fordern 130—140 M., was unter Berücksichtigung der Verantwortung, die sie für Schiff und Ladung haben, sicher nicht zu hoch ist. Trotzdem die Forderungen auf der Oder etwas höher sind, erreichen sie doch nicht das, was auf der Elbe gezahlt wird. Auch die Odermannschaften fordern eine bessere Bezahlung der Ueberstunden, wenn auch nicht in der Höhe, wie auf der Elbe.

Prozentual sind die Forderungen auf der Elbe geringer. Die Organisation hat berücksichtigt, daß die Elbschiffahrt in den letzten Jahren und besonders 1911 infolge der Niedrig-Wasserkatastrophe unter schlechten Verhältnissen gearbeitet hat. Alle diese Umstände sind in vollstem Maße berücksichtigt worden. Die etwas höheren Forderungen auf der Oder haben ihre Ursache in den dort für die Mannschaften herrschenden schlechten Lohnverhältnissen.

Die Bewegung hat in erster Linie sozialpolitische Bedeutung. Das Hauptgewicht wird auf die Einführung der Nachtruhe gelegt.

Die Organisation der Boots- und Steuerleute ist in den letzten Jahren vorzüglich ausgebaut, die Mitgliedschaft Elbe, Oder und Märkische Wasserstraßen zählte am 1. Oktober 9419 Mitglieder. Die meisten und namentlich die Großbetriebe sind fast vollständig organisiert. Unter diesen Umständen und unter Berücksichtigung der minimalen Forderungen ist anzunehmen, daß die Bewegung ebenso wie 1909 und 1911 friedlich verlaufen wird.

Die Forderungen des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer für das Maschinenpersonal weisen dieselbe Tendenz auf, wie die für die Deckleute. Auch hier wird in erster Linie das Hauptgewicht auf die Einführung der Nachtruhe gelegt. Im Elbevertrags-Entwurf wird ein Lohn für die Heizer von 126 M. pro Monat gefordert. Die jetzigen Monatslöhne sind verschieden, weil die jetzige Lohnberechnung auf der Grundlage des Kilometergeldes geschieht. Es sollen also feste Lohnsätze eingeführt werden. Dies trifft auch für die Maschinisten zu. Hier schwanken die Löhne ungemein. Es werden je nach den jetzigen Löhnen gefordert: 140, 145 bis 185 Mark. Außer dem Entwurf für die Elbe werden drei Spezialtarife eingereicht, und zwar für die Firmen: Berliner Lloyd, Aktiengesellschaft; C. Rothenbücher-Berlin und Burmester u. Basedow in Lauenburg. Das macht sich erforderlich, weil die Betriebe zu viele Differenzierung aufweisen. Der Entwurf für die gesamte Oderschiffahrt fordert in erster Linie die Nachtruhe. Die Lohnforderung für die Maschinisten beträgt 10 M. pro Monat und Heraufsetzung des Anfangslohnes auf 150 M. Für die Heizer wird ein Lohn von 115 M. gefordert. Außerdem wird ebenfalls eine bessere Bezahlung der Ueberstunden verlangt und des weiteren eine Reihe Nebenforderungen, die den technischen Dienst des Maschinenpersonals regeln. Die schwere Arbeit und die in der Regel ungesunden Arbeitsverhältnisse, verbunden mit den unmenschlich langen Arbeitszeiten berechtigen und bedingen eine durchgreifende Reform. Wird das von den Unternehmern anerkannt, so ist auch hier eine Einigung möglich.

Auch die Organisation der Maschinisten und Heizer hat sich in den letzten Jahren gut entwickelt. Im Elbe-Odergebiet betrug die Mitgliederzahl am 1. Oktober d. J. zirka 2500.

Die Bewegung ist von allergrößter Bedeutung, und der Unternehmerverband muß — will er den Frieden nicht gefährden — die geforderten Reformen vornehmen, in der Frage der Nachtruhe sowohl wie auch in der Lohnfrage.

Die Bewegung wird vom Zentralverband der Maschinisten und Heizer und dem Transportarbeiterverband gemeinsam geführt. Die ersten Verhandlungen dürften in der zweiten Hälfte des November stattfinden.

Zur Aussperrung der christlichen Metallarbeiter in Minden (Westf.).

Nach den vorliegenden Nachrichten ist bis jetzt etwa 1200 Metallarbeitern gekündigt worden, die, wenn die Aussperrung zur Tatsache wird, am 9. November entlassen werden. Ein Teil der Unternehmer hat den Beschlüssen ihrer Organisation nicht Folge geleistet und nicht ausgesperrt. Von den 386 beschäftigten Arbeitern der Firma Schmöle u. Co. sind bis jetzt 206 bereits wieder im Betrieb, darunter ein guter Teil früher christlich organisierter; diese werden von der Firma mit eintägiger Kündigungsfrist weiter beschäftigt.

Der Bürgermeister Dr. Schanz im Lichte der Oeffentlichkeit.

In Vogtsberg und Naschau bei Oelsnitz i. V. tagten am 28. Oktober zwei überfüllte Versammlungen der Einwohner und Arbeiter von Oelsnitz, um Stellung zu nehmen zu dem parteiischen Verhalten des konservativen Bürgermeisters und Gewerbegerichtsvorsitzenden, Landtagsabgeordneten Dr. Schanz im gegenwärtigen Weberstreik. In Oelsnitz selbst steht den Arbeitern kein Saal zur Verfügung. Der Schützenhaussaal wurde den Arbeitern vom Bürgermeister abgetrieben. Die beiden Vorsitzenden des Textilarbeiterverbandes, Hübsch und Jäckel-Berlin, referierten unter stürmischem Beifall über: „Der Streik der Schußweber von Oelsnitz, der Kampf der Behörden gegen die Arbeiter und das Verhalten des Bürgermeisters Dr. Schanz."

Einstimmig angenommen wurde nachstehende Resolution:

„Die sehr zahlreich versammelten Arbeiter und Einwohner von Oelsnitz und Umgegend betonen erneut die Berechtigung der Forderungen der streikenden Schußweber der hiesigen Teppichfabriken. Sie erblicken in der Verweigerung des der Stadtgemeinde gehörigen Schützenhaussaales für Streikversammlungen eine Brüskierung der Arbeiter. Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Verhalten des Bürgermeisters und Gewerbegerichtsvorsitzenden Dr. Schanz gelegentlich der Besprechungen der Arbeiterkommission mit den Unternehmern und erblickt darin eine Parteinahme zugunsten der letzteren. Das Bureau der Versammlung wird beauftragt, diese Entschließung zur Kenntnis der vorgesetzten Behörde des Dr. Schanz zu bringen und erwartet Erinnerung des Bürgermeisters und Gewerbegerichtsvorsitzenden an seine Pflicht."

Ausland.

Der Streik der Mailänder Buchdrucker.

Rom, 29. Oktober. (Eig. Ber.) Am 28. Oktober lief der Tarifvertrag der Mailänder Buchdrucker ab. Da die Verhandlungen zwischen der Kommission der Arbeiter und der der Unternehmer über den neuen Vertrag noch nicht abgeschlossen waren, sind die Drucker und Setzer durch Referendum befragt worden, ob sie eine Verlängerung des Termins gewähren wollten. Die Abstimmung hat 965 Stimmen gegen und 847 für diese Verlängerung ergeben; die Verlängerung ist also verworfen und der Streik scheint unvermeidlich. Das Resultat der Abstimmung erklärt sich daraus, daß die schwebenden Verhandlungen selbst einen Verlauf nahmen, der den Arbeitern drohend erschien. Die Unternehmer streben dahin, für die Drucker der Tageszeitungen besondere Tarife einzuführen, wie das in den anderen italienischen Großstädten geschehen ist. Die Arbeiter sind dagegen, weil sie sehr gut wissen, daß die Unternehmer gerade den Streik in den Tagesblättern fürchten. Sie wollen den Vorteil, durch Geschlossenheit Pressionen ausüben zu können, nicht aus der Hand geben. Der Ausstand, dessen Beginn noch nicht festgesetzt ist, wird rund 3500 Arbeiter betreffen.

Aus der Frauenbewegung.

Die österreichischen Genossinnen gegen den Krieg.

Das Frauenreichskomitee hat nach dem im September stattgefundenen eucharistischen Spektakelkongreß beschlossen, eine große Reihe von Versammlungen zu veranstalten, in denen die Beweggründe der Klerikalen zur Veranstaltung ihres pompösen Kongresses besprochen werden sollten. Der klerikalen Weltanschauung sollte die sozialistische entgegengestellt werden. Mitten in die Vorbereitung dieser Agitation kam die aktuelle Kriegsgefahr und aus den Versammlungen gegen den Klerikalismus wurden Versammlungen gegen den Krieg. Schon haben mehr als 20 Frauenversammlungen mit dieser Tagesordnung stattgefunden und alle gestalteten sich zu großen Kundgebungen gegen jeden Versuch, in Oesterreich eine Stimmung für den Krieg, für die „Wahrung der Ehre auf dem Schlachtfeld" zu erzeugen. Die Tatsache, daß in der Delegation die militaristischen Forderungen des Kriegsministers auch an den katholischen Priestern Befürworter fanden, gab Gelegenheit, darauf hinzuweisen, wie gut sich die Kirche mit dem Morden auf den Schlachtfeldern verträgt. Außer dieser Versammlungstätigkeit, die weitergeführt wird, haben die Genossinnen beschlossen, ein Flugblatt herauszugeben, das ebenfalls gegen den Krieg gerichtet sein wird und das die Proletarierinnen über die Schrecken aufklären soll, die ein Krieg mit sich bringt.

Der Balkankrieg.

Der Balkankrieg im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Wien, 31. Oktober. (W. T. B.) Das Abgeordnetenhaus hat den Staatsvoranschlag dem Budgetausschuß überwiesen. Im Laufe der Debatte erklärte der tschechische Realist Masaryk bei Besprechung der auswärtigen Lage, daß die **österreichischen Lebensinteressen ausschließlich in Oesterreich, nicht auf dem Balkan** zu suchen seien. Der gegenwärtige Balkankrieg beweise, daß **Oesterreichs ganze Politik im Innern und nach außen verfehlt** sei. Redner hätte gewünscht, daß die Balkanvölker ihre historischen natürlichen Rechte **auf friedlichem Wege** gefunden hätten. Es sei nicht richtig, daß Rußland oder der Panslawismus die Hauptschuld an dem Kriege habe. Es seien Fehler gegenüber Bulgarien und Serbien gemacht worden. England, dessen Regierung eine türkenfreundliche Politik vom Standpunkte der Börse treibe, trage auch Schuld an dem Kriege. Deutschland schweige sehr beredt in diesem Kriege und in der Kampagne der Publizistik. Er glaube nicht, daß die Oesterreicher dieses Schweigen in einer für sie günstigen Weise auslegen können. Oesterreich müsse die Politik verfolgen: **Der Balkan den Balkanvölkern!** Europa habe kein Recht, sich einzumischen. Oesterreich müsse seine falsche antislawische Politik aufgeben. (Beifall.)

Ein neuer serbischer Sieg.

Belgrad, 31. Oktober. (P. C.) Serbische Truppen haben **Prizrend im Sturm genommen.** Sie erbeuteten eine größere Menge Kriegsmaterial.

Serbien annektiert.

Belgrad, 31. Oktober. (P. C.) „Pravda" meldet heute, die serbische Regierung beabsichtige in Uesküb eine Skupischina einzuberufen, die die **Annexion der bisher von den serbischen Truppen eroberten Gebiete** aussprechen soll.

Besetzung türkischer Inseln durch die Griechen.

Athen, 31. Oktober. (W. T. B.) Vizeadmiral Cunduriottis, Kommandant des Geschwaders im Aegäischen Meer, hat an das Marineministerium folgende Depesche gesandt: **Thasos und Imbros sind besetzt worden.** Auf beiden Inseln wurde die griechische Flagge gehißt. Heute früh wurde der Kreuzer „Canaris" mit einigen Torpedobooten zur Besetzung der kleinen Insel Strato abgeschickt.

Letzte Nachrichten.

Bergmannslos.

Essen, 31. Oktober. (P. C.) Auf der Zeche „Ewald", Schacht 3 und 4 in Buer, wurden zwei verheiratete Bergleute durch herabfallende Gesteinsmassen verschüttet. Einer war sofort tot, der zweite verstarb unmittelbar nach seiner Bergung an den schweren Verletzungen.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Der Wahlkampf in Berlin.

Weitere Korrektur des Glückes!

Im freisinnigen Lager scheint man weniger siegesgewiß zu sein, als man nach außen sich den Anschein gibt. Anders wäre es kaum zu verstehen, daß man auch jetzt noch eine weitere Korrektur des Glückes für notwendig erachtet. Bekanntlich hat die Wahlprüfungskommission des Reichstages einstimmig beschlossen, Streichungen aus der Wählerliste durch amtliche Organe und nach Schluß der Wählerliste für unzulässig zu erklären. Trotzdem werden sogar jetzt noch aus der Wählerliste Streichungen vorgenommen. Man darf wirklich gespannt darauf sein, wie der Magistrat dieses mit den Beschlüssen der Wahlprüfungskommission in Widerspruch stehende Verhalten rechtfertigen wird! Jedenfalls ersuchen wir die Wähler, die eine Benachrichtigung von ihrer Streichung aus der Wählerliste erhalten,

trotzdem zur Wahl zu gehen und die Zurückweisung protokollieren zu lassen.

Dasselbe muß auch in solchen Fällen geschehen, wo Wähler erst im Wahlbureau Kenntnis von einer Streichung aus der Liste erlangen.

Tapfer unter Ausschluß der Oeffentlichkeit!

In seinen Versammlungen schießt der Freisinn mit den größten Schimpfkanonen gegen die Sozialdemokratie, aber er hat nicht den Mut, eine freie Aussprache zu gewähren. Bei der vorigen Wahl hatte das sozialdemokratische Wahlkomitee den Freisinn ersucht, eine gemeinschaftliche Versammlung mit uns zu arrangieren, in der nur die Kandidaten über ihr Programm respektive das ihrer Partei referieren sollten, damit sei die beste Gewähr gegeben, daß die Wähler sachlich informiert und nach politischen Erwägungen ihren Entscheid treffen könnten. Der Freisinn lehnte das Arrangement ab. Der Abgeordnete Kaempf hat auch später keine öffentliche Versammlung abgehalten, um über seine und seiner Partei Tätigkeit Rechenschaft abzulegen. Und auch jetzt bei der Wahl meidet der Freisinn die Oeffentlichkeit. Er ladet zu seinen Versammlungen ausdrücklich nur Anhänger der freisinnigen Kandidatur ein. Jeder andere ist demnach schon vorweg aus den Versammlungen verwiesen. Dadurch sichert sich der Freisinn gegen unbequeme Kritiker, macht es Gegnern unmöglich, in den Versammlungen zu erscheinen und den freisinnigen Tiraden entgegenzutreten. Der Freisinn ist aber auch zu feige, um in den sozialdemokratischen Versammlungen zu erscheinen und von der dort gewährten freien Diskussion Gebrauch zu machen. Daß eine Partei, die es nicht wagt, öffentliche Versammlungen zu veranstalten, sich auf den Boden der freien Diskussion zu stellen, kein Quentchen Vertrauen verdient, muß jeder denkende Wähler einsehen. Der Freisinn weiß selber, daß sein Verhalten unter aller Kritik ist und deshalb geht er jeder Kritik vorsichtig aus dem Wege, führt er den Wahlkampf persönlich oder mit grobem Geschimpfe auf die Sozialdemokratie.

Fortschrittler und Zollwucher.

Im 5. mecklenburgischen Wahlkreis (Rostock—Doberan) verbreitete bei der letzten Reichstagswahl der Vorstand der Fortschrittler ein Flugblatt, das in der Hauptsache bestand aus einer Abschrift des von dem (Berliner) „geschäftsführenden Ausschuß" der Gesamtpartei der Fortschrittler veröffentlichten Aufruf für das ganze Reichsgebiet. Aus jenem (Berliner) Aufruf war aber alles herausgestrichen worden, was irgendwie auf die Haltung des liberalen Kandidaten zur agrarischen Zollwucherpolitik hinweisen könnte!!!

Schon in dem bewußten (Berliner) Aufruf des „geschäftsführenden Ausschusses" der fortschrittlichen Gesamtpartei war nicht die Rede von der doch programmatischen Forderung auf Abbau der agrarischen Zollmauer. Darüber wurde geschwiegen! Immerhin wurde wenigstens angeführt, daß die Fortschrittler die Beseitigung der Futtermittelzölle anstreben.

Der Vorstand des liberalen Wahlvereins für den 5. meckl. Wahlkreis hat nun in seinem Aufruf auch den Absatz über die Landwirtschaftspolitik aus dem bewußten (Berliner) Aufruf der fortschrittlichen Gesamtpartei übernommen, er hat aber den Satz von der Forderung auf Beseitigung der Futtermittelzölle daraus gestrichen!!!

Zum Beweise drucken wir nachstehend die bezüglichen Absätze ab.

Aufruf des (Berliner) geschäftsführenden Ausschusses:	Aufruf des Vorstandes des liberalen Vereins in Rostock.
„Die Landwirtschaftspolitik hat der Förderung der Bauernschaft zu dienen. Statt Fideikommisse und Domänen Bauernhöfe und Arbeitersiedelungen. Beseitigung der Futtermittelzölle. Schutz des Viehbestandes gegen Einschleppung von Seuchen. Ersatz des durch Schutzmaßregeln entstehenden Schadens."	„Herr Heimsoth wird eintreten für die Schaffung mittleren und kleineren ländlichen Grundbesitzes, für Förderung des Bauernstandes, statt Fideikommissen und Domänen Bauernhöfe und Arbeitersiedelungen. Für Schutz des Viehstandes gegen Einschleppung von Seuchen; für Ersatz des dem Viehbesitzer durch Schutzmaßregeln entstehenden Schadens."

Der liberale Vorstand in Rostock hat also sogar das Verlangen auf Beseitigung der Futtermittelzölle gestrichen!!

Eine Wählerversammlung.

Die Nachwahl zum Reichstage im ersten Wahlkreise ist von außerordentlich hoher Bedeutung, die weit über die Grenzen Berlins hinausgeht. Wurde doch bei den allgemeinen Wahlen das Mandat an eine Partei ausgeliefert, die keine Berechtigung zur Annahme hatte. Von großer Bedeutung ist die Nachwahl aber auch, weil die Fortschrittliche Volkspartei, die bei den allgemeinen Reichstagswahlen nicht ein Mandat aus eigener Kraft erringen konnte — den ersten Wahlkreis als unumstrittene Hochburg betrachtet. Daß die Wähler jedoch fest entschlossen sind, die Fortschrittler aus ihrer „Hochburg" zu verdrängen, bewiesen Besuch und Verlauf der bisher von unseren Genossen abgehaltenen Wählerversammlungen.

Mittwochabend fand wieder eine sehr gut besuchte Versammlung im Café Gärtner statt, in der Landtagsabgeordneter Genosse Leinert referierte. Redner wies vor einer aufmerksamen Zuhörerschaft nach, daß das Vertrauen der Volkspartei immer mehr dahinschwinde. Bürgerliche Freiheit und demokratisches Bürgertum hätten heute keine Stätte mehr in der Volkspartei; diese mache vielmehr bei jeder Gelegenheit den Schleppenträger der konservativen Reaktion. Er rief den Anwesenden das schmähliche Verhalten der freisinnigen Manneshelden zur Zeit des Bülowblocks nochmals ins Gedächtnis zurück. Um nur ein wenig von der Regierungssonne beschienen zu werden, habe man sich völlig dem Willen der Reaktionäre unterworfen. Noch heute brüstet man sich mit dem in der Blockära geschaffenen Reichsvereinsgesetz; da habe der Freisinn mitgewirkt, daß das öffentliche politische Leben unter polizeiliche Kontrolle gestellt wurde. Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung habe man mitgewirkt, den Arbeitern Rechte zu nehmen. Im besonderen habe man Material geliefert zur Aufhebung des Selbstverwaltungsrechts in den Krankenkassen. Ein einflußreiches Mitglied jener Partei, Herr Dr. Mugdan, habe besonders dazu beigetragen, daß den Arbeitern Rechte genommen wurden. Als Dank für sein damaliges Verhalten habe ihn die Fortschrittliche Volkspartei im Abgeordnetenhause beigesetzt. Dort — wo der Jungbrunnen aller konservativen Anschauungen zu finden sei — habe er heute seinen Einzug gehalten. Wenn der Fortschritt solche Männer in seiner Partei dulde, so beweise er, daß er keine Partei für freiheitliche Bestrebungen sei, sondern alle gegen die Arbeiterklasse gerichteten Bestrebungen mit in den Kauf nehme. — Der Fortschritt habe aber auch im neuen Reichstag gezeigt, daß er allen Gesetzen, die gegen die große Masse des Volkes gerichtet sind, zustimme. Habe er doch die Mittel für die größte Militärvorlage, ohne dagegen zu opponieren, bewilligt.

Der Fortschritt sei bei den Wahlen nicht anders zu behandeln wie jede andere bürgerliche Partei. Der große prinzipielle Gegensatz, der zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien bestehe, müsse gerade in diesem Wahlkampfe besonders hervorgehoben werden. Der Kampf werde geführt, damit endlich der erste Berliner Wahlkreis eine Vertretung im Reichstage erhält, wie sie ihm nach der ganzen Struktur des Kreises gebühre; dabei sei es ohne Bedeutung, ob der Hauptgegner ein fortschrittlicher oder konservativer Kandidat sei. Der Fortschritt führe ja keinen prinzipiellen Wahlkampf, sondern drücke sich davor, wo er irgend könne. Hervorgehoben müsse auch werden, daß der Kandidat des Fortschritts, Herr Kaempf, ein einflußreiches Mitglied des Hansabundes sei. Schon bei der Geburtstagsfeier des Bundes habe man gesagt, daß die Industrie unter den hohen Arbeiterlöhnen und einer übertriebenen Arbeiterschutzgesetzgebung zu leiden habe. Arbeiter und Angestellte könnten demnach schon aus diesem Grunde Herrn Kaempf ihre Stimme nicht geben. Redner erinnerte weiter daran, wie die Fortschrittler Beamte denunziert haben, die für die Sozialdemokratie gestimmt hatten, und wie man die vom Ministertische im Abgeordnetenhause gegen Beamte gerichteten Beschimpfungen kalten Herzens hingenommen habe. Die Beamten hätten jetzt Gelegenheit, dagegen zu protestieren und müßten am 5. November sozialdemokratisch wählen, sonst würden auch sie beweisen, daß sie sich diese unerhörten Beschimpfungen gefallen ließen. Aus diesen und vielen anderen Gründen sei die Wahl am 5. November von ganz außerordentlicher Bedeutung, und so forderte Redner auf, durch die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Düwell für Freiheit und Gleichheit zu demonstrieren. Die Wahl des Genossen Düwell wäre auch ein gewaltiger Protest gegen die „gepanzerte Faust", von der das Volk nichts wissen wolle.

In der Diskussion wandte sich Frau Ruben mit warmen Worten an die anwesenden Frauen, die an der Wahl genau so interessiert seien als die Männer. Die Frauen, die Gleichberechtigung verlangen, müßten alles daran setzen, daß der 1. Kreis sozialdemokratisch vertreten würde. Die Fortschrittler hätten erst in den letzten Wochen abgelehnt, die volle Gleichberechtigung der Frauen in das Programm aufzunehmen. Dafür müsse ihnen die gebührende Ohrfeige gegeben werden. — Nachdem ein weiterer Redner für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten plädiert hatte, nahm Genosse Wilhelm Düwell das Wort. Er zeichnete in treffenden Ausführungen ein Bild unserer heutigen Gesellschaftsordnung. Während auf der einen Seite die Reichtümer bis ins Unermeßliche anwachsen, falle die große Masse immer mehr der Besorgnis anheim, ob das Stückchen Brot für heute noch reiche. Ueber Menschen, über Existenzen schreite der Kapitalismus hinweg, die Reichtümer würden immer mehr in die Hände, in die Geldschränke einiger weniger gelegt, während das soziale Niveau der großen Masse sich nicht hebe, sondern immer schlechter werde. Besonders die früher besser gestellten Angestellten und Handwerker würden immer mehr herabgedrückt in die Reihen der Besitzlosen. — Diese Gesellschaftsordnung wolle der Fortschritt mit aller Macht aufrechterhalten, während die Sozialdemokratie eine Gesellschaftsordnung anstrebe, in der alle Menschen eine vernunftgemäße Existenz erhalten. Nach einer scharfen Verurteilung der Kriegsgelüste forderte auch er auf, durch Abgabe der Stimme für die Sozialdemokratie für Freiheit und Frieden zu demonstrieren.

Stürmischer Beifall wurde allen Rednern gezollt. Der Vorsitzende appellierte noch an die Anwesenden, alles daran zu setzen, damit es am Abend des 5. November heiße: Gewählt ist Stadtverordneter Wilhelm Düwell.

Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus.

Zweiter Tag.

Brüssel, 29. Oktober. (Eig. Ber.)

Vandervelde eröffnet die Sitzung und begrüßt den eingetroffenen Genossen Dr. Rakowski, dessen Verdienste um den einigen Protest der sozialistischen Parteien des Balkans gegen den

Kleines Feuilleton.

Im belagerten Skutari. Nach großen Mühen ist es dem Kriegsberichterstatter des „Journal" gelungen, auf unwegsamen Gebirgspfaden der Wachsamkeit der Vorposten zu entgehen und in das hart belagerte Skutari einzudringen. Die Nacht brach schon herein, als er die Stadt mit den engen Straßen erreichte. Einsamkeit auf allen Gassen. Die Türen verrammelt, vor den Pforten Ketten. Eine beängstigende lähmende Stille liegt rings über dieser Totenstadt. So schlummert Skutari einen hoffnungslosen Schlaf inmitten seiner beiden hohen Festen, inmitten Tarabosch und Tepe. Dort liegen sie vor uns mit ihren gewaltigen Wällen, ihren Schutzwehren, hinter denen 60 Geschütze lauern: zwei wirkliche moderne Forts. Und jeder erzählt es einem, vor zwei Jahren ließ sie ein Meister des Festungsbaues, der Deutsche v. d. Goltz, nach allen Regeln moderner Kriegskunst erbauen. Aber wenn man die Zugbrücke überschreitet, dann ist das Bild mit einem Zauberschlag verwandelt, dann sieht das Auge nur noch die Unordnung, ein Umherirren von Gruppen, ein Chaos umliegender Dinge, Orient, reiner Orient. Gegen 15 000 Soldaten bilden die Besatzung. Der Mut ist ihnen Natur, gleich wie die Verachtung des Todes. Aber nirgends waltet Begeisterung. Sie hocken oder sie liegen umher, Menschen, die ihre Ruhepause ausnutzen, um eintönig den Rosenkranz oder die Gebetskette durch die Finger gleiten zu lassen. Resignation herrscht überall und eine dumpfe Melancholie.

Am Tage ersteht dann eine Aufgabe, die gelöst werden muß: man will, man muß etwas essen. Alle Straßen nach Skutari sind abgeschnitten, eine Woche ist vergangen, seitdem der letzte Transport in die belagerte Stadt kam. Der Telegraph ist zerstört, die Brücken stürzten unter Axtschlägen zusammen, und jetzt umgürten Geschütze und Dynamit Skutari mit einem furchtbaren Gürtel bitterster Not. Ueberall fehlen die Nahrungsmittel. Unser Brot ist nur noch eine undefinierbare Masse, das Fleisch ist eine Seltenheit, unerschwinglich teuer, ein Huhn nicht zu bezahlen. In der Küche wärmt man sich. Zum Feueranzünden ist alles gut genug, die Holzbalustraden vom Hause, die Pfähle des Gartenzaunes.

Und wie ernähren sich nun die Truppen? Undurchdringliches Geheimnis. Die Herden von Hämmeln und Ochsen, die man in den ersten Tagen in aller Hast aus der Umgebung herbeitrieb, sind bis auf die Knochen abgenagt. In zwölf Stunden erobert der Soldat nur eine Mahlzeit. Wasser und ein wenig Reis. Hin und wieder schafft ein glücklicher Zwischenfall Erleichterung. Und man erfährt, daß auch einige Häuser geplündert wurden, die Nahrungsmittel verbargen.

Und der Krieg? Ach, er ist da draußen irgendwo zwischen befestigten Hügelgruppen. Heute, in der Abenddämmerung, erreichte uns wieder sein Ruf. Von Hügel zu Hügel donnert es, Gewehrfeuer knattert, im Halbdunkel sehen wir es weiß und gelbrot aufblitzen. Dann plötzlich wieder atembeklemmende Stille, bis mit einem Schlage 20 Geschütze zu gleicher Zeit ihre Stimme aufs neue erheben. In solchen Stunden ist Skutari ein Grab. Kein Mensch ist auf der Straße. Später, vier oder fünf Stunden nach der Kanonade, bringt man auf den schmalen Steigen von den Forts die Verwundeten hinab, auf primitiven, rasch improvisierten Tragbahren. Nirgends hört man ein Wort der Klage. Die Verwundeten liegen auf Stroh, auf Matten, kein Chirurg ist da, der diesen schweigsamen und resignierten Patienten Hilfe brächte.

Aerztekunst in Kriegszeiten. Auf dem Kongreß der französischen Chirurgen hat sich der Generalinspektor des Gesundheitsdienstes im französischen Heere Professor Delorne in interessanter Weise über die moderne Aerztekunst im Kriege ausgesprochen. Er erklärte, daß die Militärchirurgen in viel zu kleiner Anzahl vorhanden sind, um allen Aufgaben des Felddienstes zu genügen. Die Verhältnisse in dieser Hinsicht seien bei allen Armeen der Welt dieselben. Wohl reiht man in Kriegszeiten alle Aerzte und Chirurgen des Zivilstandes in das Heer ein, aber sie können nach Delornes Ansicht nicht dasselbe leisten, wie die Militärärzte. „Ein Schlachtfeld ist kein Krankenhaus: in einem Krankenhaus ist alles vorhanden, auf einem Schlachtfeld muß alles erst geschaffen werden. Die Aufgaben des Arztes auf der Walstatt bestehen vor allem darin, die durch die Kugeln geschaffenen Einschuß- und Ausschußöffnungen zu reinigen, durch das Anlegen von Verbänden jede Infektion zu vermeiden. Operationen soll der Arzt auf dem Schlachtfelde nur bei Lebensgefahr vornehmen; er darf sich nicht damit aufhalten, tiefer liegende Fremdkörper zu suchen, sondern muß im Prinzip operative Eingriffe der späteren Behandlung überlassen." Nach der Meinung des großen Chirurgen ist es unausführbar, „bei der modernen Bewaffnung und Taktik, der außerordentlichen Gefahr, in der sich jeder in der Nähe des Feindes befindet, in geringer Entfernung vom Feind den Verwundeten sofortige Hilfe angedeihen zu lassen. Die Hilfsstationen, die Ambulanzen sind immer weiter vom eigentlichen Kampfe entfernt. Das Aufheben der Verwundeten kann erst spät vor sich gehen, bei Ruhepunkten, die in den Gefechten eintreten, nach dem Vordringen der Truppen, bei Gelegenheiten und auf Oertlichkeiten, über die der Zufall entscheidet".

Musik.

Volkstümliche Konzerte bedingen ein verständig gewähltes Programm und künstlerisch einwandfreie Durchführung der dargebotenen Musikstücke. Schund, wie man ihn täglich in Kaffeehäusern hören muß, bleibt von vornherein ausgeschlossen. Von diesem Standpunkt aus läßt sich denn schon mit dem ersten Konzert, das das Berliner Volksorchester unter Leitung seines Dirigenten Alfred Hirsch am vergangenen Dienstag im großen Saal der Brauerei Friedrichshain veranstaltete, rechten und rechnen. Die starke Kapelle kann sich hören lassen. Freilich, die Gesangseinlagen, für die Margarete Wagener verantwortlich zeichnete, mochten höheren Anforderungen kaum genügen. Außerdem sollte leichter Brettlsingsang vom Schlage des Aletterschen „Kuckuck" fernbleiben. Auch eine dreizehnjährige Violinvirtuosin wirkte solistisch mit. Es ist zu konstatieren, daß die beiden „Reißer" von Saint-Saëns und Rehfeld mit Verve und respektabler Fingerfertigkeit exekutiert wurden. Es wäre aber sehr zu wünschen, daß Irena de Monteverde — so heißt geheimnisvoll das musikalische Wunderkind — vor dem Schicksal konzertmäßiger Auspowerung bewahrt bleibe. Schließlich brachte das Programm noch eine Ueberraschung: nämlich Lieder zur Laute, die Dr. Heinz Casparty vortrug. Diese volkstümlichen Konzerte versprechen einen guten Fortgang. e. k.

Humor und Satire.

Der Statusquo.

Die Herren Diplomaten
verkünden freudenfroh:
Am Balkan bleibts beim alten,
denn er wird uns erhalten:
Der gute Statusquo!

Eine Kugel kam geflogen
von Montenegro;
sie hat ihn weggerissen,
er lag zu meinen Füßen:
Der gute Statusquo!

Wollt' mir die Hand noch geben,
dieweil man ihn bedroh',
da ritten die Bulgaren
in großen Heeresscharen
über den Statusquo!

Kann ihm die Hand nicht geben —
denn von Kumanowo —
Da kamen an die Serben
und schlugen ganz in Scherben
den guten Statusquo!

Das sahen die Hellenen
vom Berg Olympio.
Trotz aller seiner Wunden
ward er nochmal geschunden
der gute Statusquo!

Die Herren Diplomaten
Verkünden nunmehr so:
Am Balkan bleibts beim alten:
Wir werden ihn erhalten:
den toten Statusquo.

Gand.

Notizen.

— Im „Theater am Nollendorfplatz" tritt Freitag Henry Bender sein Engagement als Jupiter im Orpheus an. Der Orpheus wird von Eugen Albert gesungen, der die Rolle im Münchener Künstler-Theater innehatte.

— Bühnenchronik. Paul Wegener tritt Ende Februar in den Verband der Meinhard-Bernauerschen Bühnen. Als Antrittsrolle wird er voraussichtlich den „Macbeth" spielen. Irene Triesch wird die „Lady Macbeth" darstellen.

— Berliner Theatergründungen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß manche Berliner Bühnen, die nicht von großen Betriebsanstalten gehalten werden, sehr riskant dastehen. Die Schicksale des ehemaligen Hebbel-Theaters, der Kurfürstenoper und des Halmschen Schauspielhauses sind noch in frischer Erinnerung. Auch das eben erst eröffnete Komödienhaus des Herrn Lothar muß bereits auf eine neue geschäftliche Basis gestellt werden.

— 80000 Bühnenangehörige. Das Deutsche Theater-Adreßbuch 1912/13, das der Deutsche Bühnenverein herausgibt, führt in diesem Jahr zum erstenmal jedes Theatermitglied, auch jedes Orchester-, Ballett- und Chormitglied und die festangestellten technischen Vorstände in seinem Register auf. Es gibt danach mehr als 30 000 Bühnenangehörige, die engagementslosen Schauspieler nicht eingerechnet.

— Strindbergs Nachlaß, in dem sich eine größere Anzahl von fertigen Manuskripten und Entwürfen fanden, soll sorgfältig geprüft und erst in gehöriger Auswahl veröffentlicht werden. Auch ein Strindberg-Museum, für das der verstorbene Dichter 20 000 Kronen gestiftet hat, soll zustande kommen.

Krieg er hervorhebt. Der Sekretär Huysmans verliest zwei Briefe, die von den Genossen Laptschewitsch und Sakasow eingelaufen sind. Auf Antrag Vandervelde werden die Briefe in das vom Internationalen Bureau vorbereitete Bulletin, das alle die Kriegsfrage betreffenden Dokumente sammeln wird, aufgenommen werden.

Genosse Laptschewitsch schreibt aus Belgrad unter dem 15. Oktober:

„Unsere Partei ist nicht imstande, sich in der Sitzung des Bureaus vertreten zu lassen. Fast alle unsere Genossen sind an der Grenze und unsere Organisationen einfach verwüstet. Die Regierung hat Alt und Jung an die Grenze geschickt. Zwei Alte und drei Junge — das ist alles, was geblieben ist, um das Vermögen und die Dokumente der Partei und der Gewerkschaften zu hüten und das Parteiorgan, das jetzt zweimal wöchentlich statt wie bisher täglich erscheint, zu redigieren. Unter diesen Umständen sind wir keinen Augenblick im stande, uns von unserem Volkshaus, wo wir Tag und Nacht verbringen, zu trennen. So müssen wir uns begnügen, den Genossen des Internationalen Bureaus unsere herzlichen Grüße zu senden. Wir halten es für unsere Pflicht, folgende Erklärungen zu geben: Noch vor der Mobilisation hat unsere Partei in einer großen Versammlung gegen die zum Krieg führende Politik protestiert und, im Einklang mit der Resolution der ersten sozialdemokratischen Balkankonferenz von 1909 eine demokratische Balkanföderation gefordert. In diesem Sinne hat auch unser Parteiorgan in der kritischen Zeit energisch geschrieben und demgemäß hat sich auch die Partei im Parlament verhalten.

Rußland hetzt die Balkanstaaten zum Krieg — Rußland, dessen zaristische Politik dieses Blutbad braucht, um durch die Schwächung der Völker ihre imperialistischen Zwecke zu fördern. Der Krieg auf dem Balkan lähmt die orientalische Revolution, hetzt die Nationen, die in jedem Ort eine Mosaik darstellen, durcheinander und bedroht den Weltfrieden. Deshalb bitten wir die Genossen, sich mit der Lage der Balkanvölker zu beschäftigen, vor allem die Genossen in den Großstaaten, die mit ihrer imperialistischen Politik die Situation verschärfen und durch ihre Diplomatie eine perfide Rolle spielen, vor allem Rußland und Oesterreich, in der Presse und in den Parlamenten den Imperialismus und Kolonialismus zu bekämpfen. Denn die europäischen Regierungen wecken die Kriegsgelüste der Balkanstaaten und hindern dadurch ihren Zusammenschluß zu einer demokratischen Republik."

Genosse Sakasow schreibt aus Sofia unter dem 10./23. Oktober über die Erfahrungen der jüngsten Zeit folgendes: „Jede sozialistische Partei soll ihre Maßnahmen gegen den Krieg schon lange vor der Mobilisationsorder treffen. Es ist notwendig, daß die Sache des Kriegs unpopulär werde. Darum ist es die Pflicht der Sozialisten, in Friedenszeiten eine möglichst starke Propaganda gegen den Krieg zu betreiben, um die Völker über die Argumente der bürgerlichen Parteien und den Mißbrauch, der mit den sogenannten Lebensinteressen getrieben wird, aufzuklären und die Auffassungen, die zu Konflikten führen können, zu widerlegen. Ein Krieg mit einem Nachbarn, gegen den die Argumente, die man gegen die bürgerliche Verhetzungspolitik ins Feld führt, nicht wirken, wie dies jetzt der Fall ist, wird ein populärer Krieg und die Sozialisten können gegen ihn nichts ausrichten. Dagegen wird ein Krieg für koloniale, imperialistische und kapitalistische Interessen immer unpopulär bleiben und den Sozialisten gute Aussichten in ihrem Kampf und Protest und selbst in ihrer Widerstandsaktion bieten."

Der vierte Punkt der Tagesordnung betrifft

Anschlüsse an das Internationale Bureau.

Die zu diesem Punkt eingebrachten Anträge Troelstra und Kautsky über das Vertretungssystem werden zurückgezogen. Die englische Frage wird nach einer Diskussion vertagt. Hierauf wird die Frage der „Sozialdemokratischen Partei Hollands" behandelt. Als Vertreter dieser Organisation wohnen Gorter und Wijnkoop der Verhandlung bei. Dem Exekutivkomitee wird das Mandat erteilt, zugunsten der Einigung zu vermitteln. Als Basis wird auf Jaurès' Vorschlag die Freiheit der Kritik, aber auch das Maßhalten in dieser anerkannt. Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Nachmittagssitzung.

Die Verhandlung über die Angliederungsgesuche wird fortgesetzt.

Es kommen hierbei die Streitfragen der russischen Organisation zur Sprache. Haase unterstützt den von Plechanow geäußerten Wunsch nach einem Aufruf zur Einigung. Er betont, daß die Einigungsbewegung nicht dadurch gestört werden dürfe, daß sich Einzelpersonen als Vertreter der Gesamtpartei aufspielen. Auch dürfen die sog. „Liquidatoren" von den Einigungsverhandlungen nicht ausgeschlossen werden.

Aus Kanada, Australien und Südafrika sind zahlreiche Ansuchen um Aufnahme in die Internationale eingelaufen. Das Bureau erteilt dem Exekutivkomitee die Vollmacht, zwischen den verschiedenen Organisationen dieser Länder zu vermitteln, um eine kanadische, australische und südafrikanische Sektion zu konstituieren.

Eine lebhafte Diskussion entspann sich über das Ansuchen der tschechischen Sozialdemokratie, von der Internationale aufgenommen zu werden und eine Stimme im Internationalen Bureau zu erhalten. Burian vertritt das Ansuchen, Dr. Adler unterstützt es. Für die Tschechoslawen sprechen Nemec und Soukup. Das Bureau beschließt, die tschechischen Sozialdemokraten als Untersektion der tschechischen Sektion zuzulassen. Dagegen stimmen nur die Tschechoslawen.

Hierauf gelangt das gestern von Kautsky im Entwurf vorgelegte, von einer aus Vertretern der verschiedenen Nationen zusammengesetzten Subkommission durchberatene und umgearbeitete Manifest gegen den Krieg zur Verlesung. Es wird einstimmig angenommen.

Eine von Plechanow und Rubanowitsch eingebrachte Resolution, die gegen die in den zarischen Gefängnissen verübten Greuel protestiert und das Erwachen der russischen revolutionären Bewegung begrüßt, das sich auch bei den Wahlen kundgegeben hat, wird gleichfalls einstimmig angenommen. Desgleichen eine von Agnini und Balabanow (Italien), Emilio Corralez und Fabra Ribras (Spanien), Plechanow (Rußland), Kautsky (Deutschland), Nahum (Türkei) und Rosa Luxemburg (Polen) unterzeichnete Resolution, die gegen die willkürliche Verhaftung der Organisatoren Ettor und Giovanitti unter dem Vorwand der moralischen Mitschuld an einem gemeinen Verbrechen Einspruch erhebt. Sie erklärt das gegen sie eingeleitete Gerichtsverfahren als ein offenkundiges Attentat auf die Rede- und Koalitionsfreiheit und lenkt die Aufmerksamkeit des Proletariats auf die reaktionäre Politik der Vereinigten Staaten, wo sich die Justiz zynisch in den Dienst des Kapitalismus zur Bekämpfung des durch Propaganda und Organisation die Verbesserung seiner Lage anstrebenden Proletariats stellt. Sie fordert die sozialistischen Parteien aller Länder zu einer energischen Protestbewegung auf und zählt besonders auf die energische Intervention der amerikanischen Arbeiter.

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden Vandervelde um 7 Uhr geschlossen.

Abgeordnetenhaus.

90. Sitzung. Donnerstag, den 31. Oktober 1912 vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Schorlemer, v. Dallwitz.

Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abg. v. Hackenberg (natl.) in der üblichen Weise.

Die Besprechung der polnischen

Interpellation über die Enteignung

wird fortgesetzt.

Abg. Graf Praschma (Z.): Die bisherigen Redner aus dem Hause haben sich die Besprechung der Interpellation leicht gemacht. Aber mit der Behauptung, daß es sich um eine res judicata handelt, ist die Sache nicht erledigt. (Sehr wahr! bei den Polen.) Das Gesetz kann geändert werden, die Enteignung selbst ist wie ein vollstrecktes Todesurteil nicht wieder gut zu machen. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Polen.) Herr v. Zedlitz freute sich gestern über die Einigkeit der „nationalen" Parteien. Bei der Beratung des Enteignungsgesetzes war von dieser Einigkeit und Begeisterung nichts zu merken. Von allen Seiten wurde diese Vorlage, für die die Regierung ihre ganze Autorität einsetzte, aufs schärfste kritisiert und die größte Partei stimmte ihm schließlich zu unter einer Motivierung, die einer Ablehnung verzweifelt nahe kam. (Sehr wahr! bei den Polen.) Die Vornahme einer Enteignung aus politischen Gründen ist

beispiellos, ist unerhört

in der preußischen Geschichte. (Sehr richtig! bei den Polen.) Wenn auch die Form der Ausführungen des Abg. Korfanty manchmal über das Ziel hinausging, so können wir doch vieles von dem was er sagte, nur unterschreiben. Für mich als christlich-konservativen Mann war es schmerzlich, daß ein Mann wie der Abg. Korfanty solche Dinge hier vorbringen konnte. (Sehr gut! im Zentrum.) Dabei macht die Art, wie die Enteignung vorgenommen wird, auch noch den Eindruck der Schwäche auf seiten der Regierung: man scheut sich, energisch das Gesetz anzuwenden und will nur irgendwie den Hakatisten den Mund stopfen. (Sehr wahr! bei den Polen.) Das Ziel erreichen Sie doch nicht und ebensowenig werden die Polen jemals nachgeben. (Sehr wahr! bei den Polen.) Die Politik, die Sie treiben, ehrt nicht die Grenzen des Eigentums, darum ruht nach den Worten Octavio Piccolominis an seinen Sohn kein Segen darauf, und sie wird nicht zum Segen führen. (Lebhafter Beifall im Zentrum und bei den Polen.)

Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Das Wort hat . . .

Abg. Graf Praschma: Ich bin noch nicht ganz fertig. (Heiterkeit.) Es kommt hinzu, daß diese Maßnahme der Regierung eine

Brüskierung Oesterreichs

bedeutet, die gerade im jetzigen Moment am wenigsten angebracht ist. Und endlich widerspricht die Enteignung den christlich-konservativen Grundsätzen und den sonstigen Maßnahmen zur inneren Kolonisation. (Sehr gut! im Zentrum.) Statt sie zu enteignen, müßte man die Polen zwangsweise ansiedeln. Die Herzen der Polen gewinnen Sie durch diese Politik niemals. (Sehr wahr! bei den Polen.) Sie stärken nur den Radikalismus unter den Polen. Sie treiben sie in die Industriezentren, wo sie dem Sozialismus verfallen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Alles, was konservativ bleiben will in Posen, treffen Sie in erster Linie und schaffen einen Herd des Radikalismus mitten im Osten. Aus deutsch-nationalen Gründen rufe ich der Regierung zu: Noch ist es Zeit, den letzten Schritt nicht zu tun. An den Grundlagen der Bodenständigkeit und des Eigentums sollte man in Preußen-Deutschland nicht rütteln.

Wenn die jetzige Regierung nicht den Mut hat, von der Politik der Enteignung wieder zurückzugehen, so müssen wir auf einen zweiten Bismarck warten, der mit eisernem Besen mit dieser Politik aufräumt. Die große Mehrzahl des deutschen Volkes wird er als Bundesgenossen auf diesem Wege finden. (Lebhafter Beifall im Zentrum und bei den Polen.)

Minister des Innern v. Dallwitz: Die Polenpolitik der Regierung ist eine notwendige Konsequenz der geschichtlichen Entwickelung. Der großpolnischen Propaganda muß entgegengetreten werden, die Regierung muß diese separatistischen Bestrebungen abwehren. Sie findet nicht genug Land zu freihändigem Ankauf. Von einer besonderen Härte den Enteigneten gegenüber ist keine Rede. (Abg. Hoffmann [Soz.]: Das werden wir uns merken!) Ich war zu diesen Ausführungen genötigt, um den maßlosen Uebertreibungen und krassen Entstellungen entgegenzutreten, die von polnischer Seite der Regierung ins Gesicht geschleudert worden sind. (Stürmische Pfui-Rufe bei den Polen. — Beifall rechts.)

Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz (zu den Polen): Ich verstehe Ihre Erregung, wenn Sie glauben, daß Ihnen unrecht geschieht. Aber sein Recht vertritt man um so wirksamer, je ruhiger und leidenschaftsloser man vorgeht. Unterlassen Sie also bitte solche Zwischenrufe, die der Würde unserer Verhandlungen nicht entsprechen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Pachnicke (Vp.) bekämpft die Enteignung aus politischen und wirtschaftlichen Gründen. Der Justizminister hat seinerzeit erklärt, verfassungswidrig würde es sein, Polen am Erwerb von Boden zu hindern. Das ist nun der Fall, denn vom Erwerb ist der Besitz nicht zu trennen. Ganz im Gegensatz zu der heutigen Rede des Ministers v. Dallwitz sagte uns Minister v. Schorlemer, daß noch bis 1913 genug Land zum freihändigen Ankauf vorhanden ist. Der Weg von Berlin nach Posen ist mit Fehlern gepflastert. Statt die vernünftige Ansiedelungspolitik auf die ganze Monarchie auszudehnen, beschränkte man sich auf zwei Provinzen und gab ihr dadurch eine nationale Spitze. So hält man die polnische Welle nicht auf. Wer sich eine deutschtreue Bevölkerung im Osten heranziehen will, darf nicht abgehen von der Linie des Rechts und der Gerechtigkeit. (Beifall bei der Freis. Volkspartei.)

Abg. v. Trampczynski (Pole): Die maßgebenden Persönlichkeiten haben das Unterscheidungsvermögen für Mein und Dein verloren. Jedes von Polen neu gekaufte Land wird jetzt ohne weiteres enteignet, und in der Verfassung steht, daß jeder Staatsbürger das Recht hat, Grundbesitz zu erwerben! Wir wären die größten Esel, würden wir der Regierung freiwillig Land zur Ansiedelung deutscher Bauern verkaufen, aber sobald sie polnische Bauern ansiedeln will, wird sie genügend Land zur Verfügung haben. Wir wollen nur als Nationalität weiter leben und uns entwickeln. Wer uns daran hindert, ist unser Todfeind. Eine Politik, die im Zeitalter der allgemeinen Wehrpflicht leidenschaftlichen Haß in einem großen Teil der Bevölkerung erregt, ist heller Wahnsinn. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Borchardt (Soz.):

Die Art, wie gestern die Interpellation von seiten der Regierung und der großen Parteien behandelt worden ist, ist außerordentlich bedauerlich. Man hätte sich doch fragen sollen: Ist es richtig, in einer solchen Frage, die große Massen der Bevölkerung erregt, eine so ostentative Mißachtung zu zeigen. Man könnte beinahe auf die Idee kommen, daß die

Absicht, zu provozieren,

dabei vorlag. Einen solchen Gedanken werden die großen Parteien dieses Hauses aber natürlich niemals haben, niemals! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Lag diese Absicht nicht vor, dann bleibt nur übrig ein ganz sträflicher Leichtsinn. Denn die Folgen eines solchen Vorgehens mußten jedem Politiker klar sein. Die Hauptfrage, zu deren Beantwortung die Regierung verpflichtet gewesen wäre, ist die: warum hat man die Enteignung gerade gegenüber diesen Gütern und gerade in diesem Augenblick zur Ausführung gebracht. Hinter die Ansiedelungskommission kann man sich nicht verstecken, denn es liegt ein Beschluß des Staatsministeriums vor. Die Regierung hätte die Antwort auf diese Fragen umsomehr geben müssen, als der Abg. Korfanty ihr den Vorwurf der Feigheit gemacht hatte. (Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Das hat der Abg. Korfanty nicht getan, sonst würde ich das gerügt haben.) Jedenfalls hat Herr Korfanty gesagt, man habe gerade in diesem Augenblick das Gesetz zur Anwendung gebracht, weil man gehofft habe, unter dem Donner der Balkankanonen werde die Sache keine Beachtung finden in der weiten Welt. Auf jeden Fall hat er also den Vorwurf des Versteckspiels erhoben. Heute hat ja nun die Regierung wenigstens etwas mehr gesagt, nachdem ein Vertreter des Zentrums gesprochen hatte. Aber auf die politische Frage, warum man gerade jetzt die Enteignung vornehmen will, auf diese Frage, die uns alle angeht, ist die Regierung wieder die Antwort schuldig geblieben. Von großem Interesse ist auch die Preisfrage bei dieser Enteignung. 1907 sagte Fürst Bülow, es handele sich bei dem Enteignungsgesetz in der Hauptsache darum, das Steigen der Güterpreise durch unlautere Spekulationen zu verhindern. Danach müßten zunächst einmal vor allem die Besitzer der deutschen Güter enteignet werden, die sich von der Ansiedelungskommission ihre Güter zu hohen Preisen abkaufen lassen. Und wie liegt die Sache bei diesen speziellen Gütern? Eins davon hat einen Wert von höchstens 500 000 M. Für diesen Preis hätte es die Ansiedelungskommission schon lange haben können. Inzwischen hat es ein Pole gekauft, es sind zuletzt 920 000 M. dafür bezahlt worden, und nun soll es für 950 000 M. enteignet werden. (Hört! hört!) Das sind Dinge, über die die Regierung uns sehr viel hätte sagen können, wenn sie etwas hätte sagen wollen. Bei all diesen Enteignungsdebatten erleben wir ein merkwürdiges Schauspiel. Beide Seiten beteuern, daß sie den Frieden wollen, aber jeder verlangt, daß der andere den Anfang macht. Ist denn das christlich? Dabei stehen auf der einen Seite christliche Priester und auf der anderen die Vertreter des angeblichen christlichen Staates. Wenn die Regierung sagt, die Staatsnotwendigkeit erlaubt es nicht, den Polen entgegenzukommen, so beweist sie damit, daß mit christlichen Grundsätzen nicht regiert werden kann, daß die Staatsnotwendigkeit über dem Christentum steht, wir also in einem christlichen Staat gar nicht leben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokr.) Sehr interessant war ein Wort des Herrn v. Heydebrand bei den Debatten über das Enteignungsgesetz. Er sagte am 16. Januar 1908: „Es gibt Verhältnisse, in denen die Gesetze schweigen, wir können in Verhältnisse kommen, wo wir nicht anders existieren können, als wenn wir Grundsätze, die wir sonst festhalten, die unverrückbar bleiben, der Notwendigkeit in den gegebenen Grenzen unterzuordnen imstande sind, es gibt Verhältnisse, wo man nehmen muß, weil man es nicht anders bekommt." (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind Sätze, die wir Sozialdemokraten uns merken werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie bedeuten, daß über alles Recht und über alle Gesetze die Staatsinteressen gehen, daß es also ein unverrückbares und heiliges Recht gar nicht gibt. Weiter besagen diese Worte, daß gerade das Privateigentum nicht so heilig und unverrückbar ist, wie Sie es uns gegenüber immer behaupten. Nur solange die Staatsinteressen es erlauben, soll danach das Privateigentum heilig und unverletzlich sein. Wer bestimmt aber darüber, was Staatsinteressen sind? Staatsinteressen sind allemal die Interessen und Wünsche derjenigen, die im Staate die Macht haben. Also nach Herrn v. Heydebrand soll das Recht immer nur verbindlich sein, soweit es den Wünschen der Machthaber entspricht. Sie sind schon von anderer Seite darauf hingewiesen worden, daß die Machtverhältnisse sich im Laufe der Geschichte ändern. In vergangenen Jahrhunderten sind Machthaber gestürzt und andere an ihre Stelle gekommen, und in der Zukunft wird es ebenso sein. Also in den Worten des Herrn v. Heydebrand liegt das klare Zugeständnis, die Gesetze sind nur geschaffen, um die jeweiligen Machthaber zu schützen, diese selbst brauchen sich daran nicht zu halten. Eine solche Ansicht ist nicht etwa Sozialismus, nein, das ist reiner Nihilismus. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es stimmt vollständig überein mit einem Wort des Finanzministers Ludwigs XVI., Necker: „Eine kleine Anzahl von Menschen hat sich in die Erde geteilt und hinterher Gesetze gemacht, um sich gegen die Masse der übrigen zu schützen, wie man sich gegen wilde Tiere schützt." Dem Sinne nach hat ein konservativer Mann, wie Herr von Heydebrand, genau dasselbe gesagt. Und da verlangen Sie von uns, daß uns Recht und Privateigentum heilig sein soll. Wir werden dem Volke deutlich mitteilen, daß Sie

die Gesetze nur zu Ihrer Verteidigung machen,

sich selbst aber nicht daran gebunden haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß Sie im übrigen mit all diesen Dingen nur unsere Geschäfte besorgen, brauche ich Ihnen nicht noch zu sagen. (Hört! hört! bei den Polen.) Ganz dasselbe wird die Enteignung, die wir vornehmen werden, allerdings nicht sein, und aus politischen Gründen, um einzelne Personen oder Nationen zu treffen, werden wir Sozialdemokraten nicht enteignen, sondern nur aus wirtschaftlichen Gründen im allgemeinen Interesse, weil wir im Privateigentum die Quelle des Elends und der Not sehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber es hat mich doch gefreut, aus der Debatte von vor fünf Jahren zu ersehen, wie weit selbst ganz rechtsstehende Mitglieder des Hauses unseren sozialistischen Anschauungen zuneigen. Gegenüber einem Zentrumsmitglied, der eine scharfe Verurteilung des Gedankens der Enteignung aus früherer Zeit mitteilte, meinte Herr Dr. Friedberg: Ja, das mag richtig gewesen sein für damals, das sind Aeußerungen verstorbener Parlamentarier, aber ich glaube Ihnen gezeigt zu haben, daß man in bezug auf die Enteignung heute auf einem moderneren Standpunkt steht." (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden Herrn Dr. Friedberg zu gegebener Zeit an diese Aeußerung erinnern und wir hoffen, daß er in seinen inneren Anschauungen immer moderner werden wird, so daß er schließlich für eine völlige Enteignung allen Privateigentums eintritt, und wir ihn eines schönen Tages als unseren Genossen begrüßen können. (Große Heiterkeit. Zuruf.) Herr Dr. Röchling meint, er wäre auch für die Enteignung, unter der Bedingung voller Entschädigung, also Sie sehen, wir kommen uns schon näher. (Beifall.)

Bei alledem verkennen wir nicht, daß die preußische Regierung sich in einer schwierigen Lage befindet. Die Polen vermehren sich, und die preußische Regierung hat Angst, daß sie schließlich ganz Westpreußen und Posen fast allein besetzen werden und folgert daraus Befürchtungen für die militärische Sicherheit Preußens. Diesen Kernpunkt der Frage hat Herr v. Rheinbaben 1907 ganz richtig erkannt. Diese Entwickelung hängt auch garnicht vom guten Willen der Polen ab. Wir Sozialdemokraten verkennen also nicht, daß die preußische Regierung wohl berechtigt ist, in irgend einer Weise eine Lösung zu suchen, um aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen. Aber ist denn das, was die preußische Regierung tut, eine wirkliche Lösung? Wir sagen mit Herrn v. Heydebrand: wir wollen doch nicht Versteck spielen! Wenn die preußische Regierung nach ihrem Programm wirklich handeln will, muß sie darauf ausgehen, das polnische Volkstum zu vernichten; dann sind alle ihre bisherigen Maßnahmen, auch die Enteignung, nur halbe Maßnahmen. Zur Ausrottung der Polen führen sie nicht, wohl aber erzeugen sie bei den Polen einen

unauslöschlichen nationalen Haß.

Wie furchtbar ein solcher Haß sich in Kriegszeiten entladen kann, sehen wir jetzt auf dem Balkan. Aber gibt es denn überhaupt Mittel zur Lösung dieser Schwierigkeit. Es gibt wohl eine Lösung, aber die kann der preußische Staat nicht ergreifen, diese Lösung heißt nämlich nicht Völkerhaß, sondern Völkerverbrüderung, diese Lösung heißt Internationalismus, heißt Sozialismus. Diese Lösung bedeutet, daß jedes Volk das Recht seiner nationalen Existenz hat, sein Volkstum wahren, seine nationalen Eigentümlichkeiten pflegen darf und daß alle Völker wie in einer großen Völkerfamilie brüderlich beieinander leben. Diese Lösung wird der preußische Staat nicht eher finden und verwirklichen können, als bis er einmal zum Sozialismus weiter entwickelt ist. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Nissen (Däne): Unser Rechtsempfinden ist durch die Enteignung aus politischen Gründen aufs tiefste verletzt worden. Wir können darin nur eine Gewalttat erblicken, gegen die wir aufs schärfste protestieren. (Bravo! bei den Polen.)

Die Debatte schließt, der Gegenstand ist erledigt. Es folgen

Petitionen,

zunächst solche auf Verbesserung der Vorrückungs- und Einkommensverhältnisse der Hilfsgerichtsdiener sowie auf Teuerungs-

zulagen, unkündbare Anstellung und Gehaltsverbesserung der Unterbeamten. Die Kommission beantragt zum Teil Uebergang zur Tagesordnung, zum Teil Ueberweisung als Material. Ein freikonservativer Antrag wünscht Ueberweisung zur Erwägung, Anträge der Sozialdemokraten und Fortschrittler; Ueberweisung zur Berücksichtigung. Dies wünscht auch bezüglich der Teuerungszulagen ein Zentrumsantrag, der verlangt, daß die Zahl der zu versorgenden Angehörigen berücksichtigt werde.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Die Bezahlung der Hilfsgerichtsdiener bleibt noch unter dem ortsüblichen Tagelohn, und da spricht die Regierung von ausreichender Bezahlung! Für die Unterbeamten hat sie immer nur wohlwollende Redensarten, denen keine Taten folgen. Die Regierung und die großen Parteien des Landtages tragen die volle Verantwortung dafür, daß die Besoldungsordnung gegenüber den Unterbeamten jedes soziale Verständnis vermissen läßt. Dieselben Faktoren haben die Teuerung verschuldet, namentlich auch das Zentrum. Sie raten den Unterbeamten, mit Gott für König und Vaterland den Hungerriemen enger zu schnüren. (Oho! rechts.) Soll ein Volk, das der Staat aushungern läßt und unterdrückt, für ihn begeistert sein? Wir stellen Sie auf die Probe, ob Sie wirklich Wandel schaffen wollen, was Sie durch ein energisches Votum für die Petitionen tun können. Der Zentrumsabgeordnete Bartscher hat uns vorgeworfen, daß wir bei der Besoldungsordnung keine Anträge gestellt hätten. Damit will man die Sache nur verdunkeln, denn die entscheidende Frage ist, wer für die Beamten eingetreten ist: das waren wir; und wer für seine Anträge keine Energie aufgewandt hat, das waren Sie! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bartscher (Z.): Die Sozialdemokraten wollen immer nur die anderen Parteien übertrumpfen. Die Behauptung, daß die Unterbeamten unterdrückte Proletarier seien, ist eine Verunglimpfung. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Beamten haben auch das Recht, sich zusammenzuschließen und an das Parlament zu petitionieren.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fk.): Das beste wäre die Ueberweisung der Petitionen an die Budgetkommission zur grundsätzlichen Prüfung.

Die Verhältnisse der Unterbeamten sind nicht so schlecht, sonst wären nicht so viel Anwärter da. An der Besoldungsordnung darf für eine Reihe von Jahren nicht gerüttelt werden. Die sozialdemokratische Presse will nur die Beamten begehrlich und unzufrieden machen. Der Redner spricht weiter von Heuchelei, Gewissenlosigkeit, Unwahrhaftigkeit, Verhetzung der Sozialdemokratie, die nur den Kriegshetzern in Frankreich Wasser auf die Mühlen liefere. (Abg. Dr. Liebknecht: Sie sind der Oberkriegshetzer!) Von Unterernährung ist keine Rede, man kann aber erwägen, kinderreichen Beamtenfamilien Teuerungszulagen zu gewähren. (Beifall rechts.)

Abg. Delius (Vp.): Dazu, daß sich der preußische Beamte als freier Mann fühlen kann, fehlt noch viel!

Ein Regierungskommissar: Bei dem Kinderreichtum der meisten Beamten würden Teuerungszulagen unter Berücksichtigung der Kinderzahl sehr große Summen beanspruchen. Durch Teuerungszulagen würden wir die Teuerung als dauernd anerkennen. Von den Maßnahmen der Regierung ist aber Abhilfe zu erwarten. Zunächst kann nur der Unterstützungsfonds angemessen dotiert werden. Die Unterbeamten sind pensionsberechtigt, also keine Proletarier, und sie sind auch nicht rechtlos. Wenn Herr Liebknecht andere Mitteilungen bekommen hat, so müssen sie aus Kreisen stammen, die infolge von Unfähigkeit ein böses Gewissen haben und die Kündigung befürchten. Aus disziplinarischen Gründen müssen wir an der Kündbarkeit der Unterbeamten festhalten.

Abg. Heine (natl.) ist für eine einmalige Teuerungszulage. Den sozialdemokratischen Sirenenrufen werden die Beamten nicht folgen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Ein Regierungskommissar aus dem Justizministerium betont, daß die ständige Vermehrung der Unterbeamtenstellen das warme Herz der Justizverwaltung bewiesen habe.

Abg. Schulze-Pelkum (k.): Die Besoldungsordnung kann nicht durchbrochen werden. Beamtenwünsche in vernünftigen Grenzen prüfen wir wohlwollend. Die wichtige Frage der unkündbaren Anstellung der Unterbeamten muß in der Budgetkommission geprüft werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. Wolkowski (k.) bedauert, durch den Schluß verhindert zu sein, seinen von dem seiner Freunde abweichenden Standpunkt darzulegen.

Abg. Ströbel (Soz.):

Auch ich muß bedauern, verhindert zu sein, auf die Angriffe des Abg. Bartscher zu antworten. Ich stelle fest, daß das Zentrum den eigentümlichen Anstand bewiesen hat, für den Schluß der Debatte zu stimmen, uns also die Entgegnung abzuschneiden. Ein solches Verhalten zeugt von außerordentlich viel Courage der Herren vom Zentrum. Sogar die Konservativen haben nicht für Schluß der Debatte gestimmt, sondern gerade die Herren vom Zentrum, die dabei engagiert waren und befürchten mußten, daß ihre Argumente widerlegt werden würden, haben nicht den Mut gehabt, die Antwort von sozialdemokratischer Seite zu erwarten. Das ist eine Handlungsweise, wie wir sie vom Zentrum ja gewohnt sind, aber die Antwort wird Ihnen doch nicht erspart bleiben. Es wird sich bald Gelegenheit finden, die Argumente des Herrn Bartscher als elende Klopffechterei nachzuweisen.

Vizepräsident Krause: Das letzte war keine zulässige Bemerkung zur Geschäftsordnung.

Abg. Graf Praschma (Z.): Wir haben lediglich deshalb für Schluß der Debatte gestimmt, weil wir die Fragen für reichlich geklärt hielten; für die Beamten draußen haben die politischen Auseinandersetzungen zwischen den Herren Bartscher, Ströbel und Hirsch kein Interesse.

Abg. Hirsch (Soz.):

Bestehen bleibt trotzdem, daß Herr Bartscher uns direkt provoziert und das Zentrum uns dann die Möglichkeit genommen hat, auf diese Provokationen zu antworten.

Abg. Bartscher (Z.): Eher könnte von einer Provokation meinerseits durch den Abg. Liebknecht gesprochen werden.

Abg. Hirsch (Soz.):

Herr Bartscher hat eine Menge neuer Argumente gegen uns vorgebracht. Er hat u. a. auf eine angebliche Aeußerung Bebels Bezug genommen, die er vollkommen aus dem Zusammenhang gerissen hat und hat uns dann selbst die Möglichkeit genommen, darauf zu erwidern. Das Urteil darüber überlasse ich dem Hause.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Das Vorgehen des Zentrums ist ein Beweis von Feigheit (Vizepräsident Krause: Sie dürfen einen solchen Vorwurf einer Partei gegenüber nicht erheben!), jedenfalls ein Beweis von bösem Gewissen uns gegenüber.

Ueber die Petitionen auf Gehaltserhöhungen wird zur Tagesordnung übergegangen. Die Wünsche auf Teuerungszulagen werden zur Berücksichtigung überwiesen. Die Frage der Unkündbarkeit der Unterbeamten wird an die Budgetkommission verwiesen.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Montag, 12 Uhr: Interpellation Dr. Arendt (fk.) über den Wagenmangel, Petitionen, Anträge.

Schluß 4 Uhr.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

hielt am Mittwoch ihre Generalversammlung ab. Der Andrang der Mitglieder war so stark, daß der große Saal der Brauerei Friedrichshain kaum ausreichte, um alle Teilnehmer zu fassen. Schon zu Beginn der Versammlung machten sich in einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte gewisse Gegensätze bemerkbar. Es wurde beantragt und schließlich auch beschlossen, die als ersten Punkt der Tagesordnung angesetzte Wahl zum Aufsichtsrat hinter den Geschäftsbericht zu setzen.

Der erste Geschäftsführer Junger erstattete den Vorstandsbericht, der gedruckt vorliegt und in Nr. 253 des „Vorwärts" im Auszuge veröffentlicht ist. Der Redner konstatierte eine außerordentliche Vorwärtsentwickelung im abgelaufenen Geschäftsjahre sowohl hinsichtlich der Mitgliederzahl als des Warenumsatzes. Eine Erweiterung der Produktionsbetriebe sei in Aussicht genommen, derart, daß die Verkaufsstellen nicht mehr von der Lichtenberger Anlage allein, sondern von drei Stellen aus versorgt werden können. Wenn man die Mitgliederzahl der Genossenschaft mit den Mitgliederzahlen der Gewerkschaften vergleiche, dann zeige sich, daß noch ein großer Teil der letzteren der Konsumgenossenschaft beitreten könnte, ohne es bisher getan zu haben. Der Redner schloß seinen ausführlichen Bericht mit dem Wunsche, daß sich die Genossenschaft weiter entwickeln werde, so daß Berlin an der Spitze des deutschen Genossenschaftswesens steht.

Hierauf gaben die Vertreter des Aufsichtsrats, der Revisionskommission und des Genossenschaftsrats ihren Bericht. Dann folgte eine sehr lebhafte Debatte. — Der erste Redner kritisierte die Verwaltung, weil sie seiner Meinung nach nicht genug getan habe, um auf eine Senkung des Preises der Lebensmittel einzuwirken. Er verlangte, daß in der jetzigen Zeit der Teuerung mehr getan werde. Der Anfang, der mit dem Verkauf von Seefischen gemacht worden sei, befriedige die Mitglieder nicht. Die Mitglieder in Neukölln wünschten, daß durch Abgabe von Fleisch- und Wurstwaren zum Einkaufspreise auf die Verkaufspreise in den Schlächterläden herabsetzend eingewirkt werde. Der Wunsch sei nicht erfüllt worden, weil die Neuköllner den Genossenschaftsrat übergangen hätten. Der Genossenschaftsrat scheine es als seine Aufgabe zu betrachten, Anträge aus Mitgliederkreisen abzulehnen. Die Verkaufspreise seien teilweise so hoch, daß sehr viele Arbeiter in der Genossenschaft nicht kaufen könnten. Den Fleischbezug aus dem Auslande, den jetzt die Kommunen betreiben, hätte die Genossenschaft ebenfalls in die Hand nehmen können. Die Versorgung mit Kartoffeln hätte schon früher in Angriff genommen werden müssen. Die Genossenschaft könnte schon mehr Mitglieder haben, wenn sie hinsichtlich der Preisregulierung mehr getan hätte. (Beifall.)

Adolf Ritter betont, auch er freue sich über den Aufschwung der Genossenschaft. Aber das sei nicht ein Verdienst der Verwaltung, sondern eine Folge der aufsteigenden Erkenntnis in Arbeiterkreisen von der Notwendigkeit der Organisierung des Konsums. Man darf die Genossenschaftsfrage nicht nur von der wirtschaftlichen Seite auffassen, sondern man muß auch ihre ideelle Seite berücksichtigen. Man soll den Mitgliedern nicht zu viel an wirtschaftlichen Vorteilen versprechen, denn wenn nicht alles, was versprochen wird, durchgeführt werden kann, dann schadet man der Bewegung. Was nun die ideelle Seite der Genossenschaftsbewegung betrifft, so begeht die Verwaltung den Fehler, daß sie sich scheut, zu sagen, was ist. Der weitaus größte Teil der Mitglieder sind Arbeiter. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft ist es, auf der die Genossenschaftsbewegung beruht. Wir mögen der Regierung gegenüber hundertmal betonen, wir sind neutral, das glaubt man uns doch nicht. (Sehr richtig!) Man soll deshalb nicht so ängstlich sein, sondern sich ein Beispiel an den Gewerkschaften nehmen, die sich nicht scheuen, sich sozialdemokratisch zu nennen. Die Aengstlichkeit zeigte sich auch darin, daß man keinen Vertreter der Propagandakommission zum letzten Genossenschaftstag geladen hat. Kaufmann hat das ja zu entschuldigen versucht, indem er anführte, man hätte doch nicht die Propagandakommission von ganz Deutschland einladen können. An diesen Blödsinn, daß so etwas verlangt werden könnte, wird Kaufmann selber nicht geglaubt haben. Die Berliner Propagandakommission hätte man einladen müssen, weil der Genossenschaftstag in Berlin stattfand. Daß es nicht geschah, das liegt nur an den Personen. (Sehr richtig!) Als Mitglied der Propagandakommission muß ich es als eine Unanständigkeit bezeichnen, daß sie nicht eingeladen wurde. Mirus sagte, wir haben jetzt so viele Mitglieder, daß wir die Propagandakommission nicht mehr brauchen. Also sie soll überflüssig sein, nachdem sie ihre Schuldigkeit getan hat. Man hatte wohl die Befürchtung, wenn die Propagandakommission eingeladen würde, dann könnte auf dem Genossenschaftstag eine zu radikale Begrüßungsrede gehalten werden, die Kaufmann unangenehm gewesen wäre. — Auch über den Aufsichtsrat ist manches zu sagen. Die Propagandakommission hat auch die Aufgabe, Beziehungen zwischen der Genossenschaft und den Gewerkschaften herzustellen. Mücke und ich sind die einzigen, die diese Beziehungen hergestellt haben. Mücke aber ist jetzt aus seiner Stellung in der Verwaltung entlassen. Da er gekündigt hat, so ist formell alles in Ordnung. Aber damit ist diese Angelegenheit nicht erledigt. Meiner Ansicht nach hat der Aufsichtsrat den Genossen Mücke zur Kündigung provoziert. Man sagt, Mücke sei nicht kaufmännisch genug gewesen. Aber in Wirklichkeit scheint es Mückes Haltung in der Neutralitätsfrage gewesen zu sein, die zu Differenzen mit dem Aufsichtsrat und zur Kündigung Veranlassung gegeben hat. Mücke hat bei seinem Abgang ein Zeugnis bekommen, was den Aufsichtsrat bis auf die Knochen blamiert hätte, wenn sich Mücke an das Kaufmannsgericht gewandt hätte. Ich halte aufrecht, was ich früher in der Gewerkschaftskommission gesagt habe: der Aufsichtsrat hat die Fühlung mit den Gewerkschaften verloren. Wir haben Hypotheken herbeigeschafft und sind nicht einmal benachrichtigt, was daraus geworden ist. — Wenn wir weiter kommen wollen, ist ein besseres Zusammenarbeiten zwischen der Genossenschaft, den Gewerkschaften und der Partei notwendig, sonst gehen wir in Berlin wieder den Krebsgang. (Starker Beifall.)

Der Vorsitzende Stühmer bemerkt unter Widerspruch aus der Versammlung, was Ritter über den Genossenschaftstag sagte, gehöre nicht zum Geschäftsbericht, und die Stellung der Genossenschaft zur politischen Partei gehöre ebenfalls nicht hierher. Das Gesetz verbiete den Genossenschaften, sich mit politischen Angelegenheiten zu beschäftigen. Wenn wir aussprechen, wir sind eine sozialdemokratische Genossenschaft, dann begeben wir uns auf das politische Gebiet. Das dürfen wir nach dem Gesetz nicht.

Stadthagen, mit lebhaftem Beifall begrüßt, führt aus: Nach dem Gesetz ist die Generalversammlung die höchste Instanz in allen Angelegenheiten der Genossenschaft. Wir haben das Recht, die ganze Geschäftsführung des Vorstandes, des Aufsichtsrats und anderer Organe der Genossenschaft nach allen Richtungen hin zu besprechen. Ritter hat also in keiner Weise den § 148 des Genossenschaftsgesetzes verletzt. Dieser Paragraph spricht von Anträgen, die auf öffentliche Angelegenheiten gerichtet sind. Das geht ja noch über Jagow hinaus (großer Beifall), wenn Ritter Handlungen und Unterlassungen des Vorstandes und Aufsichtsrats erörtert und der Vorsitzende sagt, das darf nicht sein, sonst werden wir bestraft. — Meine Ansicht ist, daß wir endlich in der Generalversammlung Stellung zu nehmen haben zu inneren Schäden, durch welche die Genossenschaftsbewegung in Berlin, die durch andere als den Vorstand und den Aufsichtsrat außerordentlich gefördert worden ist, leidet. Wir müssen eine andere Art der Verwaltung haben und uns dagegen wenden, daß auch nur der Schein einer Vetternwirtschaft bestehen könnte. Der besteht aber, wenn im Laufe des Geschäftsjahres zwei Mitglieder in den Vorstand gewählt worden sind, ohne Zustimmung der Generalversammlung. Bei so wichtigen Dingen muß der Generalversammlung das Recht der Entscheidung überlassen bleiben, gleichviel, was das Statut mit dem Gesetz oder vielleicht gegen dasselbe zuläßt. Das muß um so mehr gefordert werden, da der Fall Mücke die tiefste Erbitterung hervorrufen mußte, weil hier die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Grundsätze auf das schwerste verletzt worden sind. Geht man so um mit einem Manne, der für die Genossenschaftsbewegung die größten persönlichen Opfer gebracht hat? Gewiß, das formale Recht ist gegen Mücke. Aber wer sich darauf beruft, der steht auf dem Standpunkt der Unternehmer und befindet sich in Widerspruch mit dem sozialistischen Gedankengang. — Im Geschäftsbericht ist der Genossenschaftstag erwähnt, aber kein Wort darüber, wie sich die Verwaltung zu wichtigen Dingen gestellt hat, die den Genossenschaftstag beschäftigten. Wir finden nichts über die Ansicht der Verwaltung hinsichtlich dessen, was Störmer über die Arbeitsvermittelung vorgebracht hat. Den konservativen Abgeordneten und Vertreter des Bundes der Landwirte, Dr. Dade, einen der schlimmsten Scharfmacher und Arbeiterfeind, hat man zum Genossenschaftstag geladen. Es war die Pflicht des Vorstandes und Aufsichtsrates, dagegen Stellung zu nehmen und zu erklären: Wir verlassen das Lokal, wenn solch ein Hetzer hier bleibt. (Beifall.) In einem genossenschaftlichen Liederbuch wird Schulze-Delitzsch als Ideal hingestellt. Das hält man nicht für politisch. Aber jede Verbindung mit den roten Brüdern wird ängstlich gemieden. Das ist der Wind, der von Hamburg, von Kaufmann und Müller, kommt. Dagegen machen wir Front. Wir verlangen, daß andere Männer kommen und andere Statuten gegeben werden. Jetzt sagt man, wir haben nicht genug Mitglieder aus den Gewerkschaften. Als aber nach dem Genossenschaftstag die Propagandakommission arbeiten wollte, da wurde ihr gesagt, wir haben jetzt einen so großen Mitgliederzuwachs, laßt uns nur ein wenig Ruhe, wartet mit der Agitation. Als die Mitglieder in Kaulsdorf die Errichtung einer Verkaufsstelle beantragten, antwortete die Verwaltung, das ginge jetzt nicht, weil sie mit Einrichtung anderer Verkaufsstellen viel zu tun habe, man möge deshalb in diesem Jahre von einer weiteren Agitation Abstand nehmen. Wenn dem Vorstande die Geschäfte über den Kopf wachsen, dann muß die Generalversammlung eine Aenderung verlangen. Gegenüber der Teuerung muß ein so großer Verein wie die Konsumgenossenschaft mehr tun. Kleinere Vereine sind in dieser Hinsicht im vorigen Jahre mit Erfolg vorgegangen. So wurden in Rixdorf Kartoffeln für 2,80 M. geliefert, als sie bei uns 4,40 M. kosteten. Uns fehlt der großzügige Geist, sozusagen ein Stück Werheim. Auch die Abhängigkeit von der Großeinkaufsgesellschaft wirkt hindernd in dieser Beziehung. Als vorhin ein Redner den Bezug von Fleisch aus dem Auslande verlangte, wurde gelacht. Ja, warum denn? Sind wir denn nicht eine Macht? Warum verlangen Sie nicht von der Regierung dieselben Vergünstigungen, die jetzt den Kommunen gewährt werden? — In einigen Kreisen, die nur Genossenschafter sind, sieht man mit Raserümpfen auf die Genossenschafter, die auch Sozialdemokraten sind. So ängstlich sind nicht einmal die Gerichte. Nach einem Landgerichtsurteil ist es durchaus zulässig, daß Mitglieder als Sozialdemokraten in den Vorstand gewählt werden. Das ist, wie das Gericht anerkennt, kein Verstoß gegen das Genossenschaftsgesetz. Also lassen Sie doch diese Furcht, man könnte uns als politischen Verein erklären. Das ist ja ausgeschlossen. Wir wollen selbstredend hier keine sozialdemokratische Agitation treiben, aber unsere Genossenschaft mit genossenschaftlichem, sozialistischem Geiste erfüllen. Das Recht haben wir nach dem Gesetz. So demokratisch wie das Gesetz ist, muß auch unser Statut und unsere Verwaltung sein. Das alte Kleid paßt nicht mehr für die heutigen Verhältnisse; aber wir wollen keine Bureaukratie, sondern Demokratie in der Verwaltung, der heute jeder großzügige Zug fehlt. Ich beantrage: Es ist baldigst eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, welche den Bericht der Statutenberatungskommission entgegenzunehmen und Stellung zur Aenderung des Statuts zu nehmen hat. Ferner schlage ich zur Wahl in den Aufsichtsrat den Genossen Ritter vor, der gewerkschaftlich, und den Genossen Laukant, der politisch tätig ist. Wir wollen frisches Blut in die Verwaltung hineinbringen und einen innigen Zusammenhang zwischen den verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung herstellen. (Sehr starker Beifall.)

Mirus: Eine Vetternwirtschaft gibt es bei uns nicht. Das Statut sagt, daß die Vorstandsmitglieder und die Angestellten durch den Genossenschaftsrat gewählt werden. Dieser wird von den Mitgliedern der einzelnen Abteilungen gewählt, er ist also eine demokratische Einrichtung. Da es nicht möglich ist, daß 60 000 Mitglieder an der Generalversammlung teilnehmen, so müssen Zwischenglieder geschaffen werden. Derartige Einrichtungen haben ja auch die Gewerkschaften. Was das Verhalten zur Propagandakommission betrifft, so betone ich: In der ganzen Verwaltung ist niemand, der wünschen würde, daß das frühere Verhältnis zwischen der Verwaltung und der Propagandakommission gelöst wird. Keiner steht auf dem Standpunkt, daß wir mit der Propagandakommission nichts zu tun haben wollen. Wenn man behauptet, wir stören das gute Verhältnis, so kann man dasselbe auch von der anderen Seite sagen. Die Einladungen zum Genossenschaftstag sind nicht von uns, sondern vom Zentralverband ergangen. Wir sind also nicht verantwortlich dafür, daß die Propagandakommission nicht eingeladen wurde. Die Annahme, daß ich vielleicht von der Partei abgerückt wäre, weise ich mit aller Energie zurück. Auch ich wünsche ein Verhältnis der Genossenschaft zur Partei und die Einigkeit der ganzen Arbeiterbewegung. Was Störmer auf dem Genossenschaftstag vorgebracht hat, beruht auf einem Irrtum. Wir stellen unsere Arbeiter nur durch die gewerkschaftlichen bezw. paritätischen Arbeitsnachweise ein. Die angenommene Kündigung Mückes war bereits die zweite. Er hatte schon früher einmal gekündigt. Ich habe mich mit Händen und Füßen gegen den Eintritt in seine Stellung gesträubt und sie nur auf Zureden angenommen. Schon lange bevor an meine Anstellung zu denken war, habe ich die Ansicht vertreten, daß derjenige, der für die Agitation angestellt wird — und das ist meine Stellung —, dem Vorstande angehören muß. Das habe ich denn auch bei meiner Anstellung verlangt. — Der Redner widerspricht der Annahme, daß die Agitation nicht großzügig betrieben werde und daß die Verwaltung keine Agitation mehr wolle. Falsch sei auch die Annahme, der Genossenschaftsrat sei nur zum Abwimmeln da. Daß Anträge abgelehnt werden, komme doch überall vor. — Wenn gesagt wurde, Kaufmann und Müller seien Leute, welche die Sozialdemokratie bekämpfen, so ist das nicht zutreffend. Beide sind Mitglieder der sozialdemokratischen Organisation und waren hervorragend in der Partei tätig. Wenn die andere Seite bemüht ist, die guten Beziehungen mit uns aufrechtzuerhalten, so soll es an uns nicht fehlen. Auch wir sind für Aufrechterhaltung der guten Beziehungen und werden weiterarbeiten im Interesse der konsumierenden Bevölkerung. (Schwacher Beifall.)

Hierauf wurde die Versammlung vertagt und der Verwaltung anheimgegeben, zur Fortsetzung der Debatte, wenn möglich an einem Sonntag, eine neue Versammlung einzuberufen.

Marktbericht von Berlin am 30. Oktober 1912. nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 36,00—50,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 5,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,80. Schmelzfleisch 1,60—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,20—6,50. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,40. Aale 1,60—3,20. Hander 1,40—3,60. Hechte 1,40—2,80. Barsche 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 2,00—30,00.

Frack- Verleih-Institut S. Berg Nachf. Borchardt. Friedrichstr 115 I, am Oranienb. Tor. Tel.: Nord 7402. 3714U*
Frack, Smoking, Gehrockanzüge, Chapeau claque, für jede Figur passend, vorrätig in verschiedenen Preislagen. Sehr große Auswahl, mäßige Preise.

Von Joh. Schulze, Greiz i. V. kauf. Sie sehr gut und billig neueste **Kleiderstoffe** für Damen und Herren. Reste n. Gewicht u. i. Kommission! Für Verkt. Herren, Frauen u. Geschäfte ges.

Strebsamer Gärtner
sucht auf 4 Morgen Gärtnereiland in zukunftreicher Lage an erster Stelle 3000 M. zu 5 Proz. Näheres Otto Trentepohl, Stolzenhagen bei Klosterfelde Kreis Nieder-Barnim.

Geschlechts-,
Haut- und Blasenleiden, nervöse Schwäche usw. „Ehrlich 606" Abt. für Chirurgie u. Beinkranke Ambulator. Dr. E. H. Geyer, Dorotheenstr. 63. Spr. 10-2, 6-8, Sonnt. 10—2. Konsultation 2 Mk. 252/16

Restaurant
mit kleinem Saal und Fremdenzimmer in der Nähe des Schlesischen Bahnhofes durch besondere Umstände billig zu verkaufen. Zu erfragen Große Frankfurterstraße 120, „Vorwärts"-Spedition.

A. Wertheim G. m. b. H.

Leipziger Str. 126–30 132–37
König-Str. am Bahnhof Alexander-Platz
Rosenthaler Strasse
Oranien-Strasse

Versand-Abteilung: Berlin W. 66, Leipziger Strasse 132-137

Die Firma A. WERTHEIM hat zu ähnlich lautenden Firmen keinerlei Beziehung

Grosser Lebensmittel-Verkauf

Soweit vorhanden. Inseriertes Obst, Gemüse, Wild und Fische sind von der Zusendung ausgeschlossen.

Ochsenfleisch

Schmorfleisch . . Pfd. 90 Pf.
Roastbeef Pfd. 90, ohne Knoch. 1.30
Filet im Ganzen, unausgeschält . . . Pfund 1.05
Kamm u. Querrippe Pfd. 70 Pf.
Brust u. Fehlrippe Pfd. 80 Pf.
Zunge Pfund 1.00, gepökelt 1.25

Schweinefleisch

Frisch. Schinken i. Ganz. Pfund 85 Pf.
Kamm und Schuft Pfd. 95 Pf
Koteletts . . . . . Pfund 1.05
Eisbein (Dickbein) Pfd. 75 Pf.
Liesen . . . . . Pfund 90 Pf.
Rückenfett Pfund 85, 90 Pf.
Kass. Rippespeer 85 Pf. bis 1.00

Konserven

Riesen-Stangenspargel 1/1 Dose 2.15
Riesen-Stangenspargel 1/2 Dose 1.10
Stangenspargel II . . 1/1 Dose 1.55
Stangenspargel II . . 1/2 Dose 83 Pf.
Stangenspargel III 1/1 Dose 1.30
Stangenspargel III 1/2 Dose 70 Pf.
Riesen-Bruchspargel 1/1 Dose 1.60
Riesen-Bruchspargel 1/2 Dose 85 Pf.
Bruchspargel 1/1 D. 1.00, 1/2 D. 55 Pf.
Bruchspargel ohne Köpfe 1/1 Dose 85 Pf.
Bruchspargel ohne Köpfe 1/2 Dose 48 Pf.
Kaiserschoten . . . . 1/1 Dose 1.05
Junge Schoten fein . 1/1 Dose 88 Pf.
Junge Schoten II . . 1/1 Dose 55 Pf.
Junge Schoten III 1/1 Dose 45 Pf.
Karotten I . . . . . 1/1 Dose 65 Pf.
Karotten . . . . . 1/1 Dose 50 Pf.
Karotten in Streifen . . 1/1 Dose 27 Pf.
Gemischt. Gemüse französ. Misch. 1/1 D. 1.35
Gemischt. Gemüse I 1/1 Dos. 95 Pf.
Gemischt. Gemüse II 1/1 Dos. 65 Pf.
Gemischt. Gemüse . 1/1 Dose 48 Pf.
Rosenkohl . . . . . 1/1 Dose 65 Pf.
Kohlrabi . . . . . 1/1 Dose 28 Pf.
Kohlrabiköpfe . . . . 1/1 Dose 45 Pf.
Brech- u. Schnittbohn. Ia 1/1 D. 45 Pf.
Morcheln 1/1 Dos. 1.15, 1/2 Dos. 63 Pf.
Schmorgurken 1/1 Dose 70, 1/2 Dose 40 Pf.
Tomatenpuree 1/1 Dose 65, 1/2 Dose 38 Pf.

Aprikosen 1/1 Frucht . . 1/1 Dose 1.20
Erdbeeren gefärbt . . 1/1 Dose 90 Pf.
Heidelbeeren . . . . 1/1 Dose 65 Pf.
Mirabellen . . . . . 1/1 Dose 68 Pf.
Mirabellen ohne Steine 1/1 Dose 90 Pf.
Melangefrüchte . . . 1/1 Dose 85 Pf.
Apfelmus . . . . . 1/1 Dose 60 Pf.
Pflaumenmus in Raffinade eingekocht, 1 Pfund-Dose 28, 2 Pfund-Dose . . 55 Pf.

Russische Sardinen Fässchen brutto ca. 2 kg. **1.00**

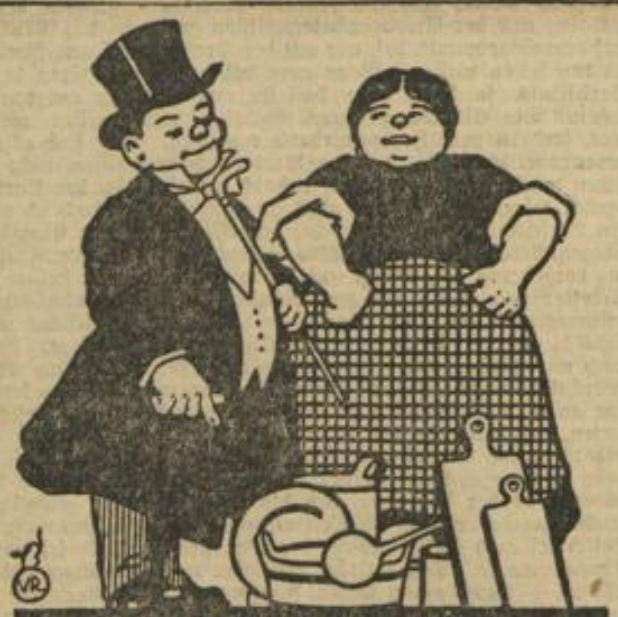
Senfgurken Glas **75** Pf., 1/2 Gall. **1.75, Zuckergurken** Gl. **80** Pf., 1/2 Gall. **1.85**

Bismarck-Heringe . . . Dose 43 Pf.
Brat-Heringe . . . . . Dose 43 Pf.
Filet-Heringe in Remouladen-Sauce . . Dose 78 Pf.
Forellenheringe . . . . Dose 48 Pf.
Heringe in Aspic . . Dose 30 Pf.
Rollmops in Remouladen-Sauce . . . . . Dose 48 Pf.
Sardellen 1/1 Gl. 1.25, 1/2 Gl. 70 Pf.
Holld. Sardellen 1/1 Gl. 1.60, 1/2 Gl. 85 Pf.
Gabelbissen . . . Dose 50, 80 Pf.
Appetit-Sild . . . Dose 38, 75 Pf.
Oelsardinen D. 38, 48, 1/2 Dos. flach 90 Pf.
Oelsardinen in Tomaten. Dose 55 Pf.

Fische

Kabeljau ohne Kopf, in ganz. Fisch. Pfd. 18 Pf.
Schellfische . . . Pfd. 20 Pf.
Bratschollen . . . Pfd. 12 Pf
Schollen . . . . . Pfd. 25 Pf.
Goldbarse . . . . Pfund 20 Pf.
Tafellachs in ganzen Fischen, Pfund 48 Pf.
Frischer Zander Pfund 65 Pf.
Stockfische . . . Pfund 65 Pf.
Frische Plötzen Pfund 20 Pf.
Grüne Heringe 2 Pfund 25 Pf.
Leb. Hechte in allen Grössen, Pfd. 85 Pf.
Schupp. Karpfen k. 1½ Pfd. schw., Pfd. 70 Pf.
Lebende Spiegel-Karpfen bis 1½ Pfund schwer, Pfund 75, darüber Pfund 89 Pf.

Ferner: Kolonialwaren, Fleischwaren, Butter u. Käse, Räucherwaren, Geflügel.



Du hast die Sachen wohl erneuert? Nein, die sind mit **Blendax** gescheuert.

Pakete zu 10 u. 20 Pfg
Fabrik: Urban & Lemm - Charlottenburg

Mein Mann hat einen schwachen Magen
Und kann nur bestes Fett vertragen!
Seit ich Palmin hab' eingeführt,
Er keinerlei Beschwerden spürt!
Und bei den hohen Butterpreisen
Möcht ich noch auf Palmona weisen
Die steht bei uns so köstlich frisch
Statt Butter nur noch auf dem Tisch!

H. Schlinck & Co. A.-G. Hamburg.
Alleinige Producenten von
Palmona & Palmin
Pflanzen-Butter-Margarine .. Pflanzenfett.

IVO PUHONNY

1 Mark
wöchentl. Teilzahlungen
liefere elegante fertige

Herren-Garderoben
: Ersatz für Maß :
Anfertigung n. Maß
Tadellos. Ausführung
Julius Fabian
Schneidermeister
Gr. Frankf. Str. 37 IV
Eingang Strausberger Platz.
II. Geschäft: Turmstr. 18
nur I. Etage, :: kein Laden. ::

Stoffe

für elegante Maßanzüge, Ulster, Paletots, Mtr. 4.—, 6.—, 8.— M. etc. Damenkostüm- und Ulsterstoffe, Mtr. 3.—, 4.—, 5.— M. etc. Loden f. Wetterpelerinen, Mtr. 1.50, 2.50 M, Persianer, imit., Mtr. 6.50, 8.50, 15.— M. etc. Velour du Nord-Plüsche, Seiden-Seal, Mtr. 5.50, 9.50, 15.— M. etc. für elegante Damenpaletots.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudtenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Achtung!
III. Etage — III. Etage
Reisemuster
Ulster, Paletots
Anzüge und Hosen
gebe an Private zu Fabrikpreisen ab.
Herrenkleider-Fabrik
J. Coper, Alexanderstr. 55 III. Fahrstuhl
(neben der Alexander-Kaserne)
Geöffnet bis 7 Uhr abends, Sonntags von 12–2 Uhr.

Wurst billiger!

Cervelatwurst	pr. Pfd. M.	1,30
Feine Leberwurst	„ „ „	0,90
Braunschweiger	„ „ „	0,90
Jagdwurst	„ „ „	0,90
Fleischwurst	„ „ „	0,70
Salzwurst	„ „ „	0,70
Polnische	„ „ „	1,00
Thüringer Rotwurst / Zwiebelleberwurst	„ „	0,55

J. Kabitz
Berlin C., Gontardstraße
— Ecke rechts —
vor dem Eing. d. Zentralmarkthalle

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Stadtverordneten-Versammlung.

28. Sitzung vom Donnerstag, den 31. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Michelet eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr.

Dem verstorbenen Stadtrat a. D. und Stadtältesten Ramslau widmet er einen ehrenden Nachruf, den die Mitglieder stehend anhören.

In den Ausschuß zur Vorberatung des Antrags Arons (Soz.) betr. die Feuerwehrleute und die Feuerpolizei sind auch die Stadtverordneten Brückner, Dr. Rosenfeld, Schneider, Stadthagen deputiert worden.

In gemeinsamer Sitzung mit dem Magistrat unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth erfolgt zunächst durch Zuruf die Wahl von 26 Mitgliedern und 12 Stellvertretern der Einkommensteuer-Berufungskommission.

Zur Beratung steht zunächst die Vorlage wegen Zahlung von Abfindungen aus dem Nachlasse der Witwe Stockhaus. Die Vorlage hat schon in der geheimen Sitzung am 17. Oktober zur Beratung gestanden.

Stadtv. **Dove** (A. L.): Es wird uns hier angesonnen, Abfindungen zuzustimmen, die zwei im Testament nicht bedachten Personen zufallen sollen. Wir haben eine Aussprache darüber in öffentlicher Sitzung für nötig gehalten, weil die Praxis der Verwaltungsbehörden die Testierfreiheit völlig aufzuheben droht. Im vorliegenden Fall ist die eine der beiden Personen überhaupt nicht mit dem Testator verwandt, die andere, eine verwandte Person, ist wegen Undanks des früher ausgesetzten Legats vom Testator wieder beraubt worden. Die Behörde verlangt nun die Berücksichtigung dieser angeblich zu Unrecht enterbten Person. Damit schreckt man von der Testierung zu gemeinnützigen Zwecken geradezu ab und führt eine Art Bevormundung ein, die wir uns nicht gefallen lassen sollten.

Stadtv. **Galland** (A. L.): Das Gesetz, dessen Tendenz durchaus zu billigen ist, wird auf diese Weise in seiner Tendenz übertrieben. Die Aufsichtsbehörde geht jetzt über die Berücksichtigung der Geschwister hinaus, sie verlangt auch die Berücksichtigung der Kinder der Geschwister und noch fernerstehender Verwandter. Voraussetzung des Gesetzes ist und bleibt, daß es sich um hilfsbedürftige Angehörige und um Fälle besonderer Härte und Unbilligkeit handelt. Die Feststellung dieser Voraussetzungen erfolgt doch aber einseitig durch die Verwaltung und ohne eidliche Vernehmungen. Die Behörde weiß aber sehr wohl: der Bien muß; wenn wir dem Zwange nicht weichen, bekommen wir zu der Schenkung die landesherrliche Genehmigung nicht. Hoffentlich führt diese öffentliche Erörterung Remedur herbei.

Stadtv. **Ladewig** (N. L.): Seit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches kennen wir auch nicht einmal ein Pflichtteilsrecht der Geschwister. In der Praxis lehnt aber der Oberpräsident ab, die Genehmigung nachzusuchen, wenn nicht alle, die einen Anspruch geltend machen, berücksichtigt werden. Dabei geht der Oberpräsident so weit, auch die Moral der Testatoren zu zensieren. Uns aber wird die Pistole auf die Brust gesetzt! Verständigerweise hat der Magistrat gegen die Verfügung des Oberpräsidenten remonstriert. Um die Sache dem allgemeinen Urteil zu unterbreiten, sind wir in die Oeffentlichkeit geflüchtet.

Stadtv. Dr. **Rosenfeld** (Soz.): Ich kann durchaus den Vorrednern beipflichten. Wir haben bei den verschiedensten Gelegenheiten, wo ähnliche Vorlagen an uns kamen, erwogen, wie Besserung geschafft werden kann; auch wir meinen, nur der Appell an die Oeffentlichkeit kann helfen. Auch der Magistrat hat sich ja oft genug gesträubt, die Bedingungen des Oberpräsidenten zu akzeptieren, aber ihm ist schließlich auch nichts übrig geblieben, als dem Zwange sich zu fügen. Eine Denkschrift des Magistrats sollte über die großen Schädigungen, die die Stadt dadurch erleidet, Auskunft geben. Allein in den letzten zehn Jahren sind den Armen oder sonstigen Bedürftigen auf diesem Wege Hunderttausende entgangen. Mit Hilfe einer solchen Denkschrift können wir vielleicht auch eher einen Erfolg erreichen.

Stadtv. **Mommsen** (Fr. Fr.) verspricht sich von dem Wege über die Oeffentlichkeit und die Presse nicht allzu viel. Man sollte den Magistrat ersuchen, die landesherrliche Genehmigung erneut und ohne Annahme der oberpräsidialen Bedingungen zu erbitten, dann wäre abzuwarten, ob der Minister wagen werde, die Genehmigung nicht zu befürworten. Die heutige Vorlage solle man ablehnen.

Stadtv. **Dove** wünscht noch nähere Auskunft über die Tragweite des Antrags Mommsen.

Stadtv. Dr. **Rosenfeld** beantragt zu diesem Zweck Ausschußberatung.

Stadtv. **Mommsen** hält solche für überflüssig.

Stadtv. **Cassel** (A. L.) ist der gleichen Meinung und schlägt vor, die Vorlage dem Magistrat mit dem Ansuchen zurückzugeben, von neuem darüber zu verhandeln, daß die Genehmigung ohne diese belastende Bedingung erteilt wird.

Aehnlich äußert sich Stadtv. **Galland**.

Stadtv. Dr. **Rosenfeld**: Drei bedeutende Juristen haben soeben etwa vier Meinungen geäußert. (Heiterkeit.) Das spricht doch um so mehr für Ausschußberatung; nur diese verbürgt eine einheitliche Beschlußfassung.

Bürgermeister Dr. **Reicke**: Wenn der Magistrat nach weitere Schritte in der Sache tun soll, so muß ihm die Vorlage zurückgegeben werden.

Nach weiterer Debatte wird im Sinne des Antrags Cassel beschlossen; auch Stadtv. Dr. Rosenfeld hatte sich zuletzt dafür ausgesprochen.

Durch Vorlage vom 17. Oktober hat sich der Magistrat dem Beschluß der Versammlung vom 27. April auf Schaffung der Stelle eines besoldeten städtischen Medizinalrats angeschlossen; die Stelle soll mit 15 000 M. Gehalt errichtet und gleichzeitig auch eine neue Stelle für einen unbesoldeten Stadtrat geschaffen werden.

Oberbürgermeister **Wermuth**: Die Vorlage will einen Streit auskehren, welcher die städtischen Körperschaften geraume Zeit in Anspruch genommen. Mein Amtsvorgänger war der festen Ueberzeugung, daß eine Vermehrung der Mitglieder des Magistrats grundsätzlich bedenklich sei, und suchte nach einem anderweiten Ausweg. Er führte die Direktorenvorlage unter Ihrem lebhaften Beifall hier ein. Aber gerade weil diese weitaus umfassender und bedeutender ist, kann sie der Beilegung der alten Meinungsverschiedenheit gefährlich werden. Die Organisation der städtischen Exekutive, die Minderung der Reibungen zwischen so vielen Organen, die Vereinfachung, Erleichterung und Beschleunigung des Geschäftsganges, das alles sind Aufgaben, welche nicht nur eines kraftvollen Entschlusses, sondern auch eines bis ins einzelne sorgfältig durchgearbeiteten Planes bedürfen. Davon kann man die Erledigung der Medizinalratsfrage nicht abhängig machen; der Streit darüber möchte sich dadurch vielleicht nur verschärfen. Diese Erwägungen haben den Magistrat veranlaßt, trotz der fortbestehenden Bedenken gegen eine Vermehrung seiner Zahl der Entwickelung des Medizinalwesens nicht weiter hinderlich zu sein. Er bietet Ihnen die Hand zu einer alsbaldigen und vorbehaltlosen Regelung. (Lebhafter Beifall.) Das Gleichgewicht zwischen besoldeten und unbesoldeten Mitgliedern soll zur Wahrung der Parität und der Selbstverwaltung beibehalten werden. Durch Ihre Zustimmung bitte ich Sie, die baldige Abfertigung der Vorlage zu ermöglichen. Auch der neue unbesoldete Stadtrat soll sich über Mangel an nutzbringender Beschäftigung nicht zu beklagen haben. (Heiterkeit.) Die Vorlage trägt einem lange gehegten Wunsche der Versammlung im Geiste der Selbstverwaltung Rechnung, durch ihre baldige Erledigung werden wir einen Stein aus dem Wege räumen und den Weg zu neuer praktischer Arbeit eröffnen. (Wiederholter lebhafter Beifall.)

Stadtv. Dr. **Weyl** (Soz.): Heute vor 14 Tagen haben wir aus anderem Anlaß anerkennen können, daß der Magistrat unter dem neuen Herrn große Umsicht und Tatkraft bewiesen hat; heute habe ich der aufrichtigen Genugtuung Ausdruck zu geben, daß auch diese bedeutungsvolle Frage so schleunig erledigt werden soll. Ich glaube, wir können frei nach Goethe bekennen: „Er gefällt uns wohl, der neue Bürgermeister!“ (Heiterkeit.) Die Sache ist nicht nur bedeutungsvoll dadurch, daß ein alter Stein des Anstoßes aus dem Wege geräumt wird. Schon 1856 stand auf Anregung der Armendirektion die Frage zur Erörterung. Was lange währt, wird gut; und daß die Frage heute spruchreif ist, darüber braucht nicht mehr des längeren gesprochen zu werden. Besonders bedeutsam aber ist die Frage ihres inneren Wertes halber. Zur Erhaltung des guten Rufes unserer hygienischen Einrichtungen, zur Förderung der gesundheitlichen Bedürfnisse unserer Bevölkerung ist es dringend notwendig, an die Spitze unserer vorzüglichen Einrichtungen einen vollbesoldeten verantwortlichen Mann zu stellen. Sehr häufig haben wir ihn in der Krankenhausdeputation vermißt. Wir haben ja schon einmal einen Mann in unserer Mitte gehabt, Rudolf Virchow, der zeitlebens als solcher gewirkt hat; nach seinem Tode aber mußte unsere Fürsorge nach einem Ersatzmann um so lebhafter werden, und diesen Ersatz glauben wir in dem Stadtmedizinalrat zu finden. Die Staatsregierung hat unser Verlangen, die Wohlfahrtspolizei uns zu übergeben, stets abgelehnt; jetzt wird uns wohl diese Uebertragung nicht mehr so leicht vorenthalten werden können. Daß ein solcher Mann an der Spitze des städtischen Sanitätswesens sehr verdienstvoll wirken kann, sehen wir an dem Beispiel einer großen Menge anderer Kommunen. Die jammervolle Zersplitterung vieler unserer sanitären und hygienischen Einrichtungen wird jetzt planvoll konzentriert werden mit einer Organisation, an deren Spitze der Medizinalrat steht. Wir hoffen, daß für den Posten eine hervorragende Kapazität gewonnen werden kann. Er soll nach unserem Wunsch das Gehalt der technischen Magistratsmitglieder erhalten. Der Magistrat hat 15 000 M. eingesetzt; dem von anderer Seite gestellten Antrag, ihn nach 3 Jahren mit 18 000 M. zu dotieren, stimmen wir zu. Wir haben die Abschlagszahlung des Medizinaldirektors abgelehnt auch aus dem Grunde, weil sich ein hervorragender Mediziner als Untergebener des Magistrats sehr schwer finden würde. Wir stimmen auch dem neuen unbesoldeten Stadtrat zu, der der Parität wegen hinzugewählt werden soll; aber es ist doch etwas Prinzipienreiterei, gerade in den unbesoldeten Stadträten die besonderen Wahrer der Selbstverwaltung zu erblicken. Der neue städtische Medizinalrat muß ein allseitig gut durchgebildeter Arzt sein, der auch insbesondere auf dem Gebiete der sozialen Hygiene mit Verständnis und Interesse sich betätigt und unter allen Umständen ein großzügiger Organisator. In dem Wahlausschuß werden wir uns entsprechend mit dafür einsetzen, daß der richtige Mann gefunden wird.

Stadtv. **Cassel**: Wir haben nicht geglaubt, daß diese Vorlage Veranlassung zu einer so langen Rede geben würde. Jedenfalls müssen wir dem Magistrat entgegenkommen, wenn er die Parität zwischen besoldeten und unbesoldeten Mitgliedern wahren will. Wir können die Vorlage nur mit Freude begrüßen. Wenn Kollege Dr. Weyl sagt, der neue Bürgermeister gefalle ihm, so können wir uns nur freuen, daß gerade er das gesagt hat. Aber auch der verstorbene Kirschner hat zuletzt der Meinung Ausdruck gegeben, er werde sich einem erneuten Versuch der Versammlung, einen Stadtmedizinalrat zu erlangen, nicht widersetzen. Unsere Aufgabe wird es sein, die einlaufenden Meldungen genau zu prüfen, um so mehr, als man schon die Namen der angeblich in Betracht kommenden Kandidaten wissen will. Die Stelle muß etwas besser dotiert werden. Von weitergehenden Forderungen absehend, werden wir dafür stimmen, daß, entsprechend dem Antrag Mommsen-Kyllmann, das Gehalt nach drei Jahren auf 18 000 M. erhöht wird. Ich glaube, der Magistrat hat sich ein Verdienst erworben, daß er uns diese Vorlage gebracht hat, und spreche die sichere Hoffnung aus, daß derselben viel Heil und Nutzen für unsere Bürgerschaft entspringen wird. (Beifall.)

Stadtv. **Mommsen**: Wir haben alle den Eindruck, daß aus sämtlichen Reden der Geist der Selbstverwaltung gesprochen hat. Da wir nicht alles allein machen dürfen, sondern die Genehmigung des Oberpräsidenten dazu gehört, möge alles getan werden, um eine möglichst große Beschleunigung dieser Angelegenheit herbeizuführen, damit der Wahlausschuß eingesetzt werden kann.

Stadtv. Dr. **Isaac** (N. L.): Auch wir begrüßen die Vorlage mit Freude und großer Genugtuung und sprechen dem Oberbürgermeister unsere Anerkennung aus. Es wird sich ja bald herausstellen, ob wir den richtigen Mann gefunden haben; bewährt er sich, so sind auch wir nicht abgeneigt, ihm sein Gehalt auf 18 000 M. zu erhöhen.

Die Vorlage wird darauf mit dem Antrag Mommsen-Kyllmann einstimmig angenommen.

Die Erweiterung des Kuratoriums der Handwerkerschulen und der Baugewerkschule wird nach dem Magistratsantrage ohne Debatte beschlossen.

Mit der Einsetzung einer gemischten Deputation zur Prüfung der Realkreditfrage hat der Magistrat sich einverstanden erklärt.

Der Errichtung eines Armenamtes im Süden der Stadt gibt die Versammlung ihre Zustimmung.

Schluß der öffentlichen Sitzung ½8 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Ueber die italienische Volkswirtschaft im Kriegsjahr.

Die Zeitschrift „Finanza Italiana“ wird demnächst ein Interview mit dem Ackerbauminister, dem Radikalen Nitti, über die Oekonomie Italiens im Kriegsjahr veröffentlichen. In den zwölf Monaten vom 1. September 1911 bis 31. August 1912 belief sich die Handelsbilanz des Landes auf 5602 Millionen Lire, mit einem Zuwachs gegenüber der entsprechenden Periode des Vorjahrs von 125 Millionen. Dieser Zuwachs bleibt nur um weniges hinter dem des Jahres 1911 zurück, das nur drei Monate Krieg einschloß. Wichtig ist, daß die Vermehrung nicht die Einfuhr sondern die Ausfuhr betrifft. Die Ausfuhr italienischer Waren stieg um 178 Millionen, während die Einfuhr aus dem Auslande um 53 Millionen zurückging. Diesen Rückgang führt Nitti darauf zurück, daß das Vorjahr einen übermäßigen Zuwachs der Einfuhr gebracht hätte. Von ausgeführten Fabrikwaren befinden sich nur die der Textilindustrie auf dem Abstiege; alle anderen haben ihre Ausfuhr vermehrt.

Im ganzen, meint der Herr Minister, übertriebe man die Schädigungen des Krieges. Allein in der Lombardei und in Ligurien fielen in einem Jahre der Tuberkulose mehr junge Leben zum Opfer, als der Krieg vernichtet hat. Das mag zugegeben werden, aber was beweist das? Teils fällt der Tuberkulöse seiner geringeren organischen Widerstandsfähigkeit zum Opfer, und sein Tod ist also für die Gesundheit und die Wirtschaft eines Volkes ganz anders zu beurteilen als das sinnlose Hingemähtwerden der Gesunden auf dem Schlachtfelde. Teils ist das ungünstige Milieu Ueberarbeit, Unterernährung, Luftmangel, also das soziale Elend für die Entstehung der Tuberkulose verantwortlich, und gerade auf diese Sterblichkeit sollte sich Nitti am wenigsten berufen. Mit den Hunderten von Millionen, die der Krieg verschlungen hat, hätte man in der Lombardei und in Ligurien Arbeiterwohnungen bauen, Seehospize schaffen, öffentliche Gärten anlegen können, die dauernd einen Teil der heute von der Tuberkulose Hingerafften hätten loskaufen können. Der Krieg dagegen hat Menschenleben und sozialen Reichtum zerstört und die Gewähr geschaffen für eine weitere Zerstörung an Leben und Besitz.

Der Minister weist ferner darauf hin, daß die Spareinlagen bei den Postkassen im Kriegsjahre um 42 Millionen gewachsen sind, daß der Fleischkonsum der Großstädte zugenommen hat, daß das Aktienkapital neugegründeter Gesellschaften in sechs Monaten des Kriegsjahres 90 Millionen mehr betrug als in den vorhergehenden sechs Friedensmonaten und schließt mit dem üblichen Hoch auf die italienische Rente, die in der Tat an Kursfestigkeit unter den 3½ prozentigen Papieren ihresgleichen sucht. Aber was beweisen diese Zahlen? Den wirtschaftlichen Aufschwung Italiens? Der ist eine unverkennbare Tatsache. Ebenso unverkennbar ist es aber, daß die durch den Krieg veranlaßte Verwüstung sozialen Reichtums diesem Aufschwung schädlich gewesen ist und weiter sein wird. Daß sie es nicht vermochte, diesen Aufschwung lahm zu legen, beweist durchaus nichts gegen den ungünstigen wirtschaftlichen Einfluß des Krieges. Im übrigen ist die Bilanz eines Kolonialunternehmens nicht gleich nach seinem offiziellen Abschluß aufzustellen. Da wird sich noch manche recht komplizierte Rechnung zeigen.

Soziales.

Die öffentliche Verteilung von Wahlschriften für Gewerbegerichtswahlen

betrifft eine wichtige Entscheidung des Kammergerichts. Sechs Bergleute (Kauermann, Wohlgemut und Genossen) hatten anfangs Dezember vorigen Jahres unter den Bergleuten zweier Zechen bei Bochum Druckschriften verbreitet, die sich auf die Wahlen zum Berg-Gewerbegericht bezogen. In den Schriften waren unter anderem die Gründe erörtert, die für die Wahlen bestimmter Kandidaten und gegen die Wahlen anderer Kandidaten sprachen. Die Verteiler wurden angeklagt, weil sie gegen die §§ 10 und 41 des preußischen Preßgesetzes verstoßen hätten, indem von ihnen eine polizeiliche Erlaubnis zu der Verteilung nicht eingeholt worden sei. Der § 10 des preußischen Preßgesetzes hat nach der Judikatur noch Gültigkeit in etwas abgeänderter Fassung, die er durch § 30 Absatz 2 des Reichspreßgesetzes erlangt hat. Danach ist die öffentliche, nichtgewerbsmäßige, unentgeltliche Verteilung von Plakaten, Bekanntmachungen und Aufrufen an eine vorherige polizeiliche Erlaubnis gebunden. Und die neuere Judikatur des Kammergerichts geht davon aus, daß eine Unentgeltlichkeit dann vorliegt, wenn der Verteiler vom **Publikum** kein Entgelt erhält. Das **Landgericht in Bochum** als Berufungsinstanz stellte fest, daß die Angeklagten vom „Publikum“ — von ihren Abnehmern — kein Entgelt erhalten hatten. Es sprach gleichwohl die Angeklagten frei, aber lediglich im Hinblick auf § 43 Absatz 4 der Gewerbeordnung, wonach eine polizeiliche Erlaubnis nicht erforderlich sei für die nichtgewerbsmäßige Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu **Wahlzwecken** in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltags bis zur Beendigung des Wahlaktes. Hier habe es sich um Druckschriften zu Wahlzwecken gehandelt, und die Verteilung sei auch nicht gewerbsmäßig gewesen, da die Angeklagten sie nur einmal und lediglich aus gewerkschaftlichem Interesse vorgenommen hätten. Daß es sich hier nicht um eine Wahl zu gesetzgebenden Körperschaften handelte, sondern um eine Wahl zum Gewerbegericht, sei vorliegend gleichgültig, da der hier in Betracht kommende Absatz 4 des § 43 der Gewerbeordnung nur von Wahlzwecken allgemein spreche und **nicht**, wie Absatz 3, von Wahlzwecken bei der Wahl zu gesetzgebenden Körperschaften. Aus diesen Gründen rechtfertige sich die Freisprechung.

Das Kammergericht gab der hiergegen eingelegten Revision der Staatsanwaltschaft statt, hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurück. Das Gericht führte aus: Das Landgericht würdige die Bedeutung des Absatz 4 des § 43 der Gewerbeordnung falsch, indem es ihn für sich allein betrachte. Er sei in Verbindung mit Absatz 3 desselben Paragraphen zu beurteilen. Absatz 3 besage: „Zur Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken bei der Wahl zu gesetzgebenden Körperschaften ist eine polizeiliche Erlaubnis in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung des Wahlaktes nicht erforderlich.“ Nun füge Absatz 4 hinzu, daß dasselbe auch gelten solle bezüglich der **nichtgewerbsmäßigen** Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken. Wenn nun auch in diesem Absatz 4 wörtlich nur von **Wahlzwecken** gesprochen werde, so ergeben doch seine Verbindung mit Absatz 3 und die Materialien zum Gesetz, daß auch Absatz 4 sich nur beziehe auf Wahlzwecke **bei Wahlen für gesetzgebende Körperschaften**. Der Wortlaut des Absatzes 4 spreche nicht dagegen. Somit entbinde auch Absatz 4 bei Wahlen, die nicht gesetzgebende Körperschaften betrafen, **nicht** von der polizeilichen Erlaubnis zur Verteilung von Wahlschriften, sofern sie sonst erforderlich wäre. Hier, bei der festgestellten, nichtgewerbsmäßigen, unentgeltlichen Verteilung wäre sie nach § 10 des preußischen Preßgesetzes erforderlich, wenn sie zugleich eine **öffentliche** gewesen wäre. Daß sie öffentlich erfolgte, habe aber das Landgericht noch nicht festgestellt. Das Landgericht müsse dies nachprüfen. Werde die öffentliche Vornahme der Verteilung in der neuen Verhandlung festgestellt, dann seien die Angeklagten zu verurteilen, denn es sei bereits festgestellt, daß die Angeklagten von den Empfängern der Druckschriften nichts erhalten hätten, es sich also gemäß der neueren Judikatur um eine **unentgeltliche** Verteilung im Sinne des preußischen Preßgesetzes handelte.

Arbeitertouristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 3. November, Wanderung von Baruth nach Paplitz, Forsthaus Wunder und Adlershorst, Neuhof. Abfahrt nach Baruth früh 6⁰⁰ vom Anhalter Bahnhof (4. Klasse).

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Wanderfahrt am Sonntag, den 3. November, nach Dahlewitz, Groß- und Klein-Kienitz, Mittenwalde, Schenckendorf, Königs-Wusterhausen. Abfahrt 8⁰⁰ Uhr Potsdamer Vorortbahnhof. Gäste willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29). Hamburg. (Filiale Berlin 7). Mitgliederversammlung am Sonntag, 3. November, vorm. 10 Uhr, Pasewalker Str. 3, bei Preppernau.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund. Oeffentliche Versammlung heute, Freitag, den 1. November cr., im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal V: Vortrag des Genossen Franke über: „Darwinismus und Marxismus“. Diskussion.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit“** ist soeben das 5. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Nach dem Kriege. Von Friedrich Austerlitz (Wien). — Güterpreise und Schutzzoll. Von Ernst Andrée. — Das, was war. Eine Erwiderung von Rudolf Hilferding. — Technisch-wirtschaftliche Rundschau. — Literarische Rundschau. — Notizen. — Zeitschriftenschau. Von G. E.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von **3,25 M.** pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet **25 Pf.**

Vom **„Wahren Jacob“** ist soeben die Nr. 23 des 29. Jahrganges zugegangen, die u. a. ein Porträt des verstorbenen Genossen Bömelburg enthält.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Von der **„Gleichheit“**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 3 des 23. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Fortschrittliche Volkspartei und bürgerliche Frauenbewegung. — Die Frauen und die Wahlen zur Angestelltenversicherung. I. Von F. O. II. Von A. R. — Lebensmittelteuerung und Unterernährung. Von L. Haase-Frisch. — Der freie Sonnabendnachmittag. Von Marta Hoppe. Schluß. — Das proletarische Kind. Von M. — Wie die Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes zu Berlin.

Hierdurch wird auf Grund des § 67 des Statuts bekannt gemacht, daß die Kasse zurzeit 10 087 Mitglieder hat und nach § 50 des Statuts daher

1. aus der Zahl der Kassenmitglieder 101 Vertreter,
2. aus der Zahl der Arbeitgeber 50 Vertreter

für die Jahre 1913 und 1914 neu zu wählen sind.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur solche Personen, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Die Wahl der Vertreter der Kassenmitglieder findet statt am

Sonntag, den 3. November 1912, vormittags von 10—12 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal III,

und die Wahl der Vertreter der Arbeitgeber am

Montag, den 4. November 1912, abends von 8—10 Uhr, im Kassenlokal, Sophienstr. 6.

Die Wahl ist geheim!

Zutritt zum Wahllokal haben nur solche Arbeitgeber resp. deren Vertreter, welche Beiträge an die diesseitige Kasse zahlen, und nur **wahlberechtigte** Mitglieder der genannten Kasse. Diese haben sich durch die **bis zum letzten Zahlungstermin abgestempelte Mitgliedskarte** sowohl bei dem Eintritt in das Wahllokal, wie zur Ausübung des Wahlrechts am Wahltisch **zu legitimieren. Zu diesem Zwecke werden die Herren Arbeitgeber ersucht, den bei ihnen beschäftigten Kassenmitgliedern die Mitgliedskarten rechtzeitig ordnungsmäßig auszuhändigen.**

Die Kasse ist am Wahltage geschlossen!

Berlin, den 19. Oktober 1912.

8135* **Der Vorstand.**
A. Daehne, Vorsitzender. K. Lehnig, Schriftführer.

„Paradiesgarten" Birkenwerder
Untermühle

Bußtag, den 20. November:

Großes Schlachtefest

wozu alle werten Vereine und Gönner freundlichst einladet
10506 **Der Paradieswirt.**

Gänse-Artikel täglich frisch

176/13 in großer Auswahl 171/14

Gänseklein, Gänsekeulen, frisch u. gepökelt, **Gänseliesen, Gänselebern** u. Gänseschmalz, Gänsekeulenfleisch, Gänseknochenfleisch, **große geräucherte Gänsekeulen** usw.

Hermann Leissner, Berlin C., Klosterstr. 93-95.
Eckhaus Kaiser-Wilhelm-Straße.

Hallo! Spare in der Zeit

beim Einkauf. Wir empfehlen Gelegenheitskäufe in neuen sowie gebrauchten Herren-Ulstern, Anzügen, Paletots rc. Letztere sind Maßsachen, sog. **Monatsgarderobe,** welche teils in feinsten Werkstätten (auch auf Seide) gearbeitet sind. Jeder Herr findet passende Garderobe. Früherer Anschaffungspreis bis 120 M., jetzt zu folgenden extra billigen Preisen.

Herren-Paletots	8.– 12.– 16.– 20.– M. rc.	**Rock-Anzüge**	12.– 16.– 20.– 24.– M. rc.
Herren-Ulster	10.– 14.– 18.– 22.– M. rc.	**Gehrock-Anzüge**	18.– 22.– 26.– 32.– M. rc.
Jackett-Anzüge	9.– 12.– 14.– 19.– M. rc.	**Herrenhosen**	3.– 5.– 6.– M. rc.

Verleihung von eleganten Frack- u. Gesellschaftsanzügen.

J. Wand Haupt-Geschäft **Gr. Frankfurter Str. 116,** an der Andreastraße — II. Geschäft: **Chausseestr 89,** vis-à-vis Liesenstr.

Sonntags nur von 12—2 Uhr geöffnet.

Offeriere in nur frischer, schöner Ware:
Nur ein Preis!
Fette, junge
Gänse pro Pfd. **73.**
8—16 Pfund schwer. 176/16*
Nur allererste Qualität!
Gänserümpfe, ½ Gänse,
fette Suppenhühner, junge Brathühner.
Wegner, Berlin SO., Mariannenstr. 34.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 1. November 1912.

Anfang 7 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Tristan und Isolde.

Anfang 7½ Uhr.

Königl. Schauspielhaus. Ein Waffengang.
Deutsches. König Heinrich IV. 2. Teil.
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Auf's Matterhorn. Hörsaal 8 Uhr: Professor Dr. P. Schwahn: Die Bewegungen der Himmelskörper. (Teil I: Von Ptolemäus bis Kepler.)
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Lessing. Tantris der Narr.
Kammerspiele. Mein Freund Teddy.
Schiller O. Die Kinder der Exzellenz.
Schiller-Charlottenburg. Flachsmann als Erzieher.
Berliner. Filmzauber.
Kleines. Magdalena.
Residenz. Gemütsmenschen.
Komödienhaus. Die Generalsecke.
Deutsches Schauspielhaus. Der gutsitzende Frack.
Thalia. Autostechen.
Theater am Nollendorfplatz. Orpheus in der Unterwelt.
Kurfürsten-Oper. Der Kuhreigen.
Kroll. Der Prinz Ratzi.
Montis Operetten. Der Frauenfresser.
Luisen. Die gelbe Gefahr.
Rose. Deutsch-Amerikaner.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Endlich allein.
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.
Trianon. Liebesbarometer.
Casino. Der Großfürst.
Reichshallen. Die Macht der Töne.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.

Anfang 8½ Uhr.

Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Geschlossen.
Lustspielhaus. Mein alter Herr.
Folies Caprice. Der keusche Joseph. Der Rehbock.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Liebelei. — Literatur.

Anfang 10 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Yvonne.
Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.
Passage. Spezialitäten.

Schiller-Theater O. Gaßner-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr: **Die Kinder der Exzellenz.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Des Pfarrers Tochter von Streladorf.**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Zopf und Schwert.**
Abends 8 Uhr: **Flachsmann als Erzieher.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr: **Flachsmann als Erzieher.**
Sonnabend, nachmittags 3.10 Uhr: Vorstell. des Vereins „Kinst. Theater": Wallensteins Lager. Die Piccolomini.
Sonnabend, abends 8 Uhr: **König Lear.**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Die Jüdin von Toledo.**
Abends 8 Uhr: **Die Kinder der Exzellenz.**

Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**

Theater am Nollendorfplatz
(Neues Schauspielhaus).
Täglich abends 8 Uhr:
Gastspiel des
Münchener Künstler-Theaters:
Orpheus in der Unterwelt.

Deutsches Schauspielhaus
(Komische Oper).
An allen Tagen der Woche 8 Uhr:
Der gut sitzende Frack.

Montis Operetten-Theater
(früher **Neues Theater**)
Abends 8 Uhr:
Der Frauenfresser.

Residenz-Theater.
8 Uhr: 8 Uhr:
Gemütsmenschen.
Schwank in 3 Akten
von Fritz Friedmann-Frederich.
Morgen und folgende Tage:
Gemütsmenschen.

Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: **Die gelbe Gefahr.**
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kindervorst.: König Drosselbart. Abends 8 Uhr: **Des andern Ehre.**
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Der Walzerkönig.** Abends 8 Uhr: **Des andern Ehre.**
Montag: **Des andern Ehre.**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Deutsch-Amerikaner.
Lebensbild in 5 Akten v. Georg Berger.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern von F. Freund, Musik v. Rud. Nelson. Tänze arrang. von Will Bishop. In Szene gesetzt vom Direktor R. Schultz.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr. Feier des 50jähr. Bühnen-Jubiläums
Martin Bendix.
Zur Aufführung gelangt:
Unsere Marine,
die alte bekannte American-Theater-Posse.
Das populäre Finkenduett mit M. Bendix und E. Schnabel usw.

Herrnfeld Theater
8 Uhr:
Die mit beispiellosem Lacherfolge aufgenommene Novität
Die Alpenbrüder.
10 Uhr:
Endlich allein!
Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Vorverkauf 11—2 (Theaterkasse).

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Abends 8 Uhr: **Die Macht der Töne.**
Sonntagnachm. 3 U. Der Kompagnieball

Passage-Panoptikum
Das grosse Naturwunder!
Die
HEILIGE WEISSE NEGERIN
und ihre schwarze Priester-Schwester.
Beide lebend ohne Extra-Entree zu sehen.

Deutsches Opernhaus
Charlottenburg. — Direktion: Georg Hartmann. — Bismarckstr. 34/37.

Eröffnungs-Vorstellung
Freitag, den 8. November 1912, abends 8 Uhr:
Fidelio.

Sonnabend, den 9. November 1912, 8 Uhr abends: **Fidelio.**
Sonntag, den 10. November 1912, 8 Uhr abends: **Fidelio.**

Den Aktionären werden auf schriftliches Ersuchen zu diesen Vorstellungen Billetts reserviert. Diese bis zum 2. November vorbestellten Billetts müssen bis 11 Uhr vormittags des der Vorstellung vorhergehenden Tages an der Theaterkasse gegen Kassenpreis abgenommen werden, da sonst anderweitig über dieselben verfügt werden müßte.

Montag, den 11. November 1912, 8 Uhr abends:
Erste Abonnements-Vorstellung: Fidelio.

Beginn des Billettverkaufs für sämtliche Vorstellungen am Montag, den 4. November 1912.

Die Theaterkasse ist geöffnet vormittags von 10—2 und nachmittags von 5—7. 175/2*

Preise der Plätze:

Orchestersitz	5,— M.	2. Rang	3,30 M.
1. Parkett	4,50 M.	3. Rang	1,70 M.
2. Parkett	4,— M.	Galerie	0,80 M.
1. Rang	6,— M.		

Eintrittskarten sind außerdem zu haben bei Hermann Tietz, Leipziger Straße, und beim Invalidendank, Unter den Linden 24.

Männer-Gesangverein „Namenlos"
(M. d. A.-S.-B.) Chormeister: Emil Thilo.

Sonntag, den 3. November, in der Brauerei Friedrichshain:

Konzert

Mitwirkende: Berliner Konzerthaus-Orchester, 40 Musiker
Dirigent: Franz v. Blon. Herr Julius Thornberg — Violine, 1. Konzertmeister des Philharmonischen Orchesters.
— Kinder unter sechs Jahren haben keinen Zutritt. —
Anfang pünktlich 6 Uhr.
Eintrittspreis **75** Pf. Im Vorverkauf **60** Pf.

Lützowstr. 76 Blüthner-Saal Lützowstr. 76
Sonnabend, den 2. Novbr. 1912, abends 8½ Uhr:

Konzert
des
Männer-Gesangvereins Liedertafel Berlin-West
M. d. D. A.-S.-B. Chormeister: Fritz Stempel.

Mitwirkende: Prof. Emil Prill, kgl. Kammervirtuos (Flöte), Max Saal, kgl. Kammermusiker (Harfe).
Konzertflügel: Blüthner.

Eintrittskarten à 1 M. bei den Mitgliedern, an der Kasse 1 M. 25 Pf.
Saalöffnung 7½ Uhr. 56/5
Kindern unter 10 Jahren ist der Eintritt nicht gestattet.

Urania
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Aufs Matterhorn!
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. P. Schwahn: Die Bewegungen der Himmelskörper. (Teil I: Von Ptolemäus bis Kepler.)

Theater Königstadt-Casino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
1 Min. v. Bahnh. Jannowitzbrücke.
Tägl. abends 8, Sonnt 5 Uhr:
Das große Novitäten-Programm und
Marsch aufs Staubesamt.
Große Posse in 1 Akt.

„Clou" :: Berliner :: Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Heute: **Doppel-Konzert!**
Berliner Konzerthaus-Orchester Dirig.: Fr. v. Blon, Komp.
Musikk. **1. Garde-Drag.-Regts.** Dirigent: Oberm. Baarz.
Anfang 8 Uhr. **Eintritt 50 Pf.** **Anfang 8 Uhr.**
An allen **Wochentagen** nachmittags: **Großes Konzert** bei **freiem** Eintritt.

UT Union-Theater

Heute in allen fünf Union-Theatern
Uraufführung:
Wenn die Maske fällt.
Schauspiel in 3 Akten von Urban Gad.
In der Hauptrolle:
Asta Nielsen
Außerdem die übrigen
Film-Neuheiten.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Das sensationelle Oktober-Programm
Robert Neesemann,
Berlins Lieblingshumorist mit neuen Schlagern. Riesen-Lacherfolg des lustigen Stückes **Der Großfürst.**
Sonntag 4 Uhr: **O diese Männer!**

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 58.
Freitag, den 1. November 1912:
Ueber'n großen Teich.
Lebensbild mit Gesang in 4 Akten von A. Philipp.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8¼ Uhr.

Zirkus Albert Schumann.
Heute Freitag, 1. November, abends 7½ Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
U. a.: **Neu für Berlin!**
Tripolitanische Reiter-Phantasie
auf 8 Kamelen und 1 arabischen Schimmelstute unter Leitung v. Hl. A. Blumenfeld.
Tilly & Dolly,
Diabolospielerinnen.
Um 9½ Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
Das größte und schönste Ausstattungsstück der Gegenwart.

Zirkus Busch.
Heute Freitag, 1. November, abends 7½ Uhr:
Debüt! Kapt. **Spaulding.**
Die Experimente Spauldings sind ebenso mysteriös wie unerreicht. Um sie zu glauben, muß man sie gesehen haben.
Debüt!
Albas sensationelle Kopffahrt durch den Zirkusraum.
Debüt!
Die unvergl. **Tourbillons,** akrobatische Lady Cyclisto. Neueste Produktionen!
Ferner:
Die 3 Blackburns,
neue freistehende Luftleiterarbeit auf dem Schiffsmast, sowie das
gesamte große Gala-Programm!
Zum Schluß:
Unter Gorillas
Große Pantomimen-Burleske in 4 glänzenden Bildern.
Avis! Sonntagnachmittag: **Unter Gorillas** ungekürzt.

Zirkus Barum
nebst großer
Raubtierdressurschau.
Erstkl. Kunstkapazitäten | Erstkl. Pferdematerial

Neukölln Terrain Pflügerstr. Tel. Amt Neukölln No. 1753.
Täglich abends 8½ Uhr:
Vorstellung.
Großstadtprogramm.
Zirkus ist geheizt.

Berliner Kindl-Brauerei-Ausschank
Hermannstraße 214/18. **Neukölln** Fernspr.: Neukölln 79.
Ab heute, 1. November cr.:
Neue Bewirtschaftung
Gute Küche u. Getränke. Angenehmer Familienaufenthalt. 4 Kegelbahnen.
Donnerstag u. Sonntag: Künstler-Konzert bei freiem :: Entree. ::
Den verehrl. Vereinen, Gewerkschaften, Korporationen usw. stehen **Säle** zur Abhaltung von Versammlungen, Konzerten, Festlichkeiten usw. zur Verfügung.
Um geneigten Zuspruch bittet hochachtungsvoll
Robert Bergner, Oekonom.

Folies Caprice.
Zum **62.** Male
Die drei Schlager:
Der keusche Joseph.
Der Rehbock.
Der Einbrecher.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Liebesbarometer.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am Mittwoch verstarb unser Mitglied, der Bauanschläger

Julius Metz

Kottbuser Damm 6, Bezirk 137.

Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

206/18 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis

Görlitzer Viertel. Bez. 146 I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin

Charlotte Mauff

Naunynstr. 68, gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 1/4 4 Uhr, von der Halle des Lutzen-Kirchhofes, Bergmannstraße, aus statt.

220/15 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis

Am 28. d. M. verstarb unser Genosse, der Schleifer

Franz Janke

Liebenwalder Str. 43.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 2. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des städt. Friedhofs, Seestraße, Ecke Müllerstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

233/16 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Monteur

Wilh. Martinke

Driesener Str. 5

am 28. d. M. an Nierenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Niederschönhausen-Nordend aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Schleifer

Franz Janke

Liebenwalder Str. 43

am 29. d. M. an Nierenleiden.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 2. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in der Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Bauanschläger

Julius Metz

Kottbuser Damm 6

am 30. d. M., an Magenleiden.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 2. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstr., aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet

126/7 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

E. H. Filiale Neukölln II.

Nachruf.

Am 25. Oktober verstarb unser Mitglied, der Tischler

Willi Macholl

(Weichselplatz 2).

Ehre seinem Andenken!

258/6 **Die Ortsverwaltung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes

Erwin

sagen wir allen daran Beteiligten herzlichsten Dank.

668 **Familie Radtke.**

Billige Angebote

haltbarer, bewährter und preiswerter

Berufs-Kleidung

Manchester-Anzüge Joppe 2reihig warm gef. **11.90** Weste **3.60** Hose **6.75**
Marke Gambrinus. Aeußerst dauerhaft.

Herkules-Leder-Hosen Allein-Verkauf. Gestreift oder einfarbig. Kernig und stark. **4.50**
Beste Arbeit. Bund aus einem Stück. Schwere Taschen ..... M.

Weiße Kellner-Jackette Vorzüglich in Wäsche . M. **3.65** u. **2.50**

Pa blaue Monteur-Jackette Köper od. Drell, luft- u. waschecht. Extra lang. Verriegelte Taschen. Gesetzl. geschützt M **2.45**

Setzer-Kittel ..... 3.10 2.50 | **Maler-Kittel** 2.90 2.00

Berufs-Kleidung für alle Zweige der Gewerke und Industrie

BaerSohn

Berlin — Gegründet 1891

Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Schutz-Kleidung für Sanitätsdienst und gewerbe-polizeil. Vorschriften

Haupt-Katalog Nr. 46 (Berufs-Kleidung) postfrei!

Beerdigungsverein der Zimmerleute Groß-Berlins.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kamerad und Zimmerpolier

Friedr. Niekammer

am 30. Oktober an Gallenblasenentzündung im Krankenhause Friedrichshain verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 2. November, 3 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Friedrichshain aus statt.

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Paul Dummer

am 24. d. M. im Alter von 36 Jahren durch Unfall verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Matthias-Friedhofes, Marienhöhe bei Mariendorf, aus statt.

68/3 **Die Bezirksverwaltung.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters

Robert Rosin

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Gesangverein „Namenlos", insbesondere Herrn Wiehle für die trostreichen Worte am Grabe des Entschlafenen unseren tiefgefühltesten Dank.

758 **Agnes Rosin geb. Eckart. Martha Rosin.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Großvaters

Karl Anders

sagen wir allen Beteiligten, vor allem der Hauptexpedition, den Alten, den Spediteuren, den Botenfrauen und den Funktionären Moabits, den Bezirken des 6. Wahlkreises und dem „Männerchor von Moabit" unseren herzlichsten Dank.

41a **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes

Alfred Enigk

sage ich allen Kollegen, sowie dem Verbande der Staatsarbeiter meinen besten Dank.

37a **Frau Enigk.**

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz

10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Bauhilfsarbeiter.

Sonntag, den 3. November, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Anton Boekers Festsälen, Weberstraße 17.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. Moses: „Der Kinderreichtum im Arbeiterhaus." 2. Diskussion. 3. Vorschläge zu Verbandstagsdelegierten. 4. Sektionsangelegenheiten.

147/1 **Die Sektionsleitung.**

Sonntag, den 3. November, vormittags 10 Uhr, in den Industrie-Festsälen, Beuthstraße 19/20:

Mitglieder-Versammlung der Akkordmaurer.

Tagesordnung:

1. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Akkordmaurer.
2. Die Vorgänge auf den Bauten der Aktiengesellschaft in Zehlendorf. 3. Verschiedenes.

Die Sektionsleitung.

?

Oeffentliche Frage:

?

Wo ist in Berlin N die vorteilhafteste Bezugsquelle für **Möbel** heißt **Wie**

?

Brunnen-Str. 120 Nur **Otto Piehl**

Otto Piehl

liefert reell und kulant

Billigste Kassapreise, trotzdem kulante Teilzahlung

Küchen . 48-180 M.
Sofas . . 52-480 M.
Büfetts 125-550 M.
Vertikos 38-72 M.
Betten von 35-75 M. an
Stühle von 2.00 M. an

Kompl. Einrichtung von 230 M. an.

Moderne Wohn- oder Schlafzimmer 235 bis 800 Mark

Kleiderschränke v 38-72 M.

Nachruf.

Hierdurch erfüllen wir die traurige Pflicht, bekannt zu geben, daß am Mittwoch, den 30. Oktober 1912 unser Betriebsleiter

Friedrich Appelt

aus dem Leben geschieden ist.

Wir verlieren in ihm einen humanen und gerechten Vorgesetzten und werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren!

Die Arbeiter der Firma Deutsch-Oesterreichische Geldschrank- und Automatenbau-Gesellschaft m. b. H. Berlin-Weißensee.

1061b

Achtung! Polen. Achtung!

Erster Berliner Reichstagswahlkreis.

Sonntag, den 3. Nov., nachm. 2 Uhr:

Oeffentl. Polen-Versammlung

im **Restaurant Körning,** An der Stralauer Brücke 3.

Es ist Pflicht eines jeden Polen, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

206/18 Die Agitationskommission der P. P. S.

Verband der Lederarbeiter

Filiale Berlin I.

Sonntag, den 3. November, vormittags 10 Uhr, Prinzenallee 23:

Versammlung

Tagesordnung

1. Die Bedeutung der Gewerbegerichtswahlen. Referent: E. Brückner. 2. Abrechnung vom III. Quartal. 4. Verbandsangelegenheiten.

143/19

Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht. **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt Norden, Nr. 1239. | Verwaltungsstelle Berlin Charitéstraße 3. | Hauptbureau: Hof III. Amt Norden, Nr. 1267.

Sonntag, den 3. November 1912, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung

aller in der Metallindustrie beschäftigten Maschinen-Arbeiter und Arbeiterinnen

in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelmstr. 18m, großer Saal:

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Siering über: „Balkankrieg und Wirtschaftskrise". 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es notwendig, daß die Kollegen und Kolleginnen zahlreich und pünktlich erscheinen.

Sonntag, den 3. November 1912, vormittags 10 Uhr:

Versammlung

aller im 15. Bezirk beschäftigten Eisen-, Metall- und Revolverdreher sowie Rundschleifer

in dem Lokal von Sachon, Müllerstraße, Ecke Seestraße.

132/6

Tagesordnung:

1. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Dreher in den Berliner Betrieben und welche Maßnahmen müssen zu einer Besserung ergriffen werden. Referent: Kollege Müller. 2. Diskussion. 3. Wahl des Bezirksobmannes. 4. Verschiedenes.

In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung erwarten wir, daß alle Kollegen unbedingt pünktlich erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme.

Zentrum: Albert Hahnisch, Ackerstr. 174, am Koppenplatz.
2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Kirchdachstr. 14, hochparterre. S. und SW.: Hermann Werner, Gneisenaustr. 72.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Wengels, Gr. Frankfurterstr. 120. — Richard Hackelbusch, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15.
5. Wahlkreis: Leo Zucht, Immanuelkirchstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
Wedding: J. Hönisch, Nazarethkirchstraße 43.
Rosenthaler und **Oranienburger Vorstadt:** Wilhelm Baumann, Rheinsbergerstr. 67, Laden.
Gesundbrunnen: Fischer, Bastianstr. 6, Laden.
Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Greifenhagener Str. 27.
Adlershof: Karl Schwarzlose, Bismarckstr. 50.
Alt-Glienicke: Wilhelm Dürre, Köpenickerstr. 6.
Baumschulenweg: H. Hornig, Marienthalerstr. 13, I.
Bernau, Röntgental, Zepernick, Schönow, Schönbrück und **Buch:** Heinrich Broie, Mühlenstr. 5, Laden.
Bohnsdorf, Falkenberg und **Falkenhorst:** Alois Lauf, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies".
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Selenheimerstraße 1
Eichwalde, Schmöckwitz: Oskar Mahle, Stubenrauchstr. 99.
Erkner, Neu-Zittau: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
Fredersdorf-Petershagen, Eggersdorf: E. Höselbarth, Petershagen.
Friedenau, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: H. Bernsee, Albrechtstr. 5 in Steglitz.
Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Werkmann, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal, Rudow: Pielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst: Richard Küter, Rödelstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen, Wildau: Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 13.
Köpenick: Emil Bißler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifel, Wartenbergstraße 1 (Laden).
Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: P. Hetzberg, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.
Mariendorf: August Leitz, Chausseestr. 296, Hof.
Marienfelde: Emil Weinert, Berliner Str. 114 II.
Neuenhagen, Hoppegarten: Gustav Ley, Wollerstraße.
Neukölln: M. Heinrich, Neckarstr. 2, im Laden; Neukölln, Britz: Rohr, Siegfriedstraße 28/29.
Nieder-Lehme: Karl Freitag.
Nieder-Schöneweide: Wilhelm Unruh, Brückenstr. 10, II.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17, II.
Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: Nitzmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und **Schönholz:** P. Gurich, Provinzstr. 56, Laden.
Rummelsburg, Boxhagen, Stralau: A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schenkendorf b. Königs-Wusterhausen: Chr. Hantschke, Dorfstraße 10.
Schöneberg: Wilhelm Bäumler, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seegefeld und **Falkenhagen:** Köppen, Breitestr. 64.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. **Reinickendorf-West:** Paul Kienast, Borsigwalde, Räuschstraße 10.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 16.
Tempelhof: Joh. Krohn, Borussiastr. 62.
Treptow: Rob. Gramenz, Kietzholzstraße 412, Laden.
Weißensee, Heinersdorf: R. Fuhrmann, Sedanstr. 105, part.
Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmsaue 27.
Zeuthen, Miersdorf: Ernst Hüttig, Zeuthen, Miersdorfer Str. 14.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

2. Geschäft: **Grosse Frankfurter-Str. 110** zwischen Andreasstrasse und Strausberger Platz.
3. Geschäft: **Charlottenburg, Nehringstrasse 34** (Ecke Magazinstr.).

Kaufen Sie jetzt! Kaufen Sie jetzt!

Sensationell billige Angebote!

solange Vorrat.

1000 Paar hochelegante Damenstiefel

in den chicksten Fassons, streng moderne Formen, imit. Chevreau und Rosschevreau, Derby, Lackkappe, Wert bedeutend höher, jetzt nur
6.25 5.75
4.95 4.65

Erstaunlich billig

1000 Paar Rindbox- u. Rosschevreau-Kinder-Stiefel, sehr dauerhaft, kräftige Schulstiefel, mit und ohne Lackkappe
23-24 25-26 27-30 31-35
2.25 2.95 3.75 4.25

800 Paar

Rindbox-, im. Chevreau- u. Rosschevreau

Herrenstiefel,

mit und ohne Lackkappe, neueste Formen, auch Zug und Schnalle, jetzt nur
6.75 6.25 5.95

Sie werden staunen!

Ein grosser Posten **Filzschnallenstiefel** m. Ledersohle
20-24 25-26 27-30 31-35 36-42 43-46
0.95 1.10 1.35 1.65 1.95 2.95

Kamelhaarstoff-Schnallenstiefel, 36-42 **1.95,** 43-46 **2.45**
Kamelhaarstoff-Hausschuhe, 36-42 **1.45,** 43-46 **1.95.**

Lackhalbschuhe

mit Derby u. div. Einsätzen, entzückende Formen, sehr schick, zum Knöpfen u. Seitenschnüren, erheblich unter Preis, jetzt nur
6.75 6.25
5.90 5.85

Bad Frankfurt

Große Frankfurter Straße 136

Sämtliche Bäderarten

Lieferant für alle Krankenkassen.

Tadellos 1 M.

wöchentliche Teilzahlung liefere elegante

Herren-Moden

fertig und nach Maas.

Garante für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung

J. Kurzberg, Mass-Schneiderei
Rosenthaler Strasse 36, I, am Hackeschen Markt
Frankfurter Allee 104, part., Ecke Friedenstrasse
Reinickendorfer Strasse 4, am Weddingplatz.

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch **Pichelswerder,** an der neuen Heerstraße beim **Alten Freund.**

Der modernste ULSTER

Vollendete Erzeugnisse unserer Kleiderwerke

Nr. 7. Flausch m. anders-farbiger Rückseite **36.— M.**
Nr. 10 Prima Flausch, aparte Farben . . **50.— M.**
Nr. 13 Echt engl. Flausch la Verarbeitung . **70.— M.**

Baer Sohn

Chausseestraße 29-30
Gr. Frankfurter Str. 20
BERLIN Gegr. 1891
11 Brückenstraße 11
Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Hauptkatalog Nr. 46 eine Sammlung neuester Herbst- u. Winter-Moden kostenlos und portofrei.

„Roland" Schuhwaren

Vertriebsgesellschaft m. b. H.

Königstrasse 53-54.

Schuhwaren-Einzel-Verkauf zu Engross-Preisen

Tischlerverein zu Berlin.

Sonnabend, den 2. November, in Kliems Festsälen:

41. Stiftungsfest

Konzert, Soiree der Elite-Gesellschaft Mantheyr Lustige Sänger und Ball.

Anfang 8½ Uhr. Eintritt 50 Pf.

Tanz frei.

Freunde und Gönner des Vereins ladet ein

1060b **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse der Uhrmacher zu Berlin.

Montag, den 11. November 1912 abends 9 Uhr:

Ordentl. General-Versammlung

im Restaurant Schultheiß, Neue Jakobstraße 24/25.

Tagesordnung:

1. Wahl der Vertreter für das Jahr 1913 (17 Arbeitgeber, 35 Arbeitnehmer).
2. Wahl des Vorstandes (8 Arbeitgeber, 6 Arbeitnehmer).
3. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Rechnungen des Jahres 1912.
4. Beschlußfassung über den Antrag des Vorstandes auf Zulassung der Kasse gemäß Artikel 17 und 18 des Einführungsgesetzes zur R.-V.-O.
5. Verschiedenes. 280/13

Gustav Laetsch, Vorsitzender. **Robert Dreßler,** Schriftführer.

Ortskrankenkasse für Pankow.

Folgender Nachtrag hat die Genehmigung des Bezirksausschusses erhalten und tritt mit dem heutigen Tage in Kraft:

Sechster Nachtrag
zu den
Satzungen der Ortskrankenkasse für Pankow vom 5. Oktober 1903 / 19. Januar 1904

beschlossen in der Generalversammlung vom 27. November 1911.

§ 14, Absatz 3. Die Worte von „die Hälfte" bis „Betrages" werden gestrichen und dafür folgende Worte eingesetzt: „den im § 13, Ziffer 3 als Krankengeld festgesetzten Betrag."

§ 14, Absatz 4. Statt „10. Teil" soll gesetzt werden „5. Teil".

§ 20, Absatz 1 erhält folgende Fassung:

Für den Todesfall eines Mitgliedes gewährt die Kasse ein Sterbegeld, und zwar:

a)	Für Mitgl.	d. 1.	Klasse	135,— M.
b)	„	„ 2.	„	105,— „
c)	„	„ 3.	„	75,— „
d)	„	„ 4.	„	52,50 „
e)	„	„ 5.	„	50,— „

Vorstehender Nachtrag tritt nach erfolgter Genehmigung mit dem Tage der Veröffentlichung durch den Vorstand in Kraft. 280/17

Berlin-Pankow, 1. November 1912.
Otto Nißmann, Vorsitzender.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität. Ortsgruppe Berlin.

Touren

zum Sonntag, den 3. November.

1. Abt.: 1 Uhr: Mönchmühle. Start: Bülowstr. 58.
2. Abt.: 7 Uhr: Alt-Töplitz. 1 Uhr: Wannsee (Fürstenhof). Start: Schönleinstraße 6.
3. Abt.: 12 Uhr: Hirschgarten (Kartoffel- und Heringstour); bei schlechtem Wetter per Bahn. Start: Lausitzer Platz 12. 13/5
5. Abt.: 2 Uhr: Pichelswerder (Alter Freund). Start: Elysium.
6. Abt.: 10 und 1½ Uhr: Adlershof (Wöllstein). Start: Oderberger Straße 28.
7. Abt.: 1½ Uhr: Weidmannslust („Schweizerhaus"). Start: Schulstraße 20.
8. Abt.: 12½ Uhr: Buch. Start: Stephanstr. 11.
10. Abt.: 1 Uhr: Zehlendorf (Besichtigung des Erziehungsheims. Start: Gr. Frankfurter Str. 30.

Achtung!

Durch die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel veranlaßt, haben wir das Thema zu dem am Bußtag in der „Neuen Welt" stattfindenden Lichtbildervortrag geändert wie folgt:

Reisebilder aus dem Balkan

u. a. auch aktuelle Bilder am Kriegsschauplatz. — Näheres: Inserat am 17. November im „Vorwärts".

Charlottenburg
2 Uhr nachmittags: Wannsee.

Zahnarzt

Dr. med. Wilhelm Klausner
in Wien approb.
:: verzogen nach ::
Flensburger Str. 28
Sprechstunden für Kassenpatienten 9-10, 3-4.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Zur Ersatzwahl im 1. Berliner Reichstagswahlkreise.

Nur noch wenige Tage trennen die Wähler des ersten Berliner Reichstagswahlkreises von dem Wahltermin. Am kommenden Dienstag, den 5. November, sollen die Wähler entscheiden, wer in Zukunft den ersten Wahlkreis im Reichstag vertreten soll. Unsere Genossen müssen deshalb alle Kräfte anspannen, um den Kreis für uns zu gewinnen. Bei der diesmaligen Wahl fällt besonders der Umstand ins Gewicht, daß auf Grund der alten Wählerlisten gewählt wird.

Wahlberechtigt sind alle Wähler, deren Namen in den Wählerlisten vom Januar enthalten sind, ganz gleich, ob die Betreffenden noch im Wahlkreise wohnen oder inzwischen verzogen sind.

Die inzwischen verzogenen Wähler sind zum Teil schwer zu ermitteln, aber gerade ihre Stimmen können bei der Wahl von ausschlaggebender Bedeutung sein. Es ergeht hiermit an alle Wähler, die im Januar in den Wählerlisten des ersten Wahlkreises gestanden haben, die dringende Aufforderung, sich am Dienstag, den 5. November, dem Wahltage frei zu machen und ihre Stimme dem sozialdemokratischen Kandidaten Wilh. Düwell zu geben.

Wahlen zur Angestelltenversicherung

finden am Sonntag, den 3. November, in den nachfolgenden Orten des

Kreises Niederbarnim

statt: Lichtenberg, Bernau, Alt-Landsberg, Liebenwalde, Birkenwerder, Friedrichsfelde, Karlshorst, Friedrichshagen, Kalkberge, Kaulsdorf, Lübars, Pankow, Reinickendorf, Rosenthal, Oberschöneweide, Hohenschönhausen, Niederschönhausen, Stralau, Tegel, Weißensee, Wittenau, Buch, Wandlitz, Hohenneuendorf, Mahlsdorf, Waidmannslust, Borsigwalde, Hermsdorf, Frohnau, Glienicke, Franz.-Buchholz, Schönholz usw.

Gewählt wird in der Zeit zwischen 12—5 Uhr. Wer nicht im Besitz der Versicherungskarte ist, lasse sich diese sofort von seinem Prinzipal aushändigen. Ohne Versicherungskarte kein Wahlrecht.

Wir fordern die Kollegenschaft auf, für die Liste II, Freie Vereinigung, zu stimmen.

Das Wahlrecht übe man frühzeitig aus.

Radfahrer wollen sich um 10½ Uhr im Zentralwahllokal der Freien Vereinigung für den Kreis Niederbarnim melden; dieses befindet sich bei Richard Herrmann, Reinickendorf-Ost, Markstr. 4.

Stimmzettel sind vor den Wahllokalen zu haben.

Der Freien Vereinigung angeschlossen sind folgende Organisationen: Zentralverband der Handlungsgehilfen, Verband der Bureauangestellten, Bund der technisch-industriellen Beamten, Bund kaufmännischer Angestellten, Verband der Lagerhalter, Werkmeisterverband für das Deutsche Buchbindergewerbe, Verband der Kunstgewerbezeichner, Deutscher Zuschneiderverband, Allgemeine Vereinigung Deutscher Buchhandlungsgehilfen.

Das Tableau für die Wahl veröffentlichen wir in der morgigen Nummer.

Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis. Der diesjährige wissenschaftliche Vortragszyklus, bestehend aus 6 Vorträgen mit Lichtbildern, beginnt am Freitag, den 1. November, abends pünktlich 8½ Uhr, in den „Germania-Prachtsälen" (großer Saal), Chausseestr. 110. Das Thema lautet: „Menschenkunde". Vortragender: Genosse Dr. Drucker.

Die Vorträge finden am Freitag, den 1., 8., 15., 22., 29. November und 6. Dezember statt. Preis der Teilnehmerkarte für alle 6 Vorträge 60 Pf. Karten sind noch im Wahlvereinsbureau, Neue Hochstraße 23 I, bei den Funktionären sowie am Eingang des Saales zu haben.

9., 10. und 11. Abteilung: Volkstümlicher Liederabend am Sonnabend, den 2. November, in den „Germania-Prachtsälen", Chausseestr. 110. Mitwirkende: Herr Emil Thilo, einleitender Vortrag. Frau Wichmann-Vogt, Lieder für Sopran. Herr C. Burckhardt, Lieder für Bariton. Herr Emil Thilo, Klavier. „Sängerchor Wedding", Chormeister Herr Emil Thilo. Anfang abends 8¼ Uhr. Eintritt 50 Pf.

Bohnsdorf und Umgegend. Der hiesige Arbeiter-Bildungsausschuß veranstaltet am 4., 11., 18., 25. November und 2. Dezember 1912 einen Vortragskursus über Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus: Der theoretische Teil des Erfurter Programms. Vortragender: Genosse Julian Borchardt. Erster Vortrag: Die ökonomischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus. Die Vorträge werden im großen Saale des Herrn Bakofzer (Villa Kahl) stattfinden. Anfang pünktlich 8¼ Uhr. Teilnehmerkarten a 50 Pf., die zu allen fünf Vorträgen berechtigen, sind noch zu haben beim Genossen Otto Klemm, Paradiesstr. 7. Um rege Beteiligung ersucht

Der Bildungsausschuß.

Alt-Glienicke. Am Sonntag, den 3. November, nachmittags 3 Uhr, findet beim Genossin Viganskv, Rudower Str. 54, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: Die Religion zur Unterdrückung des Volkes. Referenten: Genossen Adolf Hoffmann und Adolf Harndt. Der Ortsgeistliche ist brieflich eingeladen.

Rosenthal (Wilhelmsruh). Freitag, den 1. November, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung im 1., 2., 3. und 4. Bezirk von den Zahlabendlokalen aus.

Hermsdorf und Glienicke. Die Parteigenossen werden ersucht, sich Sonntag, den 3. November, nachmittags pünktlich um 2 Uhr, im „Forsthaus" zu einer Parteiarbeit einzufinden.

Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen. Am Sonntag, den 3. November, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal von Otto Paetsch eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Volksentrechtung, Volkselend und Kriegsgefahr. Referent: Genosse Klütz-Neukölln.

Die Flugblattverbreitung findet Sonntag früh 8 Uhr von der bekannten Stelle aus statt.

Parteigenossen und Genossinnen! Sorgt für Massenbesuch dieser Versammlung.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Der alte, langwierige Streit um den Stadtmedizinalrat ist nun endlich beigelegt. Daß die Stadt Berlin für ihr Gesundheitswesen einen hervorragenden Fachmann braucht, der dem Magistrat als besoldetes Mitglied angehören muß, hatte die Stadtverordnetenversammlung zuletzt im April dieses Jahres erklärt. Nunmehr hat auch im Magistratskollegium sich eine Mehrheit für diese Forderung gefunden, die längst hätte erfüllt sein müssen. Das Kollegium soll um eine Stelle für einen Stadtmedizinalrat vermehrt werden, und es soll dann, damit das Gleichgewicht zwischen besoldeten und unbesoldeten Magistratsmitgliedern aufrecht erhalten bleibt, auch eine neue Stelle für noch einen unbesoldeten Stadtrat geschaffen werden. Oberbürgermeister Wermuth führte die Vorlage ein mit einigen Worten der Begründung, die auch an den früheren Streit zwischen den beiden Körperschaften der Stadt erinnerte. Er hob hervor, daß nicht wegen der geplanten allgemeinen Reformen von denen für die Stadtverwaltung eine Vereinfachung und Beschleunigung des Geschäftsganges erhofft werde, die Lösung der Medizinalratsfrage noch weiter hinausgeschoben werden dürfe. Der Antrag des Magistrats wurde von den Rednern aller Gruppen der Stadtverordnetenversammlung mit Befriedigung begrüßt. Genosse Weyl, der für die sozialdemokratische Fraktion sprach, gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Stadtmedizinalrat der Zersplitterung des städtischen Gesundheitswesens ein Ende machen werde. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. Der Beschluß, durch den das Magistratskollegium von bisher 34 Mitgliedern auf 36 vermehrt wird, bedarf zunächst der Genehmigung des Oberpräsidenten.

Von der Jugendpflege der Lehrerschaft.

Wie in den Gemeindeschulen Berlins die nach Erfüllung der Schulpflicht zu entlassenden Knaben und Mädchen für die Jugendklubs gewonnen werden können, darüber wurde kürzlich in einer Zusammenkunft der Leiter und Leiterinnen dieser Klubs verhandelt. Die Versammlung war einberufen worden vom Jugendpflegeausschuß des Berliner Lehrervereins und dem beim Verein Berliner Volksschullehrerinnen bestehenden Ausschuß für soziale Bestrebungen, und an ihr beteiligten sich neben Lehrer und Lehrerinnen auch Vertreter mehrerer Vereine für Jugendpflege sowie im Auftrage des Oberpräsidenten ein Regierungsrat. Der dem Jugendpflegeausschuß des Berliner Lehrervereins angehörende Gemeindeschullehrer Ebert schilderte in seinem Referat, wie er — so sagt ein Bericht der „Pädagogischen Zeitung" — „durch zwanglose Veranstaltungen schon während der Schulzeit seine Schüler zu gewinnen trachtet."

Wir empfehlen hiernach allen Eltern, gegenüber solchen „zwanglosen Veranstaltungen" von Lehrern und Lehrerinnen bei etwa an die Kinder gerichteten Aufforderungen zur Teilnahme sich stets vor Augen zu halten, daß eine Förderung der Jugendklubs beabsichtigt sein kann. Davon hängt der ganze Erfolg dieser Klubs ab, daß die Lehrer und Lehrerinnen den starken Einfluß, den sie auf die noch nicht aus der Schule entlassenen Knaben und Mädchen noch auszuüben vermögen, für die rechtzeitige Werbung von Mitgliedern zu nutzen suchen. Sind die Kinder erst aus der Schule entlassen und ihrem Einfluß entzogen, dann ist es für Lehrer und Lehrerinnen sehr viel schwerer, noch an die Kinder heranzukommen. In aufgeklärten Arbeiterfamilien, wo die Eltern den Zweck und das Ziel dieser von der Regierung gewünschten und geförderten Jugendpflege kennen, wird kein Junge und kein Mädel bereit sein, den Klubs beizutreten. Wenn die Lehrerschaft durch „zwanglose Veranstaltungen" für die Klubs werben will, so wird sie sich nicht wundern dürfen, daß Arbeiterfamilien auch ihr eine tüchtige Portion Mißtrauen entgegenbringen und ihre Kinder den Lehrern und Lehrerinnen außerhalb der Schulzeit möglichst fernhalten. Darüber, ob ein Kind nach der Schulentlassung einem Jugendklub beitreten soll oder nicht, haben nicht Lehrer und Lehrerinnen zu bestimmen. Vor wie nach der Schulentlassung ist es Sache der Eltern, hierüber nach eigenem Ermessen zu entscheiden. Wir halten übrigens für selbstverständlich, daß Lehrer und Lehrerinnen sich stets vergewissern, ob die sich etwa beteiligenden Kinder die Zustimmung der Eltern haben.

Angesichts der zielbewußten Agitation, die von der Lehrerschaft der Gemeindeschulen Berlins für die Jugendklubs getrieben wird, begreift man es, daß die Jugendklubs sich sehr rasch vermehrt haben. Eine amtliche Mitteilung hierüber findet sich zum ersten Male in dem neuesten Jahresbericht der Schuldeputation, der zu melden weiß, daß im Schuljahr 1911/12 sich an 142 Gemeindeschulen Jugendklubs bildeten und diese „mit wenigen Ausnahmen sich stets eines guten Besuches erfreuten." Der Bericht fügt hinzu, daß auch „bereits die Arbeit des Jungdeutschlandbundes, die an den Gemeindeschulen zugelassen wurde, eingesetzt" habe. Man sieht, wem in dem Ringen um die Jugend die Schule und die Lehrerschaft ihre Hilfe gewähren. Wir glauben nicht, daß der Schule dieses Beginnen zum Segen gereichen wird. Die Arbeiterbevölkerung wird es bedauern, daß dabei die Beziehungen zwischen Schule und Haus, zwischen Lehrer und Eltern verschlechtert werden müssen. Aber kein Vater und keine Mutter wird sich dadurch beirren lassen, in dem Kampf um die Jugend der Arbeiterklasse ihre Pflicht zu tun.

Neuerungen auf der Hoch- und Untergrundbahn.

Die seit längerer Zeit angekündigten Neuerungen im Betriebe der Hoch- und Untergrundbahn werden am Sonntag, den 3. November, eingeführt.

Es wird dann der neue Kreuzungsbahnhof „Gleisdreieck" dem Verkehr übergeben, allerdings teilweise noch in provisorischer Gestalt. Von Sonntag ab gibt es auf der Hoch- und Untergrundbahn nur Züge einerseits zwischen dem Stadtinnern und dem Westen und andererseits zwischen dem „Gleisdreieck" und dem Osten. Die Verbindungen von Osten nach dem Stadtinnern wie nach dem Westen erfordern vorläufig ein Umsteigen auf dem Bahnhof „Gleisdreieck". Erst nach Vollendung der neuen Ergänzungsstrecke vom Gleisdreieck durch die Kurfürstenstraße nach dem Wittenbergplatz wird dann ein durchgehender, selbständiger Ost-Westverkehr eingerichtet. Die Annehmlichkeit engerer Zugfolge für den Fahrgast tritt jedoch schon jetzt ein. Der vom Osten kommende Fahrgast kann jetzt alle Züge ohne Unterschied bis zum Gleisdreieck benutzen, während er bisher Züge mit einer seinem Reiseziel nicht entsprechenden Fahrtrichtung unbenutzt vorbeifahren lassen mußte. Umgekehrt benutzen die vom Westen und Stadtinnern kommenden Fahrgäste ebenfalls, ohne daß sie auf die Zielstation des Zuges zu achten brauchen, jeden herankommenden Zug und steigen, sofern sie nach dem Osten wollen, auf Bahnhof „Gleisdreieck" um. Das Warten auf den „richtigen" Zug, durch das bisher oft Zeit verloren ging, fällt also fort.

Gleichzeitig mit der neuen Betriebsweise tritt ein geänderter Tarif in Kraft, und ferner werden zur Vermeidung von Verzögerungen im Verkehr auf den Bahnsteigen und zur Ermöglichung schnellerer Zugabfertigung Rauchervagen in den Zügen — wie bei fast allen sonst bestehenden Schnellbahnen — nicht mehr geführt.

Was die Aenderung des Tarifs betrifft, so fährt man von jetzt ab in dritter Klasse für 10 Pf. bis zur fünften Haltestelle (bisher bis zur vierten), für 15 Pf. bis zur achten (bisher siebenten), für 20 Pf. bis zur zwölften (bisher zehnten), für 25 Pf. bis zur siebzehnten (bisher dreizehnten Haltestelle) und für 30 Pf. über die ganze Strecke; die Preise in der zweiten Klasse sind 15, 20, 30, 35 und 40 Pf. Der neue Bahnhof „Gleisdreieck" wird hierbei immer mitgezählt. Mit Ausnahme der den Bahnhof „Gleisdreieck" berührenden Fahrten der ersten und zweiten Verkehrszone (bis zur fünften und bis zur achten Haltestelle) bedeutet also der neue Tarif eine Verbilligung für sämtliche Fahrten.

Die bisherigen Fahrkarten verlieren vom 3. November ab ihre Gültigkeit, können aber bis Januar nächsten Jahres an den Schaltern gegen die neuen, weiterreichenden Fahrkarten umgetauscht werden.

Der kollektive Arbeitsvertrag der städtischen Arbeiter. Am Dienstag tagte der Ausschuß zur Prüfung des sozialdemokratischen Antrages betr. Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrages für die städtischen Arbeiter und Angestellten unter Vorsitz des Genossen Sassenbach. In der Generaldebatte wurde von bürgerlicher Seite bestritten, daß die Stadt einer Organisation gleichzuachten sei, die Tarifverträge abschließt, ebensowenig sei die Stadt als Privatunternehmer zu betrachten. Infolgedessen könne es sich äußersten Falles nur um bindende Abmachungen mit den einzelnen Arbeiterkategorien handeln, nicht mit den in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen. Unsere Genossen legten demgegenüber gerade auf letzteres besonderen Wert: nur das sei der Kern des kollektiven Arbeitsvertrages, das Wesen des Tarifgedankens, ganz gleich, ob die Stadt bezw. der Magistrat als Gegenkontrahent als Organisation oder Einzelunternehmer zu betrachten sei. Nur dadurch sei es möglich, die Arbeitsverhältnisse in den städtischen Betrieben einheitlicher und stabiler zu gestalten. Jetzt seien noch die verschiedenartigsten Arbeitszeiten bei gleichen Arbeiterkategorien, dasselbe sei bei den Löhnen der Fall. Die Arbeiterausschüsse in verschiedenen städtischen Betrieben seien nicht das, was man unter einer gleichberechtigten konstitutionellen Einrichtung versteht. Dem wurde vom Magistratsvertreter entgegengehalten, daß ein neues Regulativ für die Arbeiterausschüsse in Vorbereitung sei und demnächst der Stadtverordnetenversammlung zugehen soll.

Unsere Genossen wiesen noch hin auf einige allerdings kleinere Städte, wo derartige kollektive Arbeitsverträge schon vorhanden seien. Es wurde beschlossen, diese Verträge sich zunächst kommen zu lassen, ferner gelangte ein Antrag unserer Genossen zur Annahme, den Ausschuß des hiesigen Gewerbegerichts um ein Gutachten anzugehen über die Zweckmäßigkeit bezw. Durchführbarkeit kollektiver Arbeitsverträge für die Stadt Berlin. Schließlich wurde noch ausdrücklich gewünscht, der Magistrat möge das angekündigte Regulativ für die Arbeiterausschüsse baldmöglichst der Stadtverordnetenversammlung zugehen lassen. Damit wurden die weiteren Beratungen vertagt.

Ein altes Berliner Original feiert heute sein fünfzigstes Bühnenjubiläum: Martin Bendix genannt der Urkomische. Bendix ist den alten Berlinern vom Amerikantheater her in aller Erinnerung. In diesem früher in der Dresdener Straße belegenen Varieté feierte der Vater des Berliner Humors seine Triumphe und sorgte an dieser Stelle durch seinen trockenen Witz nicht weniger denn 25 Jahre hintereinander für die Lachmuskeln seiner Zuhörer. Sieben Jahre wirkte Bendix am Herrnfeld-Theater, eine Zeitlang auch am Apollo-Theater. Wer früher Gelegenheit hatte, den Urkomischen zu hören, wird die Verdienste des Jubilars um den Berliner Humor zu schätzen wissen.

Wegen Unterschlagung von etwa 15 000 M. Spar- und Kirchengeldern ist der Vorsteher der Neu-apostolischen Gemeinde in Charlottenburg, Kaufmann Johannes Kienast, verhaftet worden. Die Unterschlagungen liegen teilweise schon längere Zeit zurück. Bei dem Bau des Gemeindehauses in der Wilmersdorfer Straße waren die Baugelder teilweise von den Gemeindemitgliedern aufgebracht worden und durch die Hände des Vorstehers gegangen, der sie aber nicht an den Obervorstand abgeführt, sondern unterschlagen hat.

Ein Todesopfer hat der Zusammenstoß auf der Jannowitzbrücke leider nun doch gefordert. Der 50 Jahre alte Bauarbeiter August Klingenberg aus der Frankfurter Allee 60 ist gestern nachmittag im Krankenhaus Bethanien seinen Verletzungen erlegen. Der Verstorbene ist jener Mann, der besinnungslos im Abteil eines Wagens des Nordringzuges aufgefunden und mit einem Rettungswagen nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht wurde. Klingenberg war bei den Museumsbauten an der Kaiser-Friedrich-Brücke beschäftigt. Er hatte Nachtschicht gehabt und trat morgens um 7 Uhr den Heimweg an. Auf dem Bahnhof Börse bestieg er den Nordringzug, um nach der Haltestelle Warschauer Straße zu fahren und von dort, wie immer, zu Fuß nach Hause zu gehen. Es sollte seine letzte Fahrt werden. Vergeblich wartete Frau Klingenberg auf die Heimkehr ihres Mannes, der sonst immer sehr pünktlich war. Als sie von dem schweren Eisenbahnunfall auf der Jannowitzbrücke hörte, eilte sie, von einer bösen Ahnung getrieben, nach dem Bahnhof und fragte nach ihrem Manne. Unter den mehr als fünfzig Namen, die dort schon verzeichnet waren, fand man den ihres Mannes nicht. Man rechnete aber gleich damit, daß noch nicht alle Verletzten sich gemeldet hatten und es kam hinzu, daß ein unbekannter Mann schwer verletzt und besinnungslos nach einem Krankenhause weggebracht war. Die geängstigte Frau suchte jetzt die Krankenhäuser ab und fand ihren Mann in Bethanien. Dort lag er an Bein- und Beckenbrüchen und einer Gehirnerschütterung bewußtlos und hoffnungslos danieder. Schon um 2 Uhr verschied der Verunglückte, der seine Frau mit vier Kindern im Alter von 10 bis 19 Jahren hinterläßt. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht, weil wegen der Schuldfrage die Todesursache durch Obduktion genau festgestellt werden muß.

Aus Not in den Tod. In der Herberge erhängt hat sich der 37 Jahre alte Möbelpolierer Theodor Kopf, dessen persönliche und Familienverhältnisse nicht näher bekannt sind. Der Mann kam vorgestern, anscheinend auf der Wanderschaft, von außerhalb hierher und kehrte in einer Herberge in der Koppenstraße ein. Als er gestern nicht zum Vorschein kam und auf das Klopfen des Hausvaters auch keine Antwort gab, so öffnete man seinen Schlafraum und fand ihn tot auf. Er hatte sich am Bettpfosten erhängt. Es ergab sich, daß er keinen Pfennig mehr besaß, und man nimmt an, daß die Mittellosigkeit ihn in den Tod getrieben hat.

Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich gestern mittag an der Ecke der Schönhauser Allee und Schönenschenstraße. Als dort das 4½ Jahre alte Töchterchen Erna des Schlossers Meizer aus der Schönenschen Straße 4 spielte und dabei über den Fahrdamm laufen wollte, kam von der Schönhauser Allee her ein Privatkraftwagen angefahren. Der Chauffeur versuchte noch das Automobil zum Stehen zu bringen. Dies gelang ihm jedoch nicht mehr rechtzeitig und die Kleine geriet unter die Räder, die ihr über Kopf und Brust hinweggingen. Der Kraftwagenführer hob das schwerverletzte Kind auf und fuhr damit zur Hilfswache in der Gaudystraße. Kurz nach der Ankunft starb es aber. Die Räder hatten dem Mädchen die Brust und die Schädeldecke eingedrückt.

Im Leichenschauhause erschossen hat sich gestern mittag der 56 Jahre alte Ziegeleibesitzer J. aus Berlin. Der Mann sah sich eine Weile eine dort ausgestellte unbekannte Leiche an, zog dann einen Revolver aus der Tasche und tötete sich durch einen Schuß in die rechte Schläfe.

Ein schwerer Unfall hat sich Mittwoch nachmittag beim Bau des neuen Aquariums im Zoologischen Garten ereignet. Zur Speisung der verschiedenen Glasbehälter sollte ein Wasserreservoir errichtet werden, das beinahe vollkommen fertiggestellt war. Ehe der Behälter mit Wasser gefüllt wurde, sollte der 25jährige Bauarbeiter Fritz Berndt, Posener Straße 18 wohnhaft, das Innere des ziemlich großen Gewölbes noch einmal prüfen. Offenbar verunglückte der Arbeiter beim Einsteigen in den Schacht und stürzte auf den Boden des Reservoirs, wo er besinnungslos liegen blieb. Den übrigen Arbeitern fiel das Fehlen ihres Kameraden nicht auf und so verließen sie am Nachmittag den Neubau, ohne nach Berndt zu forschen. Als die Maurer gestern morgen an die Arbeit gehen wollten, wurde das Fehlen des B. bemerkt und einige seiner Arbeitskollegen erinnerten sich, den jungen Mann nicht mehr gesehen zu haben, seitdem er in das Reservoir hinabgestiegen war. Zwei Maurer begaben sich deshalb schleunigst in das Gewölbe und fanden Berndt auf dem Boden blutüberströmt liegen. Sie schafften ihn schleunigst nach der nahen Unfallstation am Zoo, wo der Arzt einen Schädelbruch sowie innere Verletzungen feststellte und die Ueberführung des Verunglückten nach dem Krankenhaus am Urban veranlaßte.

In größter Lebensgefahr schwebten in der vorletzten Nacht fünf Frauen in der Garderobe des Varietés „Olympia", G. m. b. H., in der Bessellstraße 22, Ecke der Friedrichstraße. Dort war ein Schlauch der Gasleitung bei offenen Gashähnen von der Verbindung gelöst worden, und ohne daß man die Gasausströmung bemerkt hatte, wurden die fünf Frauen ohnmächtig. Zum Glück wurde die Gefahr von dritten Personen bemerkt und die Feuerwehr sofort benachrichtigt. Diese sperrte die Gasleitung ab, lüftete überall und flößte sämtlichen Frauen mit Erfolg Sauerstoff ein. Sie erholten sich dann auch so weit, daß sie sich in ihre Wohnungen begeben konnten. Ein ähnlicher Fall trug sich im Hotel Schneider, „Bayerischer Hof", Königstraße 39, zu. Dort Ecke der Klosterstraße wurde der Hausdiener in der Nacht bewußtlos in seinem Zimmer aufgefunden, in dem ein Gasofen steht. Vermutlich durch ungenügende Verbrennung von Gas im Ofen konnten Gase entweichen. Der Hausdiener wurde ohnmächtig aufgefunden. Den Bemühungen der Samariter des 17. Löschzuges gelang es dann, den Hausdiener zu retten.

Von einem Bierfaß totgequetscht wurde gestern nachmittag der Brauereiarbeiter Max Lukatisch aus der Gürtelstraße 55 zu Reinickendorf-West. Der Mann war mit Arbeitskollegen in der Brauerei Schultheiß in der Lichterfelder Straße mit dem Verladen von Fässern beschäftigt. Hierbei wurde er zwischen einem großen Faß und der Wand eingeklemmt. Obwohl äußere Verletzungen nicht sichtbar waren, starb der Verunglückte auf der Stelle. Wahrscheinlich hat er schwere innere Verletzungen erlitten. Die Leiche wurde deshalb zur genaueren Feststellung der Todesursache beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

In der Generalversammlung der Konsumgenossenschaft in der Brauerei Friedrichshain ist ein schwarzes Damen-Portemonnaie gefunden worden. Abzuholen im Bureau der Konsumgenossenschaft, Lichtenberg, Rittergutstr. 22/26.

Verloren. Auf dem Postamt 16, Köpenicker Straße, ist eine Brieftasche mit Verbandsbuch und Invalidenkarte auf den Namen Chruszcz verloren gegangen. Es wird gebeten, selbiges auf dem Bureau der Schuhmacher, Blankenfeldestraße 10, abzugeben.

Gesangliche Veranstaltungen. Der Männergesangverein „Namenlos" veranstaltet am Sonntag, 3. November, in der Brauerei Friedrichshain ein Konzert unter Mitwirkung des Berliner Konzerthaus-Orchesters (F. Blon) und des Herrn Julius Thornberg, Violine. Eintritt 75 Pf., im Vorverkauf 60 Pf. Anfang 6 Uhr.

Der Männer-Gesangverein Liedertafel „Berlin West" (M. d. A.-S.-B.) veranstaltet am 2. November im Blüthner-Saal ein Konzert. Mitwirkende Künstler: Professor Emil Prill, Königlicher Kammervirtuos (Flöte) und Herr Max Saal, Königl. Kammermusiker (Harfe). Eintrittskarte 1 M.

Eine rote Saffianbrieftasche, die ein Verbandsbuch der Tapezierer Nr. 21159, Orts-Nr. 2992 und ein Mitgliedsbuch der freien Hilfskasse der Tapezierer Nr. 2973 enthielt, ist in Neukölln oder Hasenheide verloren gegangen. Der Finder der Tasche wird gebeten, dieselbe bei G. Göhring, Neukölln, Fuldastr. 2, vorn II links, oder beim Verband der Tapezierer, Engelufer 15, abzugeben.

Die Stadtverordnetenwahlen in Neukölln

für die dritte Abteilung finden am Sonntag, den 3. November, in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends statt. Gewählt wird im 1., 4., 5., 9., 12., 16., 20. und 23. Bezirk. Die Wahlperiode der Genossen Wermuth, Wutzky, Hagen, Runge, Wilke, Müller, Dr. Silberstein und Conrad endet mit dem Schluß dieses Jahres.

Nachstehend bringen wir das Wahltableau:

Wahlbezirk 1, umfassend: Bürknerstraße, Friedelstr. 18—46, Hobrechtstraße 24—62, Kottbuser Damm 73—103, Maybachufer 1—21, Pflügerstraße 1—10 und 70—82, Sanderstraße, Schinkestraße, Spremberger Straße.
Wahllokal: Robert Draeger, Schinkestr. 6—7.
Kandidat: Wilhelm Paetzel, Buchhändler, Hobrechtstr. 26—27

Wahlbezirk 4, umfassend: Harzer Straße 1—8, Jansastraße, Kaiser-Friedrich-Straße 16—37 und 213—235, Köllnisches Ufer 66—74, Lohmühlenplatz, Lohmühlenstr. 25—36, Maybachufer 46—66, Pflügerstr. 26—51, Offastraße, Rütlistraße, Tellstraße, Weichselplatz, Weichselstr. 11—60, Weserstr. 17 bis 41 und 181—200, Wiesenufer.
Wahllokal: Turnhalle der 31. und 32. Gemeindeschule, Rütlistraße 41—42.
Kandidat: Emil Wutzky, Gewerkschaftsbeamter, Mareschstr. 14.

Wahlbezirk 5, umfassend: Berliner Str. 18—40 und 71—92, Donaustraße 1—23 und 111—131, Erlanger Straße, Fuldastr. 1—10 und 53—61, Münchener Str. 1—13 und 42—55a, Weichselstr. 1—10 und 61—69.
Wahllokal: Turnhalle der Mädchenmittelschule, Donaustr. 129.
Kandidat: Wilhelm Schuch, Maurermeister, Ockerstr. 3.

Wahlbezirk 9, umfassend: Bergstr. 1—42 und 127—163, Berthelsdorfer Straße, Donaustr. 55—84/85, Goethestraße, Richardstr. 1—25 und 98—120, Rosenstraße.
Wahllokal: Hermann Bölke, Bergstr. 24.
Kandidat: Wilhelm Ziechmann, Eigentümer, Weichselstr. 59.

Wahlbezirk 12, umfassend: Bergstr. 69—106, Dammweg, Elsterstraße, Grenzallee, Kanner Straße, Kniebeckstr. 1—5 und 147—150, Köllnische Allee, Lahnstraße, Mittelbuschweg, Naumburger Straße, Richardstraße 54—63, Saalestraße, Thüringer Straße, Unstrutstraße, Wipperstraße, Zeitzer Straße.
Wahllokal: Willi Elias, Bergstr. 110/111, Ecke Saalestr. 1/2.
Kandidat: Gustav Behrens, Eigentümer, Kniebeckstr. 106.

Wahlbezirk 16, umfassend: Grüner Weg, Leinestraße, Lichtenrader Straße 23—38, Neheistraße, Oderstr. 5—39, Okerstraße, Schillerpromenade 16 bis 28, Wartheltraße, Weiserstr. 26—40.
Wahllokal: Friedrich Meyer, Hermannstr. 199.
Kandidat: Hermann Bredow, Eigentümer, Steinmetzstr. 7.

Wahlbezirk 20, umfassend: Boddinstr. 10—22 und 42—57, Falkstraße 8—19, Hermannstr. 39—55 und 208—222, Jägerstr. 19—64, Mainzer Straße 27—36, Prinz-Handjery-Str. 35—53, Zietenstr. 19—66.
Wahllokal: Turnhalle der 29. und 30. Gemeindeschule, Boddinstraße 54/56.
Kandidat: Dr. R. Silberstein, prakt. Arzt, Berliner Str. 93.

Wahlbezirk 23, umfassend: Berliner Str. 1—17 und 93—107, Biebrichstraße, Mainzer Str. 1—26 und 37—60, Münchener Str. 14—41, Reuterstraße 1—26 und 66—99.
Wahllokal: Turnhalle der Realschule, Boddinstr. 34/41.
Kandidat: Wilhelm Conrad, Kassenbeamter, Hermannstr. 50.

Eine neue Spaltung

hat sich unter den Kommunalfortschrittlern gebildet; die Verteilung der Kandidaten ist die Ursache gewesen. Aber bis zum Dienstag — dem Tage der Wahl in der zweiten Klasse — kann sich ja die Situation noch ein paarmal ändern. Die umstrittenen Kandidaten sind wie schon mitgeteilt wurde, der Rektor Winter, außerdem aber auch noch der jetzige Stadtverordnete Prange. Die Altbürgerlichen haben sich noch redliche Mühe gegeben, die feindlichen Brüder unter einen Hut zu bringen. Bisher umsonst. Seitens der Bürgerlichen werden jetzt also zwei Kandidatenlisten präsentiert, eine von den Kommunalfortschrittlervereinen, Grundbesitzerverein Kaiser-Friedrichstadt, Fortschrittlicher Bezirksverein Nord, Verein städtischer Beamten, Militäranwärter- und Postbeamtenverein und den Altbürgerlichen.

Diese stellen folgende Kandidaten auf:

II. Abteilung: 1. Bezirk: Eigentümer Schmidt und Kaufmann Heyde; 3. Bezirk: Rentier Gröpler und Rektor Winter; 4. Bezirk: Maurermeister Steingräber; 5. Bezirk: Rentier Gnidowski; 6. Schneidermeister Deter und Sozietäts-Obersekretär Fischer.

Der Verein der Fortschrittlichen Volkspartei, die Fortschrittlichen Bezirksvereine Ost, West und Süd und die Schulpolitische Vereinigung Neukölln präsentieren eine Kandidatenliste, die insofern von der eben erwähnten Abänderungen enthält, als an Stelle des Rektor Winter im 3. Bezirk der Bankbeamte Zarling, und im 6. Bezirk an Stelle des Sekretär Fischer der jetzige Stadtverordnete Kaufmann Prange aufgestellt wird.

Ueber die Kandidatur Prange wird dann noch mitgeteilt, daß besonders die Lehrer diese Kandidatur propagieren, wie überhaupt dem Verhalten der Lehrerschaft die Schuld an den jetzigen Vorgängen zugeschrieben wird. Geradezu lächerlich hört es sich aber an, wenn in einer vom „Wahlausschuß der vereinigten bürgerlichen Vereine" unterzeichnete Notiz mitgeteilt wird, daß unter den Vereinsmitgliedern, welche für die Kandidatur Prange Agitation entfaltet haben, zirka 5 Mitglieder (einschließlich Prange) Wähler der III. Abteilung sind.

Selbst also im bürgerlichen Lager sind die Klassenunterschiede schon soweit gediehen, daß man sich empört, wenn die beim Geldsackswahlrecht der III. Abteilung zugewiesenen Wähler auch bei der Kandidatenaufstellung für die II. Abteilung etwa mitreden wollen.

Das ist immerhin eine ganz interessante Erscheinung. Die Vereinsmitglieder der bürgerlichen Vereine, welche Wähler der III. Abteilung sind, haben also nur das Recht, für die Wahl der aufgestellten Kandidaten intensiv zu arbeiten, aber mitzureden haben sie nichts.

Unsere Parteigenossen haben ebenfalls ihre Kandidaten nominiert, es sind folgende:

II. Abteilung:

1. Bez. Rob. Dichte, Eig., Wipperstr. 6.
   Wilh. Ziechmann, Eig., Weichselstr. 59.
3. Bez. Karl Berger, Eig., Herzbergstr. 15.
   Karl Richter, Gastw., Mahlower Str. 7/8.
4. Bez. Paul Hormann, Eig., Falkstr. 11.
5. Bez. Otto Roeseler, Eig., Kopfstr. 18.
6. Bez. Herm. Wilke, Fabr., Fuldastr. 55/56.
   Otto Kirstein, Eig., Zietenstr 57.

Wenn auch die bürgerlichen Parteien im Moment noch gespalten sind, die Versuche sie wieder zusammenzubringen, werden fortgesetzt. Bis Dienstag kann sich noch manche Ueberraschung ereignen. Selbst wenn sich die Bürgerlichen nicht mehr zu den Hauptwahlen einigen, für die Stichwahlen aber ganz bestimmt, deshalb muß die größte Energie aufgewendet werden, die Mandate der zweiten Abteilung gleich bei der Hauptwahl an uns zu reißen.

Unter den Bürgerlichen scheint bis jetzt eine ziemliche Kopflosigkeit zu herrschen, weder hat man bis jetzt von dem Stattfinden einer öffentlichen Versammlung etwas gehört, noch von dem Verteilen ihrer bekannten Sudelschriften gegen die Sozialdemokratie etwas zu spüren bekommen. Vielleicht besteht die Absicht, diese delikate Kost, über die Ziele und Tätigkeit der Sozialdemokratie erst wieder am letzten Tage an die Wähler zu bringen, wenn die Herren glauben, daß niemand mehr darauf antworten kann. Unsere Genossen werden ihnen jedoch nichts schuldig bleiben.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung gab am Mittwoch vor Eintritt in die Verhandlungen Oberbürgermeister Schustehrus Aufschluß über die Unregelmäßigkeiten bei der Stadthauptkasse. Seine Darlegungen decken sich in allen Punkten mit den von uns gebrachten Mitteilungen, es erübrigt sich deshalb, vorläufig näher darauf einzugehen. Nur das eine sei hervorgehoben, daß sich der Oberbürgermeister mit ungewöhnlicher Schärfe gegen das Scherlsche Sensationsblatt wandte, das, wie alles, so auch diese Affäre ungeheuer aufgebauscht und von Unterschlagungen berichtet hatte, die in die Hunderttausende gehen und an der eine ganze Reihe von Beamten beteiligt sein sollen. Tatsächlich hat der von dem „Lokal-Anzeiger" genannte Beamte mit der ganzen Sache nichts zu tun. Es ist mehr als bedauerlich, daß in solcher Weise eine Zeitung mit der Ehre anständiger Leute umspringt. Die Angelegenheit selbst ist natürlich noch nicht erledigt, die sämtlichen Fraktionen sind sich darüber einig, und geben auch eine entsprechende Erklärung ab, daß sie sich nach Abschluß der Untersuchung vorbehalten, event. in einer Kommission über Maßnahmen zur Verhütung der Wiederkehr ähnlicher Vorkommnisse zu beraten.

Die Tagesordnung selbst war recht umfangreich. Zunächst erfolgte die Wahl eines zweiten Bürgermeisters an Stelle des zum Oberbürgermeister von Breslau gewählten früheren Bürgermeisters Matting. Die Wahl fiel auf den Stadtsyndikus Dr. Adolf Maier, auf den sich 66 von 67 Stimmen vereinigten.

Bei der Vorlage betr. Errichtung von Tiefbrunnen auf dem Wasserwerk Jungfernheide brachte Genosse Ahrens die Sprache auf das Sinken des Spiegels der Grunewaldseen, das durch die Wasserentnahme der Charlottenburger Wasserwerke A.-G. hervorgerufen werde. Eine Antwort erfolgte nicht, die Vorlage selbst wurde angenommen.

Die Vorlage betr. Vergebung der Fuhrleistungen für die Feuerwehr und die Straßenreinigung bezweckt die Verlängerung des jetzigen Vertrages mit dem Fuhrunternehmer Hennecke auf weitere drei Jahre zu den nämlichen Bedingungen. Die Sozialdemokraten beantragten die Einfügung eines neuen Absatzes, wonach die Vorbereitungen getroffen werden, um nach Ablauf des Vertrages die Fuhrleistungen zu verstadtlichen. Während Genosse Gebert prinzipiell den Regiebetrieb verteidigte, wandte sich der Redner der Liberalen gegen eine Aenderung des jetzigen Zustandes und die Mehrheit lehnte denn auch den sozialdemokratischen Zusatzantrag ab.

Wohl die wichtigste Vorlage war die betreffend Maßregeln gegen die Lebensmittelteuerung. Es handelt sich um die Bereitstellung eines Betrages bis zu 100 000 M., um von den seitens der Regierung zugelassenen vorübergehenden Erleichterungen der Vieh- und Fleischeinfuhr Gebrauch zu machen. Namens der Sozialdemokraten sprach sich Genosse Lehmann für die Vorlage aus, die er als das Mindestmaß dessen bezeichnete, was zu geschehen hat. Scharf geißelte er das kontraktbrüchige Verhalten der Berliner Schlächter und sprach die Hoffnung aus, daß es ihnen ihre Charlottenburger Kollegen nicht nachtun würden. Auch die unwahren Behauptungen mancher bürgerlichen Organe über den angeblichen Streik der deutschen Schlächtergesellen in Warschau stellte unser Redner richtig. Zum Schluß fragte er den Magistrat, wie groß der Verdienst der Charlottenburger Schlächter an russischem Fleisch sei und ob Garantien geboten seien gegen einen etwaigen Verkauf minderwertigen deutschen Fleisches als russischem. Der Vertreter des Magistrats Stadtrat Dr. Gottstein erwiderte, daß im Einvernehmen mit den übrigen westlichen Vororten den Fleischern ein Verdienst von 12 Prozent zugebilligt sei. Die Fleischer möchten möglichst viel russisches Fleisch haben, weil die Nachfrage sehr stark sei. Beschwerden seien nur in geringem Maße eingegangen, und nur in einem einzigen Falle habe der Magistrat Anlaß genommen, gegen die Fleischer einzuschreiten. Nachdem sich noch Stadtv. Neumann für die Vorlage ausgesprochen hatte, nahm die Versammlung sie einstimmig an.

Die am 15. Juni von der zweiten Wählerabteilung im 4. Wahlbezirk vollzogene Ersatzwahl wurde nach einem Referat des Genossen Hirsch für ungültig erklärt, obwohl sich alle abgegebenen Stimmen auf ein und dieselbe Person vereinigt hatten. Grund der Ungültigkeitserklärung war die Ernennung von Beisitzern durch den Wahlvorsteher an Stelle der von der Stadtverordnetenversammlung gewählten, aber nicht erschienenen Beisitzer.

Der Vorlage des Magistrats betr. Zustimmung zu dem mit der G. m. b. H. „Normalzeit" in Berlin abgeschlossenen Vertrage über die fernere Inanspruchnahme städtischer Straßen für ihre Zwecke widersprach Genosse Wilke mit dem Hinweis darauf, daß das Recht auf Benutzung der Straßen allein der Stadtgemeinde zuzustehen habe. Die Mehrheit stimmte der Vorlage zu.

Die Vorlagen betr. Neubau einer Gemeinde-Doppelschule in der Oranienstraße und betr. Anschluß der Luftschifferkaserne und der benachbarten militärischen Institute an die Charlottenburger Kanalisation wurden besonderen Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen.

Wilmersdorf-Halensee.

Reaktionäre Propaganda für die Sozialdemokratie. Die vereinigten reaktionären Parteien hatten zum Mittwochabend nach dem Stadtpark in der Kaiserallee eine Versammlung einberufen, die für die Sozialdemokratie einen außerordentlich günstigen Verlauf nahm. Zwar hatte man nur bürgerliche Wähler haben wollen und ferner war vom Leiter der Versammlung erklärt worden, daß er keine sozialdemokratische Propaganda dulden werde. Aber in einer Hinsicht konnten die bürgerlichen Herren unseren Parteigenossen doch dankbar dafür sein, daß auch sie in beträchtlicher Anzahl erschienen waren. Denn ohne den sozialdemokratischen Besuch wäre der gar nicht einmal große Versammlungssaal kaum zum dritten Teil gefüllt gewesen; ein Zeichen dafür, daß man in bürgerlichen Kreisen den fortschrittlich-konservativen Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht mit allzu großer Begeisterung betrachtet. Als Referent sang der nationalliberale Stadtverordnete Dr. Heinitz ein Loblied auf das bisherige Wirken der großen Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung. Man hörte ihm ruhig zu, so lange er sich über Straßenbauten und Bezirksinteressen verbreitete; als er aber die arbeiterfeindliche Wohnungspolitik der Stadtverwaltung und deren sozialpolitische Rückständigkeit als den Gipfel der Weisheit pries, wurde ihm durch Zwischenrufe bedeutet, daß die Arbeiterschaft von Wilmersdorf über diese Dinge durchaus ihre eigene Meinung hat. Aber selbst Herr Dr. Heinitz mußte etwas vom hartherzigen, unmenschlichen Verfahren sagen, als er auf die Zurückweisungen Kranker aus den Kreiskrankenhäusern zu sprechen kam.

Wäre es nach dem Willen des Referenten gegangen, dann hätte man gegnerische Aeußerungen einfach nicht zugelassen. Aber zu Ehren des Versammlungsleiters muß gesagt werden, daß er im Gegensatz zu seiner anfänglichen Absicht sich eines Besseren besann und gewiß zum Aerger mancher bürgerlichen Herren auch sozialdemokratische Redner sprechen ließ. Bevor es jedoch hierzu kam, stellten die bürgerlichen Kandidaten sich der Versammlung durch Ansprachen vor. Besonders drollig wirkte ein Herr v. Jagow durch seine Plattheiten; als er u. a. die Wasserversorgung als kommunale Angelegenheit bezeichnete, mußte er erst durch Zurufe von sozialdemokratischer Seite darüber belehrt werden, daß Wilmersdorf sich in dieser Hinsicht bis in eine aschgraue Zukunft hinein den privaten Charlottenburger Wasserwerken überantwortet hat. Andere bürgerliche Kandidaten betrachteten die kommunale Beschaffung zweiter Hypotheken für die Hausbesitzer als wichtigste kommunale Aufgabe. Unter den Diskussionsrednern schnitten am schlechtesten die fortschrittlichen Herren Dieckmann und Stadtv. Dr. Edel ab. Sie hatten das Bündnis mit der Reaktion zu loben und doch merkte man namentlich Herrn Edel an, daß ihm ob des kompromittierlichen Falles nicht wohl zu Mute war. Unserem Genossen Stadtverordneten Riedel blieb es vorbehalten, in sachlicher, wirkungsvoller Darstellung, der auch die Herren aus dem bürgerlichen Lager Aufmerksamkeit schenken mußten, die Inhaltlosigkeit des von Herrn Dr. Heinitz zum besten gegebenen Lobgesanges nachzuweisen und an Einzelbeispielen die unerhörte sozialpolitische Rückständigkeit der Stadtverwaltung von Wilmersdorf aufzudecken. Weiter traten unsere Genossen Fabian und Schröder den bürgerlichen Rednern entgegen. Als dann Herr Dr. Heinitz in seinem Schlußwort den merkwürdigen Geschmack hatte, die seinerzeit in der Angelegenheit des Kolonialkriegerdenkmals von der Stadtverordnetenmehrheit an der Opposition verübte Vergewaltigung als patriotische Tat zu verherrlichen, belehrte ihn die Heiterkeit des sozialdemokratischen Teils der Versammlung darüber, wie man über einen derartigen Patriotismus in der Arbeiterschaft denkt. Aber auch manche Nichtsozialdemokraten werden mit dem Gedanken nach Hause gegangen sein, daß die Art, wie man in Wilmersdorf bürgerliche Kommunalpolitik treibt, zur elenden Blamage des berühmten vornehmsten Vorortes geführt hat. Heute abend wird die Sozialdemokratie in einer im Viktoriagarten, Wilhelmsaue 115, stattfindenden Volksversammlung ihre Kommunalpolitik dem Urteil der Oeffentlichkeit unterbreiten.

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung, die am Sonntag hier stattfanden, haben nach dem Ergebnis der am Donnerstagvormittag im Rathause erfolgten Auszählung dem unter Führung der Deutschnationalen stehenden Hauptausschuß 376 und der Freien Vereinigung 313 Stimmen gebracht. Wenn man in Betracht zieht, daß in Wilmersdorf sich der Hauptsitz der Deutschnationalen befindet, so kann das Resultat für die Freie Vereinigung als durchaus günstig betrachtet werden.

Es wurden im einzelnenen gewählt als Vertrauenspersonen die Buchhalterin Fanny Zacharias, der Kassenbuchhalter Karl Zett (Fr. Vgg.) und die Buchhalterin Anna Wilschke. Weiter als erste Ersatzmänner Ingenieur Franz Thiessen (Fr. Vgg.), Handlungsgehilfe Franz Hoche und Expedient Karl Scholz, sowie als zweite Ersatzmänner Handlungsgehilfe Max Steinert (Fr. Vgg.), Ingenieur Max Oehmke (Fr. Vgg.) und Eisenbahnbureauassistent Peter Cosmus.

Steglitz.

Die letzte Wahlvereinsversammlung faßte den Beschluß, die Hauskassierung einzuführen. Die Frage der Reorganisation der Zahlabende soll im nächsten Zahlabend diskutiert und in der nächsten Versammlung entschieden werden.

Nach langem Kampfe ist es gelungen, das Lokal „Albrechtshof" für unsere Veranstaltungen zu bekommen. Am Mittwoch, den 6. November, findet dort eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Scheidemann sprechen wird.

An Stelle der aus dem Vorstand austretenden Genossen Pieck und Peters wurden die Genossen Bierschenk und Stahl gewählt. Hierauf berichtete Genosse Atzmann noch einiges aus dem Gemeindeparlament, worüber wir bereits Mitteilung gemacht haben. Die Bibliothek ist jeden Montag von 4½ bis 8½ Uhr geöffnet.

Lichtenberg-Rummelsburg.

Achtung, Krankenkassenmitglieder! Heute, Freitag, in der Zeit von 6—8 Uhr abends findet im Lokal „Café Bellevue", Hauptstr. 2, die Vertreterwahl zur Rummelsburger Ortskrankenkasse statt. Es ist Pflicht der Mitglieder, von ihrem Wahlrecht vollzählig Gebrauch zu machen. Wahlberechtigt sind alle großjährigen Mitglieder. Stimmzettel werden vor dem Wahllokal bereitgehalten. Als Legitimation gilt die Mitgliedskarte.

Zu den am Sonntag, den 3. November, stattfindenden Wahlen zu der Privatangestellten-Versicherung wollen sich diejenigen Genossen, die an den Wahlarbeiten teilnehmen wollen, am Sonnabend abend 8 Uhr bei Rickenhagen, Scharnweberstr. 60, zwecks Informierung einfinden.

Schildow (Kreis Niederbarnim).

Ueber Teuerung und Kriegsgefahr referierte in der am 27. Oktober stattgefundenen öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel Genosse Dr. Moses, Berlin. Dem Vortragenden wurde von den zahlreich erschienenen Besuchern, die sich trotz strömenden Regens eingefunden hatten, reicher Beifall gezollt. Eingeleitet und geschlossen wurde die Versammlung durch Gesang des Gesangvereins „Zukunft", Nieder-Schönhausen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung waren nicht weniger als fünf Polizisten erschienen.

Köpenick.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Im Juni 1906 stellten unsere Genossen den Antrag auf Einführung des achtstufigen Schulsystems in den Gemeindeschulen, und nachdem dieser Antrag abgelehnt worden war, beantragten sie die Errichtung von Selekten; dieser Antrag fand Zustimmung. Jahre vergingen, ohne daß der Beschluß, trotz wiederholter Mahnungen unserer Genossen zur Ausführung gelangte. Angeblich sollte das Provinzialschulkollegium gegen die Errichtung von Selekten sein, so lange nicht die Frage des Schulsystems für Groß-Berlin geregelt sei. Da nunmehr die Sache entschieden ist, beantragte der Magistrat, die Selekten zum 1. April 1913 zu errichten und die hierzu nötigen Kosten zu bewilligen. Die Versammlung stimmte dem zu. Zum Zwecke der Jugendpflege ersuchte der Magistrat um Bewilligung von 500 M. für das Jahr 1913. Unsere Genossen plädierten für Ablehnung der Forderung. Die Jugendpflege bestehe heute in hurrapatriotischen Kriegsspielen und dergleichen; dafür, daß Kinder nicht gewerblich tätig zu sein brauchen, werde nicht gesorgt. Auch sei kein Geld dafür vorhanden, arme Kinder, die des Morgens ohne warmes Frühstück zur Schule müssen, mit solchem zu versorgen. Wie vorauszusehen, wurden die 500 M. von der bürgerlichen Mehrheit bewilligt. Zur Beschaffung russischen Fleisches ersucht der Magistrat um Bewilligung eines Vorschusses von 1000 M. Es sollen wöchentlich 25 Zentner Rind- und 15 Zentner Schweinefleisch bezogen werden. Der Verkauf geschieht durch zwei von der Stadt angestellte Schlächtergesellen unter Aufsicht eines früheren Schlächtermeisters. Verkauft soll in Mengen von einhalb bis fünf Pfund werden, und zwar ist dazu ein Laden in der Altstadt in Aussicht genommen. Mit dem Verkauf soll am 1. November begonnen werden. Die Versammlung stimmt dem zu. Zum Schluß wurden noch 1000 M. zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für das vordere und mittlere Dammfeld bewilligt.

Pankow.

Wahlhelfer zu den am Sonntag, den 3. November, stattfindenden Angestellten-Versicherungswahlen wollen sich heute Freitag, abends 8 Uhr, im Wahlbureau, Restaurant Rücke, Grunowstraße 1, melden.

Adlershof.

Ueber Sozialismus und Konfession referierte in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung Genosse Dr. Alfr. Bernstein. Nach dem inhaltreichen Vortrage, in welchem der Referent die hemmenden Einflüsse der Kirche auf die Emanzipationsbestrebungen des Proletariats hervorhob, fand eine rege Diskussion statt, in welcher sich sämtliche Redner in zustimmendem Sinne äußerten. Mitgeteilt wurde, daß die Genossen Noske, Oppenstr. 54, Gundel, Hakenbergstr. 29, Doggenreiter, Bismarckstr. 25, und Robert Meil, Genossenschaftsstr. 14, Austrittserklärungen aus der Landeskirche entgegennehmen. Bis jetzt haben sich bereits 70 Personen an obige Genossen mit Austrittserklärungen gewandt. Genosse Neumann weist dann noch auf die am kommenden Sonntag im Lokal von Kaul stattfindende Jugendfeier hin und appellierte an die Anwesenden, recht zahlreich dort zu erscheinen.

Mit einem anfeuernden Schlußwort des Genossen Klodt und einem Hoch auf die Sozialdemokratie fand die Versammlung ihr Ende.

Heinersdorf.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurden die beiden neugewählten Vertreter, die Herren Hoffmann und Barthel eingeführt. Der Protest der Gemeindevertretung gegen die Wahl der Herren Witte und Haenel ist vom Kreisausschuß als unbegründet zurückgewiesen worden. Die Versammlung beschloß nunmehr, die Klage weiter zu führen. Die Abrechnung für 1911 ergibt eine Einnahme von 147 445,92 M. und eine Ausgabe von 140 757,94 M. Von dem 6687,98 M. betragenden Ueberschuß sollen dem Betriebsfonds für die Gemeindekasse 3093,38 M., der Rest dem Reserve- und Ausgleichsfonds überwiesen werden. Bei diesem Punkt machte sich, wie üblich, Herr Heim bemerkbar. Er wollte wieder einen Rechenfehler entdeckt haben. Auf die Frage des Vorsitzenden, wo denn der Fehler wäre, antwortete er: Die anderen Vertreter sind ja auch im Besitze der Abrechnung, sie könnten ja auch suchen. Diese Bemerkung veranlaßte Herrn Mulack, ihm zuzurufen, er solle doch nicht glauben, dumme Jungen vor sich zu haben. Dieser Zuruf brachte Herrn Mulack einen Ordnungsruf ein.

Spandau.

Der Weiterbau der Straßenbahn von der Seegefelder Straße bis zur Fabrik von Orenstein u. Koppel in der Hamburger Straße scheint nun doch in ernste Erwägung gezogen zu werden. Der Magistrat hat sich damit einverstanden erklärt, daß bei dem jetzt stattfindenden Neubau der Nauener Straße die Schienen, und zwar doppelgleisig, in den Fahrdamm mit eingebaut werden.

Die Errichtung einer öffentlichen Ausladestelle nebst Stätteplatz ist am Spandauer Schiffahrtskanal geplant, der auf der Strecke Oberhavel bis einige hundert Meter an die Mäckeritzbrücke heran der Stadt Spandau gehört. Als Ort dieser Anlage ist eine Fläche nördlich der Haselhorster Brücke in Aussicht genommen. Die geplante Ausladestelle zum Transport von Kies nach dem Bau der Zentralverwaltung von Siemens u. Halske soll nur zur vorübergehenden Benutzung dienen.

Jugendveranstaltungen.

Neukölln. Sonntag, den 3. November: Partie nach Strausberg und dem Blumental. Fahrgeld 1,35 M. Abf. vom Schlesischen Bahnhof 6[30] Uhr.

Freie Jugendorganisation Lichterfelde. Am Sonntag, den 3. November, Besichtigung des Verkehrsmuseums. Treffpunkt ½1 Uhr am Händelplatz. Karten 20 Pf.

Bernau. Am Sonntag, den 3. November, findet im Saale des Herrn Hermann eine öffentliche Jugendversammlung statt.

Wir fordern alle Eltern auf, ihre schulentlassenen Söhne und Töchter zu dieser Versammlung und außerdem zum Besuch unserer alle Freitagabend von 8 bis 10 Uhr stattfindenden Spiel- und Leseabende aufzufordern. Der Besuch dieser Abende ist frei und es dürfen während derselben keinerlei Getränke entnommen werden.

Gerichts-Zeitung.

Der Einbrecher in Lackstiefeln und Zylinderhut.

Eine Diebes- und Hehlerbande, die lange Zeit hindurch die südlichen Vororte, insbesondere Friedenau und Steglitz, unsicher gemacht hatte, wurde gestern der 2. Strafkammer des Landgerichts II vorgeführt. Wegen schweren Diebstahls im Rückfalle bezw. wegen gewerbsmäßiger Hehlerei im Rückfalle waren angeklagt der Maler Richard **Lange**, der Maler Vinzent **Ostrowski** und der Produktenhändler Karl **Thiel**. — Am frühen Morgen des 9. September d. J. beobachtete ein Arbeiter L. drei Männer, die vor dem Hause Admiralstraße 23 aus einer Automobildroschke fünf große und anscheinend schwere Pakete abluden und in den Produktenkeller des Angeklagten Thiel hineintrugen. Da ihm dieser im Morgengrauen geschehene Transport verdächtig vorkam, erstattete er Anzeige. Mehrere Kriminalbeamte drangen in die Räume ein und entdeckten hier ein ganzes Warenlager gestohlener Sachen. Die fünf Pakete entpuppten sich als Stoffe im Werte von 2000 M., die in der voraufgegangenen Nacht dem Schneidermeister Pießler in der Kaiser-Allee 90 gestohlen worden waren. Während die Beamten die übrigen Räume durchsuchten, erschien plötzlich ein elegant gekleideter Herr in dem Produktenkeller. Der Kriminalbeamte Rippe fragte höflich nach seinem Begehr und erhielt von dem eleganten Herrn die Auskunft, daß er einen steifen Hut kaufen wolle. Der Beamte sah sich nunmehr den mit Lackstiefeln und Zylinderhut bekleideten Herrn etwas näher an und erkannte in ihm einen „alten Bekannten", den jetzigen Angeklagten Ostrowski, wieder. Einige Zeit darauf erschien auch der „Dritte im Bunde", der Angeklagte Lange, der ebenfalls von dem Kriminalbeamten in Empfang genommen wurde. — Mit Rücksicht auf die hohe Gemeingefährlichkeit des Treibens der Angeklagten erkannte die Strafkammer gegen **Lange auf 1¾ Jahre Zuchthaus**, gegen **Ostrowski auf 3 Jahre Zuchthaus** und gegen den Hehler **Thiel auf 2½ Jahre Zuchthaus.**

Zu einer exemplarischen Strafe

wurde gestern einer jener Schwindler verurteilt, welche in der verwerflichsten Weise die Vertrauensseligkeit heiratslustiger Mädchen ausnutzen. Wegen Betruges im strafverschärfenden Rückfalle hatte die 1. Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors **Kannenbley** gegen den Schreiber Wilhelm **Daue** zu verhandeln. — Der schon wiederholt wegen Heiratsschwindels vorbestrafte Angeklagte machte vor einiger Zeit die Bekanntschaft einer Köchin Sch., der er sich als Oberpostassistent vorstellte. Wie die als Zeugin vernommene Betrogene vor Gericht unter Tränen erzählte, wurde sie von dem Angeklagten in der schändlichsten Weise beschwindelt und um ihre geringen Ersparnisse betrogen. Unter der Vorspiegelung, Möbel kaufen zu wollen, lockte er ihr nach und nach mehrere hundert Mark ab. Der 75jährigen Mutter der Sch. erzählte der abgefeimte Schwindler, daß er alles tun werde, um ihr einen ruhigen und sorgenlosen Lebensabend zu bereiten. Gleich hinterher legte er bei der alten Frau einen Pump an, so daß diese ebenfalls um ihre geringen Ersparnisse gebracht wurde. Als der Angeklagte etwa 1000 M. auf diese Weise erbeutet hatte, verschwand er auf Nimmerwiedersehen. Nachdem die Sch. festgestellt hatte, daß das Grundstück Arnimplatz 6, in welchem Daue angeblich wohnen wollte, gar nicht existierte, ging sie zur Kriminalpolizei, wo sie zu ihrem Entsetzen das Bild ihres „Zukünftigen" in dem Verbrecheralbum wiedersah. — Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die Vorstrafen des Angeklagten 2 Jahre Zuchthaus. Das Gericht ging jedoch noch über diesen Antrag hinaus und erkannte auf **3 Jahre Zuchthaus**, 150 M. Geldstrafe event. noch 15 Tage Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Aus aller Welt.

Das Blutbad von Kirkkilisse.

Der Balkan wird mit Blut gedüngt! Mit dem Blute der armen fanatisierten Menschen, die in dem furchtbaren Ringen um den Sieg die Arbeit verrichten für die Fürsten von Gottes Gnaden und die kapitalistischen Nutznießer der politischen Umwälzung auf dem Balkan. Während sonst die Wissenschaft alles aufbietet, kranke Menschen dem drohenden Tode zu entreißen, der höchste Ehrgeiz edler Menschen darin besteht, bei Feuers- und Wassernot Menschenleben zu retten, sind hier alle Begriffe verkehrt: Ruhmreich und preiswert der, der als Menschenschlächter sein blutiges Handwerk am besten betreibt. Und es macht keinen Unterschied in der Art der Menschenabschlachtung, ob sie von sogenannten kultivierten christlichen Völkern oder von halbwilden Stämmen betrieben wird. Alle beten sie um Sieg zu ihrem Gott und sehen dann in der Vernichtung des Ebenbildes Gottes die Erfüllung ihres Lebens.

Eine furchtbare Anklage ist ein Schlachtbericht von Kirkkilisse, den ein deutscher Krankenpfleger vom Roten Kreuz, der auf dem Schlachtfelde von Kirkkilisse tätig war, in den „Leipz. Neuesten Nachrichten" veröffentlicht. Die grausige Schilderung entging der bulgarischen Zensur, die sich auch auf Privatbriefe erstreckt, dadurch, daß der Krankenpfleger nach der Schlacht nach Rustschuk an der Donau geschickt wurde, um weiteres Verbandsmaterial heranzuschaffen. Dort gelang es ihm, den Brief durch die rumänische Post befördern zu lassen. Wir entnehmen dem Bericht folgende Stellen:

... Durch das rasende Schnellfeuer aus den Weingärten kam hier im Norden der Festung der Angriff der Bulgaren ins Stocken und artete schließlich, als die Baschi-Bozuks und Kurden aus den Deckungen hervorbrachen und alle Verwundeten vor der Feuerlinie in barbarischer Weise massakrierten, in fluchtartigen Rückzug aus, wobei die Kanonen der Forts ein scharfes, gutgezieltes Feuer auf die Zurückgehenden unterhielten. Zahlreiche Granaten platzten inmitten der bulgarischen Infanteriemassen, Tod und Verderben verbreitend. Trotz der anfeuernden Reden und heldenhaften Beispiele vieler Offiziere war es nicht möglich, die Bulgaren erneut zum Sturm auf die festen Verteidigungslinien der Türken zu bringen. Die Pause, die unwillkürlich eintrat, wurde jetzt von uns benutzt, unser trauriges Amt zu versehen. In mehreren Kolonnen suchten wir das Schlachtfeld ab. Welcher Jammer, welches entsetzliche Elend! Ueberall Stöhnen und Schreien, Wehklagen und Röcheln! Ein fürchterlicher Blutgeruch, giftige Pulverdämpfe, Tod und Verwüstung überall, wohin man blickte! Glücklich noch diejenigen, die sofort tot waren, als das verhängnisvolle Blei sie traf, denn entsetzlich waren die Verstümmelungen, welche die kurdischen Teufel an den armen Verwundeten ausgeübt hatten. Meistens waren den armen Opfern die Augen ausgestochen, Nase und Ohren abgeschnitten, vielen der Leib aufgeschlitzt!

Gegen Abend erneuerten die Bulgaren den Angriff auf die Befestigungen, man hoffte vielleicht die Türken zu überraschen. Aber gleich nach den ersten Schüssen flammte es auf sämtlichen Forts auf, blendend weiße Lichtkegel der elektrischen Scheinwerfer erhellten das Kampfgelände, und wieder mußten sich die Bulgaren unter ungeheuren Verlusten zurückziehen. Ein neuer, dritter Angriff brachte endlich das Vorderterrain in die Hände der Stürmenden. Ein furchtbarer Nahkampf, Mann gegen Mann, entspann sich in den Weingärten. Das Knattern des Gewehrfeuers verstummte mehr und mehr, mit der blanken Waffe eroberten die Bulgaren die Weingärten, während die Gegner jeden Schritt breit Landes hartnäckig und zähe verteidigten. Yatagans, Handschars, Messer und Gewehrkolben, Tatarenbeile, selbst die bloße Faust und die Zähne benutzten die Verteidiger. Wir haben später mehr als einen Bulgaren gefunden, dem die Gurgel durchgebissen war. Viele gefangene bulgarische Soldaten waren auch von den Kurden gepfählt worden.

... Nun galt es, die Stadt selbst anzugreifen. Die Reserven wurden vorgezogen, und dann ging es durch die Weingärten, über Hecken, Gräben und Mauern gegen die Festung selbst. Hier in dem überaus schwierigen Terrain hatte der zurückgeworfene Feind noch einmal Posto gefaßt. Ein grausiger Nahkampf, Mann gegen Mann, in stockfinsterer Nacht, wogte in den Weingärten hin und her. Die bulgarische Artillerie schoß Teile der Stadt in Brand, während die Infanteriemassen schweigend, nur mit dem Bajonett, in die Weingärten eindrangen. Ein grauenhaftes Gemetzel auf beiden Seiten entspann sich hier. So oft auch die Bulgaren in geschlossener Kolonne heranstürmten, immer und immer wieder warfen die Türken die Eindringenden aus den Weingärten hinaus, ihrerseits selbst mit dem Bajonett die Zurückflutenden verfolgend. Bajonett, Messer, Handschar und Heidukenbeil machten hierbei fürchterliche Arbeit. Das Blut floß in Strömen. Es war für die Bulgaren der verlustreichste Abschnitt des ganzen Kampfes. Unterdessen waren Verstärkungen herangekommen. Die Artillerie setzte das Bombardement auf die Stadt fort, und nochmals traten die Infanteriekolonnen zum Sturm an. Der Tag dämmerte herauf, als die letzten Positionen der Türken angegriffen wurden. Der verzweifelte Mut der Osmanen hielt noch stundenlang stand, auch wurde das Vordringen der Bulgaren sehr erschwert durch die Entzündung zahlreicher Erdminen, welche die Türken angelegt hatten, und deren Explosion schreckliche Verheerungen unter den Angreifern anrichtete. Endlich aber, es war zwischen 7 und 8 Uhr vormittags, drangen die Stürmenden von drei Seiten, Norden, Nordosten und Westen, in die Stadt ein. Damit war der Fall von Kirkkilisse besiegelt.

Das ist der Krieg, der von den Hurrapatrioten gepriesene und besungene Krieg. Glücklich, wer tot blieb! Braucht er doch nicht zu sehen, wie die zu wilden Tieren gewordenen Menschen sich mit den Zähnen zerreißen.

Auch eine Erinnerung an das Sozialistengesetz.

In Freiburg i. Br. starb der frühere Besitzer des dortigen Hotels „Römischer Kaiser", L. Spreter, der unter dem Sozialistengesetz zu den wenigen aufrechten Männern aus dem bürgerlichen Lager gehörte, die der Polizeispionage und dem Spitzeltum wirkungsvoll entgegentraten. Als Genosse Bebel im Jahre 1887 in Spreters Hotel logierte, erschienen sofort die Schutzleute Bär und Schuler auf der Bildfläche, um Bebel zu überwachen. Schuler patrouillierte vor dem Hotel auf und ab und Bär wagte es sogar, im Hotelzimmer den Genossen Bebel zu belästigen. Spreter machte jedoch kurzen Prozeß; er warf Bär hinaus und verwies Schuler vor seinem Hause weg. Dafür erhielt er einen Strafzettel in der beträchtlichen Höhe von 25 M. Seine Berufung an das Gericht war vergebens, er mußte die 25 M. bezahlen. Nach dem Befinden des Genossen Bebel aber hat er sich zeitlebens erkundigt, wann immer sich ihm Gelegenheit bot.

Der Richter . . . „in anderen Umständen".

Eine interessante Anekdote aus der neapolitanischen Revolution vom Jahre 1799 veröffentlicht Benedetto Croce in einem Geschichtswerk über diese Periode. Die revolutionäre Bewegung gegen die Bourbonen war niedergeschlagen und ihre Führer ins Gefängnis geworfen worden, wo sie des rächenden Galgens harrten. Unter den Verurteilten fand sich eine Frau, Luisa Sanfelice, die, um dem Scharfrichter zu entgehen, fälschlich angab, schwanger zu sein. Es wurde ein Sachverständigenkollegium berufen, und die wackeren Aerzte, die sich weigerten, dem Henker in die Hände zu arbeiten, bestätigten die Schwangerschaft. Die bourbonische Rache verstand es aber zu warten, und so stellte sich der fromme Betrug heraus. Einer der blutdürstigsten Richter der Reaktion, der Rat Speciale, der von Anfang an die Schwangerschaft der Unglücklichen bezweifelt hatte, sagte nun triumphierend zu seinem Hausarzte, einem der Mitglieder der Sachverständigenkommission: „Ich hab's ja gleich gesagt, daß die Schwangerschaft fingiert war." Der Hausarzt gab ihm zur Antwort: „Wissen Sie, Herr Rat, wenn es einen Menschen auf der Welt gibt, der den Galgen verdiente, so sind Sie das. Trotzdem, wenn Sie zum Tode verurteilt wären, auf Ehre und Gewissen, ich bezeuge Ihnen sofort, daß Sie schwanger sind." — Die Frau entging übrigens ihrem Schicksal nicht.

Kleine Notizen.

Selbstmord eines Leutnants. Der Leutnant Fritz Kunkel vom Infanterieregiment Herzog Ferdinand von Braunschweig in Wesel hat sich Mittwochabend in seiner Wohnung erschossen, nachdem er einige Stunden vorher im Kreise seiner Kameraden in fröhlichster Stimmung verweilt hatte. Das Motiv dürfte in einer Liebesaffäre zu suchen sein.

Selbstmord des Brüsseler Obligationenfälschers? Wie aus New York gemeldet wird, hat sich an Bord des im New Yorker Hafen eingetroffenen Postdampfers „Niagara" ein Passagier entleibt, der unter dem Namen Labarque eingetragen war, nach der Personenbeschreibung jedoch vielleicht mit dem belgischen Finanzschwindler Wilmart identisch gewesen ist.

Briefkasten der Redaktion.

P. P. 33. 1. In dem veräußerten Teil ja. 2. u. 3. Soweit dieser Teil in Frage kommt, nein. In Ihrem verbliebenen Besitztum haben Sie natürlich nach wie vor das Jagdrecht. — **W. K. 25.** Diejenigen, welche den Auftrag übernehmen und ausführen — Kartellträger — werden mit Festungshaft bis zu 6 Monaten bestraft. — **J. D. 100.** 1. Heimatsschein und Militärpaß. 2. Nicht feststellbar. 3. Ihre Auffassung, daß Sie vierzehntägige Kündigung haben, erscheint zutreffend. Da Sie aber, soweit aus Ihrem Brief ersichtlich ist, dem Verlangen, auszusehen, nicht widersprochen haben, können Sie für die bisherige Zeit u. E. Ihren Lohn nicht beanspruchen. Sie müßten dem Unternehmer am zweckmäßigsten in Zeugengegenwart Ihre Dienste anbieten; weigert er sich, Sie zu beschäftigen, so können Sie, falls Sie nicht anderweit Arbeit erhalten, von dem Tage, wo Sie Ihre Dienste angeboten haben, bis zur Dauer von 14 Tagen Lohnzahlung verlangen. — **J. S. 12.** Wir raten, sich an den Transportarbeiterverband, Sektion Kraftwagenführer, Engeufer 14/15, zu wenden und, falls Sie gewerkschaftlich organisiert sind, dortselbst Rechtsschutz zu beantragen. Die in Frage kommenden Vorschriften werden Sie voraussichtlich dort im Bureau einsehen können.

Witterungsübersicht vom 31. Oktober 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. Tag	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. Tag
Swinemünde	751	SSW	2	wolkig	7	Haparanda	748	SSO	2	Schnee	—5
Hamburg	749	SSO	3	bedeckt	9	Petersburg	753	SO	1	bedeckt	—1
Berlin	752	SW	2	bedeckt	10	Scilly	754	WNW	6	wolkig	12
Frankf. a. M.	753	SW	5	wolkig	9	Aberdeen	753	NNW	4	halb bd.	4
München	758	SW	4	Regen	7	Paris	753	SW	4	bedeckt	10
Wien	757	W	2	bedeckt	11						

Wetterprognose für Freitag, den 1. November 1912.

Etwas kühler, teilweise aufklarend, vorwiegend trübe mit leichten Regenfällen und frischen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 30.10. cm	seit 29.10. cm[1])	Wasserstand	am 30.10. cm	seit 29.10. cm[1])
Memel, Tilsit	159	—7	Saale, Grochlitz	85	—1
Pregel, Insterburg	—32	+6	Havel, Spandau[2])	43	+2
Weichsel, Thorn	120	—6	„ Rathenow[2])	35	—
Oder, Ratibor	266	—22	Spree, Spremberg[2])	84	+4
„ Krossen	174	+21	„ Beeskow	81	—3
„ Frankfurt	155	+3	Weser, Münden	239	—9
Warthe, Schrimm	24	+2	„ Minden	322	—10
„ Landsberg	—2	—3	Rhein, Maximiliansau	496	—26
Netze, Vordamm	—3	+1	„ Kaub	293	+20
Elbe, Leitmeritz	30	+9	„ Köln	309	+11
„ Dresden	—102	+2	Neckar, Heilbronn	103	—9
„ Barby	149	+1	Main, Hanau	176	+2
„ Magdeburg	124	+2	Mosel, Trier	135	0

[1]) + bedeutet Wuchs. — Fall. — [2]) Unterpegel.

Leineweber

Berlin C.

Rohstraße 34 — **Kölnischer Fischmarkt 4-5-6** — Fischerstraße 1

Lodenjoppen · Pelzjoppen

in verschiedenen Fassons warm gefüttert, von

mit Lamm-, Opossum-, Katzenfell gefüttert, von

Mark 8.50 bis 28.- — **M. 30.- bis 60.-**

Sonntags nur von 12-2 geöffnet — **Wettermäntel** ▫ ▫ **Pelerinen** — Sonntags nur von 12-2 geöffnet

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie **Möbel** direkt in der Möbelfabrik **H. Walter** Inh.: **Willi Maaß,** Brunnenstr. 35 kein Laden Tel.: A. III. 5157 kaufen. **Verkauf nur im Fabrikgebäude** — eigene Tischlerei und Polsterei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

Kein Laden — Kein Kaufzwang!

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Jeder **Arbeiter,** jeder **Handwerker,** jeder praktisch arbeitende **Mann**

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei

Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung

Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Nähe Alexanderplatz. — Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 Ecke Weinmeisterstraße. — Landsberger Allee 148 am Friedrichshain. — Neukölln: Bergstr. 66 (Rixdorf) am Ringbahnh.

Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Machart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg. das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

Teppiche, unbedeutende Farbenfehler, für die Hälfte des Wertes. Portieren, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken zu Schleuderpreisen Teppichhaus Adler, Königstraße 50, gegenüber Rathaus. 1957R*

Leihhaus Moritzplatz 58a! kaufen Sie spottbillig von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüsch-Mänteln, Kostümen, Kleidern (hochelegant). Große Posten Pelzstolas, Pelzgarnituren, früher bis 150, jetzt 15—40 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Betten, enorm billig, nur Moritzplatz 58a I. 2289R

Augusta-Pfandleihhaus Wilmersdorf, Augustastraße 66. Jedermanns Kaufgelegenheit. Spottbillige Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Winterpaletots, Herrenulster. Allerbilligster Bettenverkauf, Vermietungsbetten, Aussteuerbetten. Portierenlager, Steppdeckenauswahl, Gardinenlager, Pelzstolas, Handuhren, Wandbilder, Taschenuhren, Goldsachen. Sonntagsverkauf geöffnet. 2314R*

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Sonntags geöffnet. *

Teppiche, Prachtstücke (Farbenfehler), für halben Preis. Vorwärtsleser 10 Prozent! Manerhof, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden! 1896R*

Hermannplatz 6. Blandielhaus. Jedermanns Kaufgelegenheit. Extrabillige Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Winterpaletots, Herrenulster, Herrenhosen, Riesenauswahl Pelzstolas. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltiges Portierenlager. Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Tischtischdecken. Steppdeckenlager. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Bandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

In Freien Stunden. Wochenschrift für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts" entgegen. Probehefte gratis.

Littauer-Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Turmstraße 39, Beusselstraße 45. *

Gaskronen, dreiflammig, komplett 7,50. Gaszugiampen 6,00. Gaslyren 2,40. Gaswandarme 1,50. staunend billig. — Bier Gefälle — Große Frankfurterstraße 92 — Ravenstr. 6 (Wedding) — Schönhauser Allee 121 (Gleimstraße) — Neukölln, Berlinerstraße 102. 2008R*

Betten, Stand 11,00, 16,00, hochfeine 21,00. Steppdecken, Teppiche, Gardinen, Uhren, Anzüge, Hosen spottbillig Leihhaus Osten, Königsbergerstraße 19. 2349R*

Ohne Anzahlung Bilder, Spiegel wöchentlich 50 Pfennig, Steppdecken, Tischdecken, Portieren, Bezüge, Uhren, Gaskronen, Teppiche und Herrengarderobe. Ferner komplette Wohnungseinrichtungen und einzelne Möbelstücke mit den kleinsten An- und Abzahlungen. Besuch eventuell Postkarte. Weber, Neue Königstraße 34.

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00. Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Nax, Mulackstraße 14. *

Kinderwagen, Kinderbetten, Metallbetten, spottbillig, Kottbuserdamm 90. †20*

Singermaschine, 12,00, gutnähend, Blumenstraße 83. 235/13*

Monats-Garderoben-Haus verkauft spottbillig erstklassige, wenig getragene Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Smokinganzüge, Frackanzüge, Winterpaletots, Ulster, Winterjoppen, Beinkleider, auch für korpulente Herren passend, stets auf Lager. Prinzenstraße 28, erste Etage. (Eckhaus Ritterstraße). 2486R*

Gaskronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Riesenlager! Louis Böttcher (selbst!), Kronleuchter-Spezialhäuser. Betriebsleitung: Boxhagenerstraße 32 (kein Laden). (Fahrverbindung Warschauerstraße.) Filiale: Kottbuser Damm 41, Eingang Hermannplatz.

4,25 prachtvolles Bett. Daunenbett 8,50 rotrosa gestreift. Aussteuerbetten, ganzer Stand 26,50. Nur Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstraße 34, eine Treppe. 2420R*

Billard mit Marmorplatte, gut erhalten, billig zu verkaufen. Gastwirt Koch, Pankow, Binzstraße 60.

Vorwärtsleser für 5 Prozent Extrarabatt selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas 2107R

Teppiche, farbfehlerhaft, spottbillig.

Gardinen, Stores, Künstlerfenster, angeschmutzte, fabelhaft billig 2469R*

Teppich-Thomas, Prachtbau Oranienstraße 132, Rosenthalerstraße 54.

Monatsgarderobe spottbillig. Große Geldersparnis. Winterulster 6,50 an. Winterpaletots 8,25 an, Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Hosen, Joppen, für jede Figur passend. Ferner Pelzstolas, Damenulster, Blusen, Aussteuerwäsche, Steppdecken, Goldsachen, Uhren 3,15. Goldene Ringe, gestempelt 1,50. Ketten, Opernglöser. Nur Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstraße 34, eine Treppe. Neben Bauzaun Wertheim, kleiner Eingang. Fahrgeld vergütet. 2419R*

4,00 Prachtbett, 8,50 dauniges Bett, große Laken 0,85, Damastbezüge 3,60. Steppdecken nur Andreasleihhaus Andreasstraße 38. *

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 14,25, mit schönen Inletten. 2488R*

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen, 26,00, nur Andreasleihhaus, Andreasstraße 38. Fahrgeld vergütet.

Möbel.

Teilzahlung. Reelles Möbelgeschäft liefert Möbel für Stube und Küche mit 20 M. Anzahlung, kleinste Raten. Auch einzelne Möbel. Aeltere Möbel werden in Zahlung genommen und gegen moderne umgetauscht. Zum Weihnachtsfest Teppiche, Portieren, Läufer usw. ohne Anzahlung. Offerten Postlagerkarte 12. Postamt 22. 2399R*

Zentrale für Arbeitermöbel liefert Reformeinrichtungen in gediegener Arbeit an Reelldenkende auch auf Teilzahlung und bittet Parteimitglieder um Besuch der großen Läger. Niedrige Anzahlung. Zinsvergütung. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schatz, Brunnenstraße 160. Eingang Ankamerstraße.

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288,—, komplette Wohnzimmer 132,— bis 240,—, Chaiselongue 24,—, Sofa 38,—, Trumeau 33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen 25,—. Riesenauswahl. Möbelspeicher Neue Königstraße 5/6, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert, Tischlermeister, Ackerstraße 54. Kein Abzahlungsgeschäft.

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"-Leser 3 Prozent Rabatt. 309R*

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Platz, Spezial-Möbelhaus, auf Kredit und gegen bar. Riesenauswahl. Anzahlungen auf Stuben und Küchen 20,—, 35,—, 50,—, 75,—, 100,—. Bequeme Abzahlung. Einzelne Möbelstücke von 5,— Anzahlung an. Alte Kunden erhalten eventuell ohne Anzahlung. Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen. Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von 50 Mark an 5 Mark Rabatt! Liefere auch nach auswärts! Sonntags geöffnet von 12—2. 2164R

Nußbaumwirtschaft, Prachtküche, einige Prachtwandbilder, Gaskrone verkäuflich. Königsbergerstraße 11, vorn 1 links, Fischer.

100 Küchen in den modernsten Ausführungen zu Fabrikpreisen an Private. Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn. 2484R*

Sofort. Bildschönes Plüschtaschensofa, 39,00. Schäfer, Chausseestraße 74 I.

Bürgerliche Wohnungseinrichtung sehr billig bei Glas, Rosenthalerstraße 57, vorn III rechts. 173/1*

Musikinstrumente.

Ruhdaumpianino, prachtvoller Ton, gut gebaut, wenig gebraucht, zu verkaufen. F. Manthey u. Co., Potsdamerstraße 31. 175/16*

Ratenpiano, tadellos, 168,00 gezahlt, wer übernimmt Vertrag? Neukölner Pianofabrik, Jultusstraße 59. †119*

Bechsteinpiano, seltene Gelegenheit, wenig gebraucht, allerbilligst verkäuflich. Warschauerstraße 58, vorn I, Menzel. 2413R

Bilder.

Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 2248R

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44. 1093R*

Brennabor-Freilaufrad 25,—. Kraus, Andreasstraße 54. 176/7*

Kaufgesuche.

Höchstzahlend, Metalle, Zahngebisse, Platinabfall, Gold, Silber, Quecksilber, Metallschmelze Nieper, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße).

Platinabfälle, Gramm 5,70, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber 3,85 kauft Blümel, Augustastraße 19.

Münzen, Briefmarken kauft Großmann, Spandauerbrücke 2. 175/7*

Fahrradankauf, höchstzahlend, Weberstraße 42. Königstadt 10678.

Platin 5,70, Zahngebisse, Altgold, Silber, Quecksilber, Stanniol höchstzahlend Müller, Teltowerstraße 10.

Zahngebisse, Zahn bis 1,25 Mark, Bruchgold, Stanniol, höchstzahlend, Kohn, Neue Königstraße 76. 235/8*

Platinabfälle, Zahngebisse, Bruchgold, höchstzahlend. Ackerstraße 174, Rosenthaler Tor. †1

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

Klavier-, Violine-, Gesang- (Stimmbildung), sämtliche Blasinstrumente-, Mandoline-, Gitarre-, Zitherunterricht. Monatshonorar 4,00 an. Höchste Ausbildung, schnellfördernd, Tageskurse, Abendkurse. Germannstraße 1 (Rosenthalerstraße). 252/14*

Klavierkursus. Erwachsenen Schnellmethode. Monatspreis 3,00. Klavierüben frei. 20 Klaviere. Musikakademie Oranienstraße 147. Moritzplatz, Unionstheater. 177/4

Verschiedenes.

Patentanwalt Bestel, Gitschinerstraße 94a.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Pfandleihe Heinersdorferstraße 14, nahe der Greifswalderstraße. †136*

Waschanstalt Heinrich Kobelt, Köpenick, Gitschinerstraße 36, wäscht chlorfrei Bettwäsche, vier Handtücher, vier Taschentücher 0,10. Kein Vertauschen. Abholung, Lieferung Montags. 1063R*

Aufpolsterung, Sofa, Matratzen billig, im, außerm Hause. Chausseestraße 74, Schäfer. 176/18

Vermietungen.

Zimmer.

Freundliches Heim findet Herr. Dröseler, Reinickendorferstraße 107.

Kleines möbliertes Zimmer. Petzke, Annenstraße 2. 176/14

Schlafstellen.

Bessere Schlafstelle Fruchtstraße 31, Hof II rechts.

Schlafstelle, separat, Fidicinstraße 32, linker Seitenflügel 1. †47

Möblierte Schlafstelle, Herren, sofort oder später. Rauhut, Prinz-Eugenstraße 22, vorn I. †92

Saubere möblierte Schlafstelle, Fräulein oder anständigen Herrn, vermietet Gorsker, Reichenbergerstraße 33. †7

Möblierte Schlafstelle, Frau Kitzling, Waldemarstraße 16, IV. †7

Schlafstelle 10,00. Lahmann, Skalitzerstraße 30, Quergebäude IV.

Saubere Schlafstelle vermietet Busch, Wilhelmshavenerstraße 41.

Schlafstelle, Herrn, vermietet Witwe Miter, Koppenstraße 48. †36

Möblierte Schlafstelle, allein, Friedrichsgracht 23, I. 1068b

Separate Schlafstelle. Wiw. Bather, Reichenbergerstraße 176, vorn.

Herrn, Schlafstelle vermietet Schlutinn, Reichenbergerstraße 52.

Separate Schlafstelle. Weiß, Oranienstraße 31, vorn III. 177/3

Möblierte Schlafstelle, separat, Rüdersdorferstraße 36, vorn parterre.

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht möbliertes Zimmer für sofort, Nähe Knie, Charlottenburg. Offerten G. H. 20 Postamt 5, Charlottenburg. 1067b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Maurer, älterer, sucht Beschäftigung, auch andere. Offerten „A. O. 100" Spedition Gneisenaustraße 72. †47

Stellenangebote.

Nebenverdienst für jedermann. Auskunft kostenlos. Hermann Wolf, Zwickau, Nordstraße 80. 2215R*

Farbigmacher, Arbeitsbursche verlangt Simplonstraße 13, Günther.

Fertigmacher verlangt Piano-Mechanikfabrik Blumenstraße 96.

Lehrling, Sohn achtbarer Eltern, welcher Lust hat, Vergolder zu werden, kann sich melden in der Goldleistenfabrik August Werkmeister, Brunnenstraße 194. 1065R

Händler. Radfeuerzeuge billig. Mack, Zossenerstraße 39. 1045*

Tapisserie. Eine geübte Komplettiererin sofort gesucht. Benno Franken u. Co., Spandauerstraße 59.

Tapisserie. Geübte Stickerinnen finden bei hohem Lohn dauernde Beschäftigung. Benno Franken u. Co., Spandauerstraße 59. 2479R*

Farbigmacherinnen verlangen Giese u. Borchardt, Adalbertstr. 20.

Zeitungsfrauen sofort verlangt. Zimmerstraße 60, Laden, „Berliner Tageblatt". 176/9*

Wir suchen per **1. Januar 1913** einen befähigten

politischen Redakteur.

Bewerber, welche sich bereits in **leitender Stellung** befanden, werden bevorzugt.

Ausführliche Offerten mit Gehaltsansprüchen bis längstens **12. November** cr. erbeten an den

Verlag der „Schwäbischen Volkszeitung",
Augsburg, Rosenaustr. 40. 298/5*

Geschäftsführer gesucht.

Für den **Verlag** sowie die am Ende dieses Jahres in Parteiregie zu übernehmende **Druckerei** suchen wir einen fachmännischen **Geschäftsführer.**

Der Antritt soll am **15. Dezember,** spätestens jedoch am **1. Januar** erfolgen.

Bewerbungen unter Angabe der Gehaltsansprüche erbitten wir bis spätestens **10. November.** 298/6

Verlag der „Mecklenburgischen Volkszeitung", Rostock.

Orts-Krankenkasse für Ober-Schöneweide.

Den Bewerbern für die von uns zur Ausschreibung gelangte Stelle eines Krankenkontrolleurs geben wir hierdurch bekannt, daß die Stelle nunmehr besetzt ist. 290/18

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.